



ZMS BW

**Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr**

Deutschland in der militärischen Führungsrolle?

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild
in der Bundesrepublik Deutschland 2025

Timo Graf

Forschungsbericht 139

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt ist der Autor

Redaktionsschluss ist der 10. Juli 2025

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, Potsdam 14471

Tel.: 0331 9714 404

timograf@bundeswehr.org

www.zms.bundeswehr.de

© ZMSBw 2025

Projektnummer: 7141-05

ISBN: 978-3-941571-61-7

URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:po79-opus4-8557>

DOI: <https://doi.org/10.48727/opus4-855>

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	5
1 Einleitung	6
2 Sicherheits- und Bedrohungsgefühl.....	7
3 Russlandbild und militärische Unterstützung für die Ukraine	13
4 Verteidigungsausgaben und Personalumfang	21
5 Landes- und Bündnisverteidigung	26
6 Wehrdienst und Verteidigungsbereitschaft	32
7 Einstellungen zu den USA und zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit	40
8 Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr	45
9 Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr	57
10 Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr.....	70
11 Außenpolitische Einstellungen.....	81
12 Fazit.....	90
13 Methodologie.....	94

Executive Summary

- Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 fand vom 11. April bis 17. Mai 2025 statt. Sie ist repräsentativ für die in Privathaushalten lebende deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren. Befragt wurden 2.049 Bürgerinnen und Bürger (Abschnitt 13).
- Das **Sicherheitsempfinden** der Bürgerinnen und Bürger bleibt weiterhin auf einem deutlich schlechteren Niveau als vor 2022. Die Spannungen zwischen dem Westen und Russland stellen aus Sicht der Befragten inzwischen die zweitgrößte Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit dar (61 Prozent; +3 Prozentpunkte) (Abschnitt 2).
- **Russland** wird mehr denn je von einer klaren Mehrheit in der Bevölkerung als militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen (67 Prozent; +2 Prozentpunkte). Die Einstellung zur militärischen Unterstützung der **Ukraine** ist überwiegend positiv, aber auch mit Bedenken verbunden. Unverändert groß ist der Zuspruch zur Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten in Deutschland (62 Prozent) (Abschnitt 3).
- Die öffentliche Zustimmung zur **Erhöhung der Verteidigungsausgaben** (64 Prozent; +7 Prozentpunkte) und zum personellen Aufwuchs der Bundeswehr (65 Prozent; +7 Prozentpunkte) ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Die finanzielle und personelle Stärkung der Bundeswehr stößt in allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen auf mehrheitliche Unterstützung (Abschnitt 4).
- Die seit Jahren große Zustimmung zu fast allen Aspekten der **NATO-Bündnisverteidigung** ist nochmals gestiegen – vor allem zu Deutschlands Rolle als militärischer Führungsnation. Die öffentliche Unterstützung für die Sicherung der NATO-Ostflanke hängt von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab (Abschnitt 5).
- Ein neuer **Wehrdienst** stößt in der Bevölkerung auf positive Resonanz und weckt positive Erwartungen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der öffentliche Zuspruch zu einem neuen Wehrdienst deutlich gestiegen (53 Prozent; +6 Prozentpunkte). Im Falle eines militärischen Angriffs wäre die Mehrheit (54 Prozent) der Männer unter 50 Jahren bereit, **Deutschland mit der Waffe zu verteidigen**; bei den Frauen unter 50 sind es 21 Prozent (Abschnitt 6).
- Die Wahrnehmung der **USA** als verlässlicher NATO-Bündnispartner ist deutlich gesunken (41 Prozent; -21 Prozentpunkte), dennoch plädiert weiterhin eine Mehrheit (58 Prozent; -9 Prozentpunkte) für die Einbindung der USA in die Verteidigung Europas. Die mehrheitlich positive Haltung der Bevölkerung zur **europäischen Verteidigungszusammenarbeit** hat sich noch einmal deutlich verstärkt – vor allem zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee (57 Prozent; +10 Prozentpunkte) und zu Deutschlands Rolle als militärischer Führungsnation im Rahmen der EU (44 Prozent; +7 Prozentpunkte) (Abschnitt 7).
- Die seit Jahrzehnten positive **Haltung zur Bundeswehr** bleibt unverändert groß: Über 83 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben eine positive Einstellung zur Bundeswehr und 84 Prozent vertrauen ihr. Diese wohlwollende Grundhaltung besteht in allen Bevölkerungsgruppen (Abschnitt 8).
- Seit Jahren geht die wahrgenommene **Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber** für junge Menschen zurück – dieser Trend setzt sich aktuell nicht fort. Trotzdem ist das konkrete Interesse junger Menschen (16–29 Jahre) am Soldatenberuf gesunken (Abschnitt 9).
- Wie in den Vorjahren begrüßt eine absolute Mehrheit den Einsatz der Bundeswehr in ihrem gesamten Aufgabenspektrum. Die **Bundeswehr-Missionen an der NATO-Ostflanke** erfahren im Durchschnitt weiterhin deutlich mehr Zustimmung als die Einsätze im Bereich des internationalen Krisenmanagements. Im Vergleich zu 2024 hat sich die öffentliche Meinung zu den Bundeswehreinsätzen im Ausland geringfügig verbessert. Allerdings bleibt der Kenntnisstand zu allen Einsätzen äußerst gering. Der **Einsatz der Bundeswehr innerhalb Deutschlands** zur Wahrnehmung verschiedener Schutzaufgaben (z.B. Sicherung des Luftraums) findet großen Zuspruch in der Bevölkerung (Abschnitt 10).
- Eine unverändert große Mehrheit (58 Prozent) der Befragten plädiert für eine aktive deutsche Außenpolitik. Dabei ist die **Akzeptanz des Einsatzes militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik** im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Einsatz der Bundeswehr als außenpolitisches Mittel wird von einer Mehrheit der Deutschen grundsätzlich akzeptiert (Abschnitt 11).

1 Einleitung

Seit mehr als drei Jahren führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine – und ein Ende ist nicht in Sicht. Darüber hinaus häufen sich Meldungen über hybride Angriffe auf Deutschland und andere NATO- und EU-Länder. Verschärft wird die angespannte Sicherheitslage in Europa durch die erratische Sicherheitspolitik der USA unter Präsident Donald Trump. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen kommt Deutschland eine noch größere Bedeutung für die Verteidigung Europas zu. Deutschlands engste Verbündete wie Frankreich oder Polen, aber auch die baltischen Länder plädieren für ein verstärktes militärisches Engagement Deutschlands.

Die neue Bundesregierung hat die Verteidigung Europas und die weitere Stärkung der Bundeswehr zur obersten Priorität ihres politischen Handelns erklärt. Um den Herausforderungen und der Verantwortung gerecht zu werden, wird der Wehretat von der Schuldenbremse ausgenommen, die Einführung eines neuen Wehrdienstes vorangetrieben, die Ukraine weiterhin umfangreich militärisch unterstützt und die NATO-Ostflanke mit dem Aufbau einer Bundeswehr-Brigade von bis zu 4.800 Soldatinnen und Soldaten in Litauen gestärkt. Die Bundesregierung hat den Anspruch formuliert, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen.

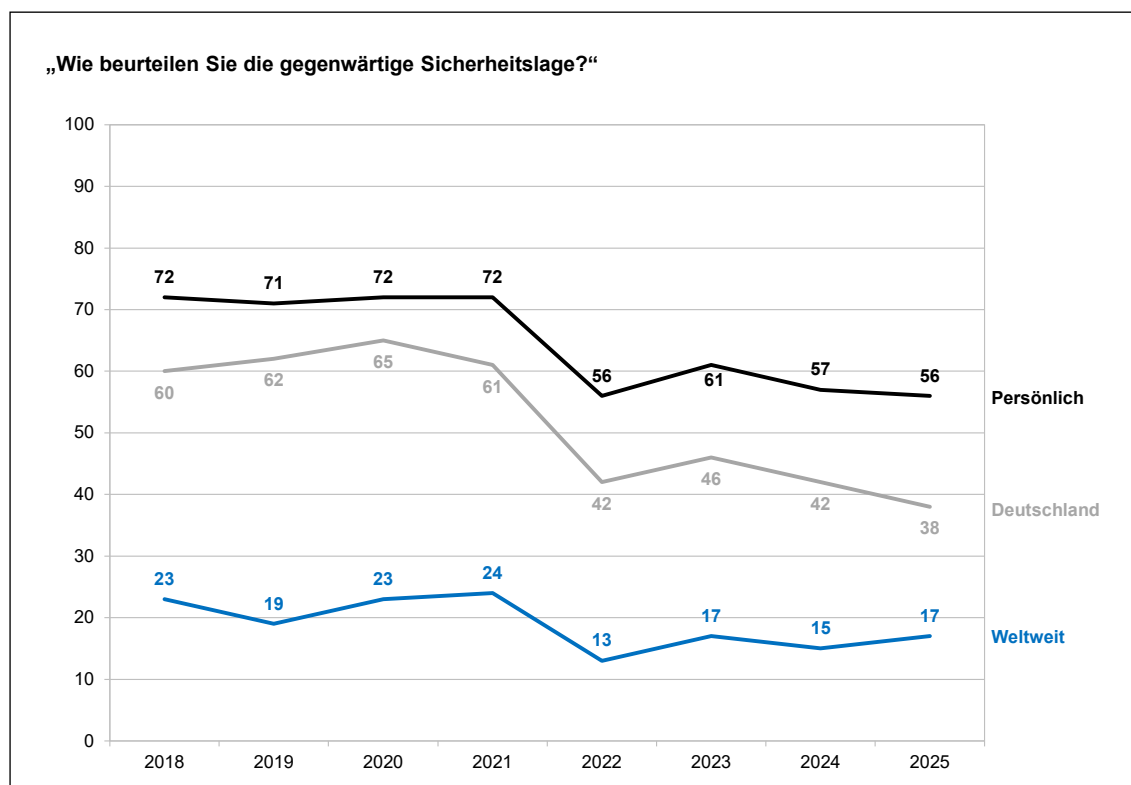
Wie stehen die Bürgerinnen und Bürger zu dieser ambitionierten deutschen Verteidigungspolitik? Sehen sie Deutschland in einer militärischen Führungsrolle? Wie steht es um das öffentliche Vertrauen in den Bündnispartner USA unter Präsident Trump? Welche Haltungen haben die Menschen zur NATO und zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit? Wie werden das Engagement der Bundeswehr an der NATO-Ostflanke und Deutschlands militärische Unterstützung für die Ukraine bewertet? Und welche Einstellungsunterschiede bestehen zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung?

Der vorliegende Forschungsbericht beantwortet diese Fragen auf der Grundlage der Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) – der umfangreichsten repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Deutschland. Seit 1996 leistet die jährliche ZMSBw-Bevölkerungsbefragung einen wichtigen empirischen Beitrag zur Transparenz und demokratischen Kontrolle der Bundeswehr sowie zum öffentlichen Diskurs über Deutschlands Verteidigungspolitik.

2 Sicherheits- und Bedrohungsgefühl

Die Beurteilung der persönlichen, der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage durch die Bürgerinnen und Bürger hat sich durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 nachhaltig verschlechtert (vgl. Abbildung 2.1). Im Vergleich zum Jahr 2024 hat sich das Sicherheitsempfinden 2025 unterschiedlich entwickelt. Das persönliche Sicherheitsempfinden der Befragten stagniert: Aktuell fühlt sich eine Mehrheit von 56 Prozent (-1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2024) persönlich sicher. Die Bewertung der nationalen Sicherheitslage hat sich im Vergleich zum Vorjahr etwas verschlechtert: Aktuell schätzt etwas mehr als ein Drittel der Befragten (38 Prozent; -4 Prozentpunkte) die Lage in Deutschland als sicher ein. Die weltweite Sicherheitslage wird im Vergleich zum Vorjahr etwas positiver bewertet, bleibt aber mit 17 Prozent (+2 Prozentpunkte) in einem kritischen Bereich. Insgesamt bleibt das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger auf einem deutlich niedrigeren Niveau als noch vor dem Jahr 2022.

Abbildung 2.1: Beurteilung der Sicherheitslage 2018–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr sicher“ und „Eher sicher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018–2025.

Militärische Risiken gehören weiterhin zu den größten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. Im Vergleich zum Vorjahr ist zudem das Bedrohungsgefühl durch Spannungen zwischen Europa und den USA sowie durch Angriffe auf die kritische Infrastruktur in Deutschland deutlich gewachsen.

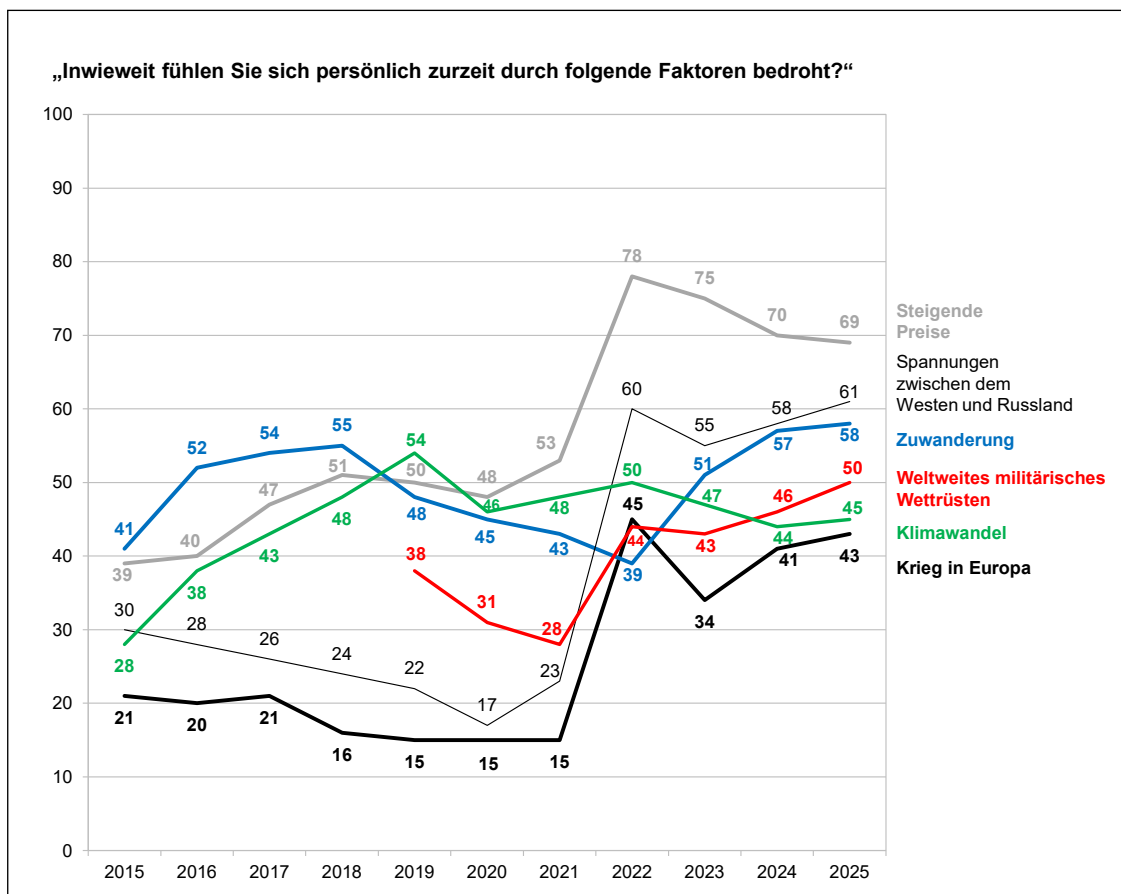
Wie bereits im Vorjahr fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger auch aktuell vorrangig durch Inflation (69 Prozent; -1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2024), militärische Risiken wie die Spannungen zwischen dem Westen und Russland (61 Prozent; +3 Prozentpunkte), Zuwanderung nach Deutschland (58 Prozent; +1 Prozentpunkt) und weltweites militärisches Wettrüsten (50 Prozent; +4 Prozentpunkte) in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht (vgl. Tabelle 2.1). Im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen ist die wahrgenommene Bedrohung durch Spannungen zwischen Europa und den USA (31 Prozent; +19 Prozentpunkte), durch Angriffe auf die kritische Infrastruktur in Deutschland (41 Prozent; +7 Prozentpunkte) und Terroranschläge in Deutschland (43 Prozent; +8 Prozentpunkte).

Tabelle 2.1: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheit

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“			
	Bedroht ¹ (vgl. zu 2024)	Teils/teils	Nicht bedroht ²
Steigende Preise	69 (-1)	19	11
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	61 (+3)	22	16
Zuwanderung nach Deutschland	58 (+1)	21	21
Weltweites militärisches Wettrüsten	50 (+4)	28	21
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	45 (+1)	28	27
Krieg in Europa	43 (+2)	31	25
Terroranschläge in Deutschland	43 (+8)	31	25
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	43 (+2)	26	30
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	42 (+1)	24	32
Angriffe auf die kritische Infrastruktur in Deutschland	41 (+7)	30	28
Krieg mit Atomwaffen	38 (+1)	31	30
Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News)	36 (+3)	31	32
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	34 (+7)	26	40
Kriminalität im Internet	33 (+4)	29	37
Spannungen zwischen Europa und den USA	31 (+19)	31	38
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	30 (-3)	29	41
Spannungen zwischen dem Westen und China	26 (+5)	29	43
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	26 (+2)	23	50
Kriminalität in meinem Umfeld	25 (+5)	28	47
Störfall in einem Atomkraftwerk	20 (+1)	25	54
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	19 (+2)	16	49
Zerfall der EU	19 (+5)	24	55

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Eher nicht bedroht“ und „Überhaupt nicht bedroht“ wurden zusammengefasst. Fehlende Prozente zu 100 entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Abbildung 2.2: Bedrohungen für die persönliche Sicherheit 2015–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst.
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2025.

Die Betrachtung der Zeitreihe seit 2015 offenbart, wie sehr Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine das subjektive Bedrohungsempfinden der Bürgerinnen und Bürger verändert hat (vgl. Abbildung 2.2). Bis 2021 wurden insbesondere militärische Risiken nur von einer Minderheit in der deutschen Bevölkerung als direkte Bedrohung für die persönliche Sicherheit wahrgenommen. Seit 2022 haben die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger vor Krieg in Europa, vor einem Konflikt zwischen Europa und Russland sowie vor einem weltweiten militärischen Wettrüsten stark zugenommen und gehören zu den größten Sorgen überhaupt, vergleichbar mit der Angst vor Inflation, Zuwanderung nach Deutschland und dem weltweiten Klimawandel.

Die verstärkte Wahrnehmung militärischer Sicherheitsrisiken seit 2022 ist ein Beleg für das Bewusstsein in der deutschen Bevölkerung für die sich verändernde Sicherheitslage in Europa.

Es wurde untersucht, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung signifikante Unterschiede bestehen in der wahrgenommenen Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch die vier am häufigsten genannten Risikofaktoren: Inflation, Zuwanderung, Klimawandel und dezidiert militärische Risikofaktoren. Das Bedrohungsgefühl durch militärische Risiken wurde mithilfe von fünf Einzelfaktoren erfasst: die wahrgenommene Bedrohung durch die Spannungen zwischen dem Westen und Russland, das weltweite militärische Wettrüsten, Krieg in Europa, Krieg mit Atomwaffen und Angriffe auf die kritische Infrastruktur in Deutschland. Diese fünf Variablen wurden in einer Indexvariable „militärische Risiken“ zusammengefasst. Die Indexvariable hat einen Wertebereich von 0 (kein Bedrohungsgefühl) bis 1 (starkes Bedrohungsgefühl), d.h. die im Folgenden berichteten Mittelwerte können einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen. Ein Mittelwert von 0,5 bedeutet, dass die befragte Gruppe im Durchschnitt eine ambivalente Meinung hat (wie sie z.B. die Antwortmöglichkeit „teils/teils“ darstellt). Je höher der Wert (maximal 1), desto stärker das Bedrohungsgefühl. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden auch die wahrgenommene Bedrohung durch die Inflation, die Zuwanderung nach Deutschland und den Klimawandel auf den Wertebereich 0 (kein Bedrohungsgefühl) bis 1 (starkes Bedrohungsgefühl) rekodiert.

Militärische Risiken werden in fast allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen im Durchschnitt als größere Bedrohung für die persönliche Sicherheit wahrgenommen als der weltweite Klimawandel.

Zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen bestehen in der durchschnittlichen Ausprägung der vier Bedrohungswahrnehmungen eine Vielzahl statistisch signifikanter Unterschiede. Über alle Gruppen hinweg fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger durch die Inflation (Mittelwert 0,73) und die Zuwanderung (Mittelwert 0,64) stärker in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht als durch militärische Risiken (Mittelwert 0,58) oder den Klimawandel (Mittelwert 0,56; vgl. Tabelle 2.2). Diese Hierarchie der wahrgenommenen Bedrohungsfaktoren bildet sich in nahezu allen untersuchten Gruppen ab.

Das durchschnittliche *Bedrohungsgefühl durch die Inflation* nimmt mit höherem Bildungsniveau und höherem Einkommen ab und ist im Vergleich der Regionen am schwächsten in Norddeutschland ausgeprägt. Der Vergleich der Wählergruppen offenbart, dass die Angst vor steigenden Preisen im Durchschnitt am stärksten unter Wählerinnen und Wählern der SPD (0,77) und der AfD (0,77) ausgeprägt ist.

Tabelle 2.2: Bedrohungsperzeptionen in soziodemografischen Gruppen

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“				
	Inflation	Zuwanderung	Klimawandel	Militärische Risiken
Insgesamt	0,73	0,64	0,56	0,58
Geschlecht	*	n.s.	***	n.s.
Männer	0,72	0,65	0,53	0,58
Frauen	0,74	0,62	0,58	0,58
Alter	*	n.s.	*	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,70	0,62	0,60	0,58
30 bis 49 Jahre	0,73	0,64	0,55	0,59
50 bis 69 Jahre	0,75	0,64	0,55	0,58
70 Jahre und älter	0,72	0,63	0,55	0,57
Bildungsniveau	***	**	n.s.	*
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,69	0,63	0,57	0,60
Realschulabschluss	0,77	0,67	0,56	0,60
Hauptschulabschluss	0,79	0,67	0,56	0,57
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	n.s.	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,70	0,66	0,55	0,58
2.001 bis 4.000 Euro	0,74	0,64	0,57	0,59
Bis 2.000 Euro	0,77	0,64	0,59	0,58
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,73	0,66	0,56	0,59
SPD	0,77	0,61	0,63	0,60
AfD	0,77	0,80	0,46	0,58
Die Linke	0,72	0,51	0,64	0,58
Bündnis 90/Die Grünen	0,67	0,52	0,73	0,61
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,70	0,61	0,50	0,56
Region	***	***	***	**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,67	0,59	0,58	0,62
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,75	0,67	0,54	0,59
Süddeutschland (BW, BY)	0,76	0,68	0,52	0,57
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,72	0,61	0,59	0,57
Migrationshintergrund	n.s.	***	***	*
Ja	0,72	0,57	0,49	0,55
Nein	0,73	0,65	0,57	0,59

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – kein Bedrohungsgefühl; 1 – starkes Bedrohungsgefühl]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable „militärische Risiken“ hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,81). Gruppen in Klammern sind kleiner als 50 Fälle. Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist ($n < 50$).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

In der Wahrnehmung der *Zuwanderung nach Deutschland* als Risiko für die eigene Sicherheit bestehen nur wenige statistisch signifikante Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen. Besonders ausgeprägt sind die Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Wählergruppen, wobei sich im Wesentlichen drei Gruppen identifizieren lassen: Die AfD-Anhänger fühlen sich durch die Zuwanderung nach Deutschland mit Abstand am stärksten in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht (Mittelwert 0,80). Am schwächsten ausgeprägt ist die Bedrohungswahrnehmung dagegen unter den Wählerinnen und Wählern der Grünen (Mittelwert 0,52) und der Linken (Mittelwert 0,51). Alle übrigen Wählergruppen nehmen die Zuwanderung etwas stärker als Bedrohung wahr als Grünen- und Linken-Anhänger, aber deutlich geringer als die Wählerinnen und Wähler der AfD (Mittelwerte 0,55 bis 0,66). Befragte mit Migrationshintergrund und Personen mit einem höheren Bildungsniveau empfinden die Zuwanderung nach Deutschland im Durchschnitt weniger als Bedrohung für die eigene Sicherheit als die entsprechenden Vergleichsgruppen.

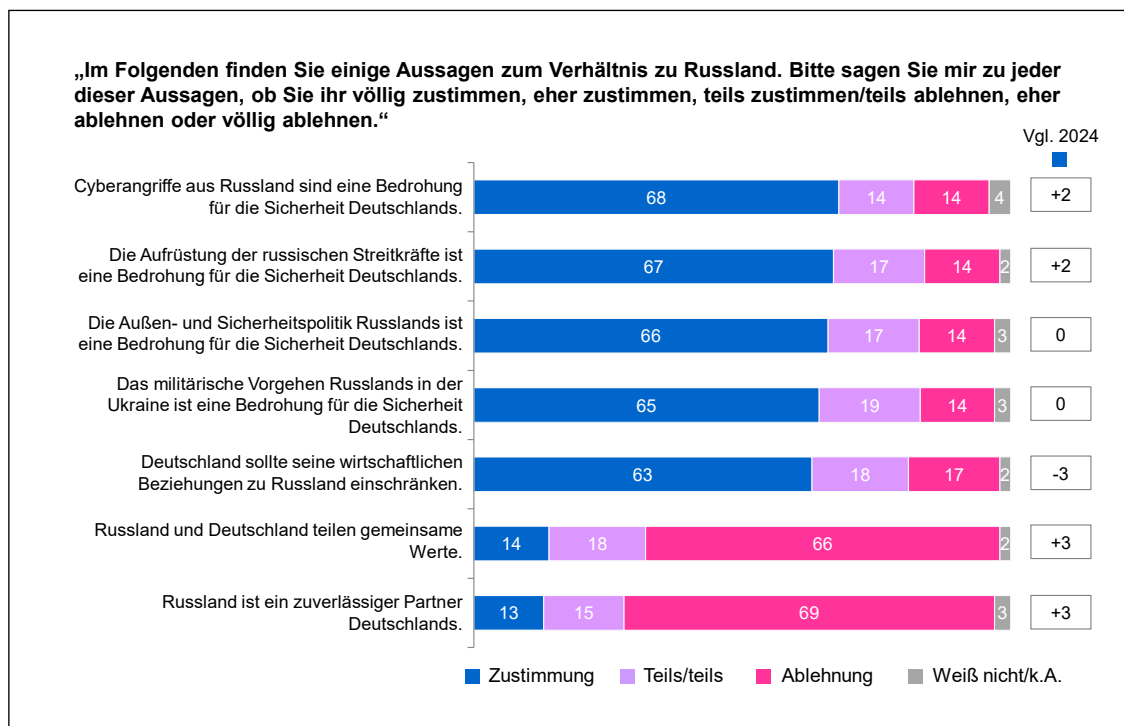
Die Wahrnehmung des *weltweiten Klimawandels* als Risikofaktor für die persönliche Sicherheit ist bei Frauen, bei jüngeren Befragten (16 bis 29 Jahre), bei Befragten in West- und Norddeutschland, bei Wählerinnen und Wählern der Grünen sowie bei Personen ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt signifikant stärker ausgeprägt als in den jeweiligen Vergleichsgruppen. Zwischen den verschiedenen Bildungs- und Einkommensgruppen bestehen dagegen keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Die Sorge vor *militärischen Risiken* ist in allen untersuchten Gruppen im Durchschnitt ähnlich stark ausgeprägt (Mittelwerte von 0,55 bis 0,62). Zwischen den Gruppen bestehen kaum statistisch signifikante Unterschiede und diese sind in keinem Fall substantiell. Die vergleichbar starke Ausprägung der wahrgenommenen Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch militärische Risiken lässt keine Rückschlüsse darauf zu, warum diese Faktoren als Bedrohung empfunden werden. Es lässt sich aber festhalten, dass militärische Risiken in allen untersuchten Gruppen gleichermaßen als relevante Bedrohung der persönlichen Sicherheit empfunden werden.

3 Russlandbild und militärische Unterstützung für die Ukraine

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich 2025 die wahrgenommene Bedrohung durch Russland weiter verstärkt: Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nimmt Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahr (65 bis 68 Prozent; vgl. Abbildung 3.1). Insbesondere Cyberangriffe aus Russland (68 Prozent; +2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) und die Aufrüstung der russischen Streitkräfte (67 Prozent; +2 Prozentpunkte) werden im Jahr 2025 von mehr Befragten als Bedrohung für Deutschlands Sicherheit eingeschätzt. Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands (66 Prozent; keine Veränderung) und das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine (65 Prozent; keine Veränderung) werden unverändert von einer absoluten Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger als Bedrohung bewertet. Ähnlich viele Befragte sprechen sich für eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland aus (63 Prozent; -3 Prozentpunkte). Nur eine Minderheit glaubt, dass Russland ein zuverlässiger Partner ist (13 Prozent; +3 Prozentpunkte), mit dem Deutschland gemeinsame Werte teilt (14 Prozent; +3 Prozentpunkte). Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sieht dies anders.

Abbildung 3.1: Einstellungen zum Verhältnis zu Russland

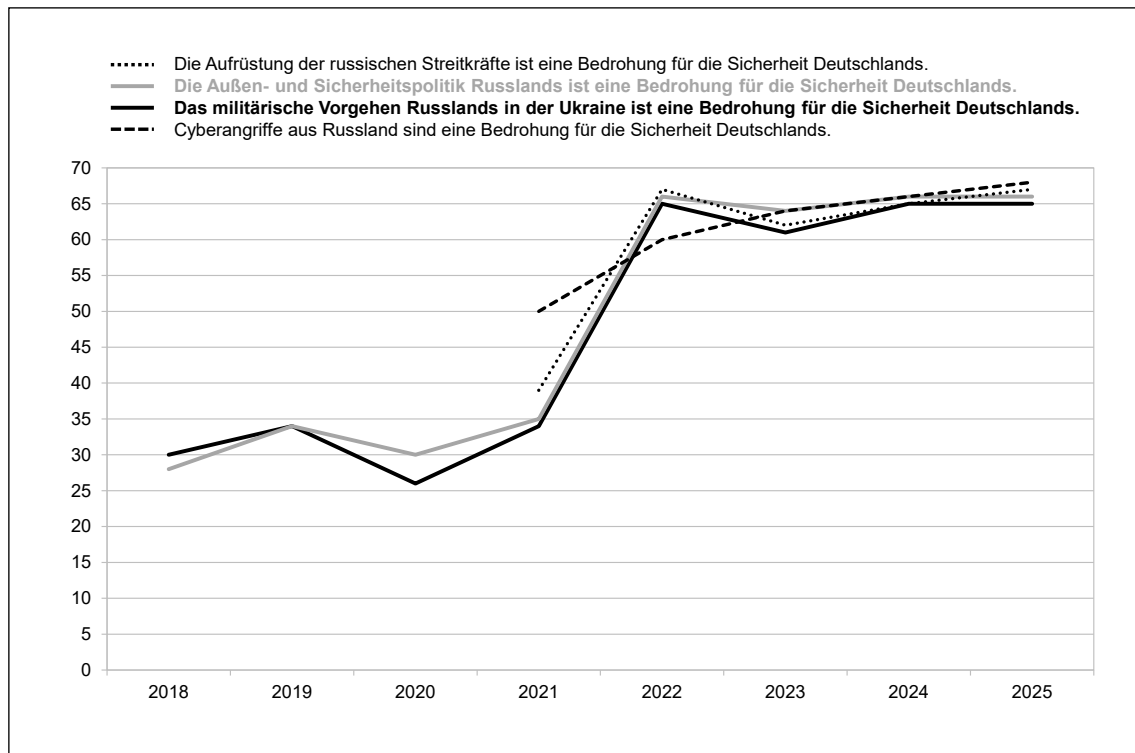


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Das Russlandbild der Bürgerinnen und Bürger hat sich seit 2022 grundlegend gewandelt. Russland wird aktuell mehr denn je von einer klaren Bevölkerungsmehrheit als militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen und als „Wertepartner“ abgelehnt.

Die öffentliche Wahrnehmung Russlands als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands ist im Vergleich zu den Jahren vor 2022 weiterhin sehr stark ausgeprägt und im Vergleich zum Vorjahr partiell noch etwas stärker geworden (vgl. Abbildung 3.2). Dieser leichte Anstieg korrespondiert mit dem ebenfalls leicht gestiegenen Bedrohungsgefühl der persönlichen Sicherheit durch Spannungen zwischen dem Westen und Russland sowie durch Krieg in Europa (vgl. Abschnitt 2, Tabelle 2.1).

Abbildung 3.2: Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands 2018–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018–2025.

Grundsätzlich lässt sich ein starker und statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch militärische Risiken (vgl. Tabelle 2.1) und der wahrgenommenen Bedrohung der Sicherheit Deutschlands durch Russland beobachten (bivariate Korrelation nach Pearson: 0,41; $p < 0,001$), d.h. die persönliche und die strategische Bedrohungswahrnehmung beeinflussen sich wechselseitig.

seitig: Je mehr Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen wird, desto eher fühlen sich die Befragten in ihrer persönlichen Sicherheit durch militärische Risiken bedroht. Vor diesem Hintergrund ist auch die Verschlechterung des persönlichen Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger seit 2022 zu erklären (vgl. Abbildung 2.1).

Welche statistisch signifikanten Unterschiede gibt es in der Wahrnehmung Russlands als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung? Die Bedrohungswahrnehmung wurde hierfür als eine Indexvariable berechnet, in die folgende Einzelfaktoren einfließen: die wahrgenommene Bedrohung durch Cyberangriffe aus Russland, durch die Aufrüstung der russischen Streitkräfte, durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine und durch die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands. Die Indexvariable hat einen Wertebereich von 0 bis 1, wobei ein Mittelwert von 0 keiner Bedrohungswahrnehmung und ein Wert von 1 einer starken Bedrohungswahrnehmung entspricht. Ein Mittelwert von 0,5 weist auf ein ambivalentes Bedrohungsgefühl hin.

Russland wird in allen Gruppen der deutschen Bevölkerung überwiegend als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden. Ein nennenswerter Ost-West-Unterschied ist in dieser Wahrnehmung nicht erkennbar, dafür aber zwischen den Wählergruppen: Unter der Anhängerschaft der AfD und der Linken ist die Bedrohungswahrnehmung am schwächsten ausgeprägt, bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen am stärksten.

Wie aus den Ergebnissen in Tabelle 3.1 hervorgeht, wird Russland in allen untersuchten Gruppen überwiegend als Bedrohung wahrgenommen. Statistisch signifikante Unterschiede bestehen vor allem zwischen den Wählergruppen: Befragte mit einer Wahlpräferenz für die AfD und die Linke sowie die Nichtwähler haben im Durchschnitt eine deutlich schwächer ausgeprägte Bedrohungspersonalperzeption als Befragte mit einer anderen Wahlpräferenz. Im Vergleich der Regionen fällt zudem auf, dass die Befragten in Ostdeutschland im Durchschnitt Russland etwas weniger bedrohlich wahrnehmen als die Befragten in den übrigen Regionen. Dieser Befund sollte jedoch nicht „überinterpretiert“ werden, denn um einen substanziellen Unterschied handelt es sich nicht. Eine Mehrheit der Befragten in allen Regionen sieht in Russland eine militärische Bedrohung. In dieser Wahrnehmung gibt es also keinen nennenswerten Ost-West-Unterschied. Zwischen Männern und Frauen, den Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen dagegen keine statistisch signifikanten Unterschiede in der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland.

Tabelle 3.1: Wahrgenommene Bedrohung durch Russland in soziodemografischen Gruppen

	Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands
Insgesamt	0,73
Geschlecht ^{n.s.}	
Männer	0,73
Frauen	0,73
Alter ^{n.s.}	
16 bis 29 Jahre	0,72
30 bis 49 Jahre	0,74
50 bis 69 Jahre	0,73
70 Jahre und älter	0,71
Bildungsniveau ^{n.s.}	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,72
Realschulabschluss	0,76
Hauptschulabschluss	0,73
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}	
4.001 Euro und mehr	0,72
2.001 bis 4.000 Euro	0,74
Bis 2.000 Euro	0,72
Wahlabsicht Bundestagswahl ^{***}	
CDU/CSU	0,77
SPD	0,78
AfD	0,64
Die Linke	0,67
Bündnis 90/Die Grünen	0,80
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,66
Region [*]	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,75
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,70
Süddeutschland (BW, BY)	0,72
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,73
Migrationshintergrund ^{n.s.}	
Ja	0,73
Nein	0,73

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Wertebereich der abhängigen Variable [0 – keine Bedrohungswahrnehmung; 1 – starke Bedrohungswahrnehmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,88). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

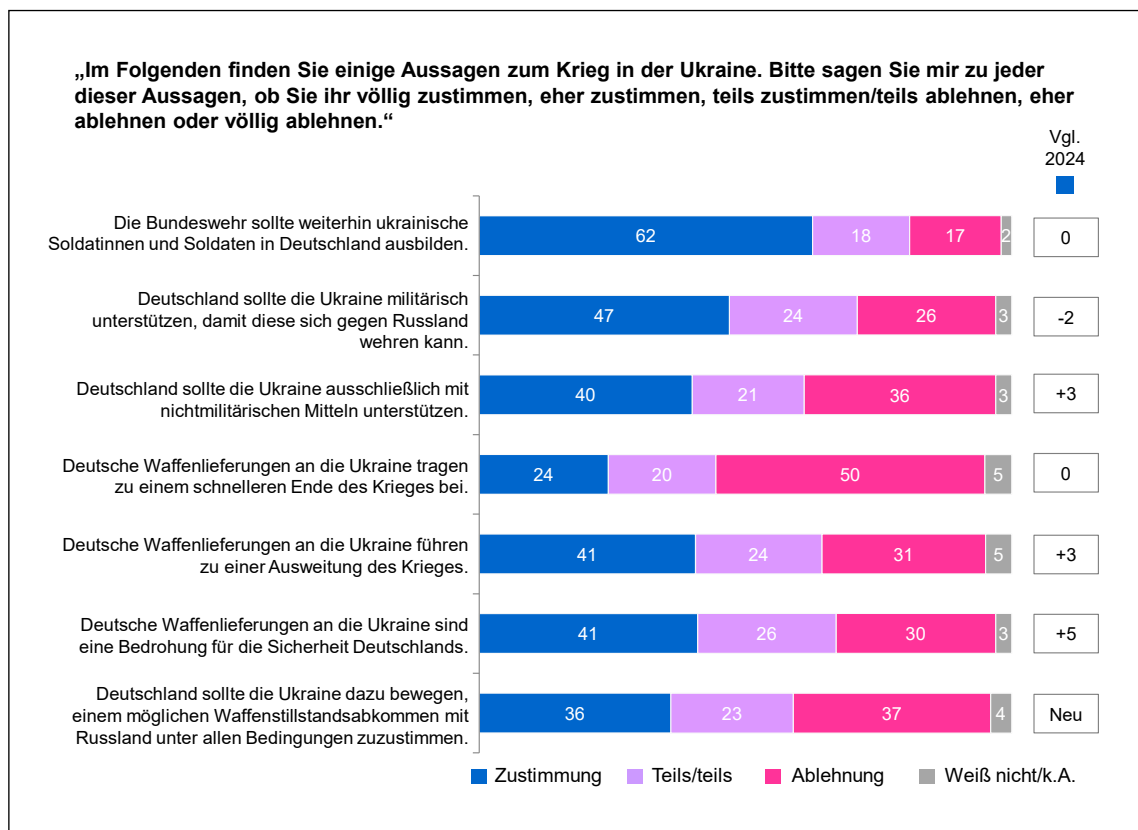
Einstellungen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine

Eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent (keine Veränderung im Vergleich zu 2024) unterstützt die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr in

Deutschland (vgl. Abbildung 3.3). Nur 17 Prozent der Befragten lehnen diese Form der militärischen Unterstützung der Ukraine ab. Eine relative Mehrheit von 47 Prozent (-2 Prozentpunkte) spricht sich grundsätzlich dafür aus, die Ukraine militärisch zu unterstützen, damit diese sich gegen Russland wehren kann. Ein Viertel (24 Prozent) ist hier geteilter Meinung und ein Viertel (26 Prozent) lehnt eine solche Unterstützung ab. Hinsichtlich einer ausschließlich nichtmilitärischen Unterstützung der Ukraine ist die öffentliche Meinung dagegen gespalten (vgl. Abbildung 3.3).

Der öffentliche Zuspruch zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Die Ausbildung ukrainischer Soldaten durch die Bundeswehr erfährt weiterhin großen Zuspruch.

Abbildung 3.3: Aussagen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Für die möglichen Auswirkungen der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine offenbart sich ein differenziertes Meinungsbild. In der Einschätzung, ob deutsche Waffenlieferungen zu einer Ausweitung des Krieges führen, sind sich die Befragten uneins:

41 Prozent (+3 Prozentpunkte) befürchten eine Ausweitung des Krieges durch diese Lieferungen an die Ukraine, ein Viertel ist unentschieden und 31 Prozent (-1 Prozentpunkt) teilen diese Sorge nicht. Ähnlich ambivalent ist das Meinungsbild zu der Frage, ob deutsche Waffenlieferungen eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellen: 41 Prozent (+5 Prozentpunkte) sehen hier ein Sicherheitsrisiko, 26 Prozent sind unentschieden und 30 Prozent (-4 Prozentpunkte) sehen darin keine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Dass deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine zu einem schnelleren Ende des Krieges beitragen, glaubt nur ein Viertel der Befragten (24 Prozent; keine Veränderung), ein Fünftel (20 Prozent) ist geteilter Meinung und eine Mehrheit von 50 Prozent (+1 Prozentpunkt) glaubt dies nicht. Ebenfalls gespalten ist die öffentliche Meinung in der Frage, ob Deutschland die Ukraine dazu bewegen sollte, einem möglichen Waffenstillstandsabkommen mit Russland unter allen Bedingungen zuzustimmen: 36 Prozent plädieren dafür, 23 Prozent sind unentschieden und 37 Prozent lehnen dies ab.

In allen Gruppen in der deutschen Bevölkerung befürwortet eine relative oder absolute Mehrheit die militärische Unterstützung der Ukraine – außer die Wählerinnen und Wähler der AfD und die Gruppe der Nichtwähler.

Zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der Bevölkerung besteht eine Reihe statistisch signifikanter Unterschiede in den Einstellungen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine. Die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr stößt jedoch in *allen* Gruppen auf mehrheitliche oder überwiegende Zustimmung. Die Einstellungsunterschiede zwischen den Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen sind entweder marginal oder folgen keinem klar erkennbaren Muster. Zwischen Männern und Frauen bestehen keine statistisch signifikanten Einstellungsunterschiede. Der Zuspruch zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine und die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr ist am stärksten ausgeprägt bei den 16–29-Jährigen, den Wählerinnen und Wählern der CDU/CSU und der SPD, Befragten in Norddeutschland sowie Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund. Die Anhängerschaft der AfD und die Gruppe der Nichtwähler lassen dagegen die geringste Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine erkennen. Unter den Befragten in Ostdeutschland sowie den Wählerinnen und Wählern der AfD und der Linken sind die möglichen Bedenken gegenüber Deutschlands Waffenlieferungen an die Ukraine am stärksten ausgeprägt. Die Wählerschaft der AfD und der SPD sowie Befragte in Ostdeutschland plädieren am ehesten dafür, dass Deutschland die Ukraine dazu bewegen sollte, einem möglichen Waffenstillstand mit Russland unter allen Bedingungen zuzustimmen.

Tabelle 3.2: Zustimmung zu Aussagen über Deutschlands Unterstützung für die Ukraine in soziodemografischen Gruppen

	<u>Unterstützung</u>			<u>Waffenlieferungen</u>			<u>Waffenstillstands- abkommen unter allen Bedingungen</u>
	Militärisch	Nur zivil	Ausbildung Soldaten	Schnelleres Kriegsende	Ausweitung des Krieges	Gefahr für DEU	
Insgesamt	47	40	62	24	41	41	36
Geschlecht	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Männer	51	40	63	26	40	40	37
Frauen	44	40	62	23	41	42	34
Alter	***	n.s.	*	**	*	*	***
16 bis 29 Jahre	50	38	67	26	37	41	32
30 bis 49 Jahre	49	41	63	27	42	42	37
50 bis 69 Jahre	43	42	59	21	41	41	39
70 Jahre und älter	49	36	61	26	40	38	32
Bildungsniveau	n.s.	*	n.s.	n.s.	**	*	***
Hochschul- bzw. Fach- hochschulreife	50	40	66	28	41	41	33
Realschulabschluss	46	44	64	23	46	46	42
Hauptschulabschluss	50	37	61	25	38	39	36
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	47	42	62	23	43	43	38
2.001 bis 4.000 Euro	50	40	66	28	43	42	37
Bis 2.000 Euro	47	37	61	26	42	43	35
Wahlabsicht Bundestags- wahl	***	***	***	***	***	***	***
CDU/CSU	60	38	74	33	36	39	31
SPD	61	40	76	36	37	38	44
AfD	34	48	48	16	58	53	49
Die Linke	44	50	59	20	54	53	31
Bündnis 90/Die Grünen	50	40	73	26	33	37	25
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	32	37	46	14	39	38	33
Region	***	***	***	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	60	41	74	34	42	43	35
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	45	45	60	28	54	48	45
Süddeutschland (BW, BY)	46	37	57	22	38	41	34
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	44	38	62	20	34	36	32
Migrationshintergrund	***	***	***	**	***	***	***
Ja	55	27	70	28	32	32	32
Nein	46	42	61	24	42	42	36

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Ausgewiesen sind die zusammengefassten Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2025.

Die Zustimmung zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine hängt auch davon ab, ob die Befragten Russland als Bedrohung wahrnehmen.

Weiterführende Analysen offenbaren, dass die Zustimmung zu Deutschlands militärischer Unterstützung der Ukraine auch davon abhängt, ob Russland als Bedrohung wahrgenommen wird: Die Bevölkerungsmehrheit, die Russland als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnimmt, stimmt der militärischen Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen und der Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr im Besonderen stärker zu und ist eher davon überzeugt, dass deutsche Waffenlieferungen zu einem schnelleren Kriegsende führen können, als jene Minderheit der Befragten, die in Russland keine Bedrohung sehen (vgl. Tabelle 3.3). Sorgen vor einer möglichen Ausweitung des Krieges und einer potenziellen Gefährdung Deutschlands durch Waffenlieferungen an die Ukraine bestehen aber in weiten Teilen der Bevölkerung unabhängig von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland. Auch die Zustimmung zur Aussage, dass die Ukraine einen Waffenstillstand mit Russland unter allen Bedingungen eingehen sollte, unterscheidet sich nicht zwischen den untersuchten Gruppen.

Tabelle 3.3: Zustimmung zur Unterstützung für die Ukraine in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland

Bedrohungs- wahrnehmung Russland	<u>Unterstützung</u>			<u>Waffenlieferungen</u>			<u>Waffenstill- standsab- kommen</u>
	Militärisch	Nur zivil	Ausbildung Soldaten	Schnelleres Kriegsende	Ausweitung des Krieges	Gefahr für DEU	
Bedrohung	55	43	71	28	40	41	35
Keine Bedrohung	26	33	36	14	44	42	38

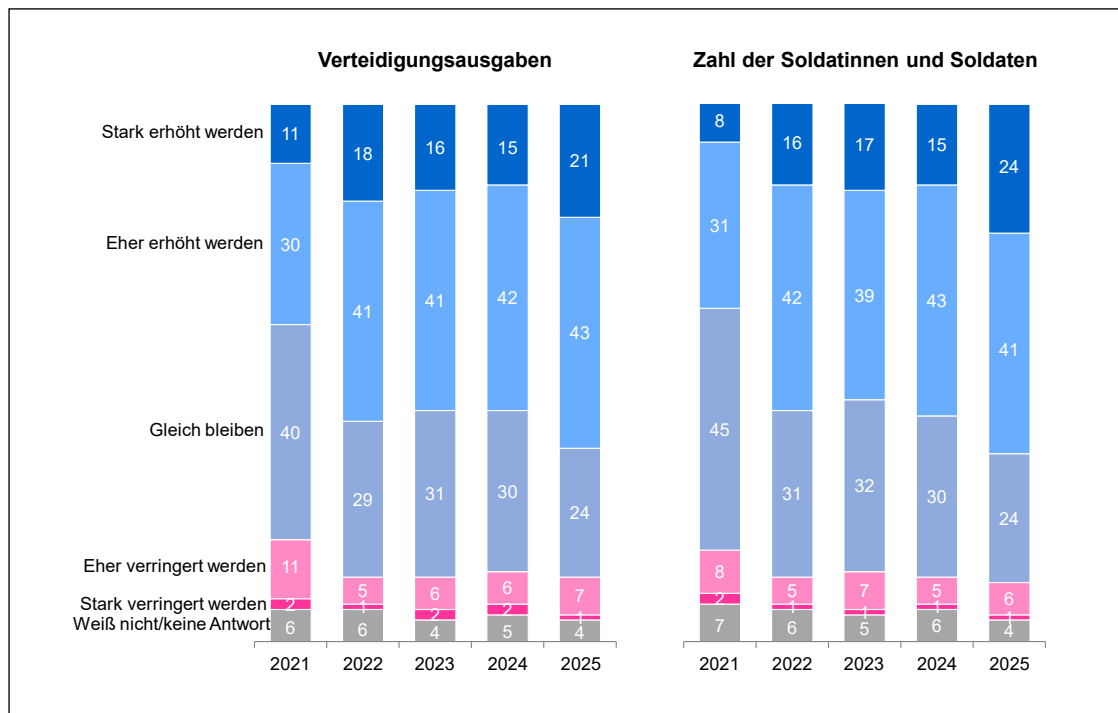
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortoptionen „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von denjenigen, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, sprechen sich 55 Prozent für eine militärische Unterstützung der Ukraine aus.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

4 Verteidigungsausgaben und Personalumfang

Infolge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine stieg im Jahr 2022 die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten massiv an. 2025 hat der ohnehin schon breite gesellschaftliche Rückhalt für die Stärkung der Bundeswehr einen neuen Impuls erhalten: Mehr Bürgerinnen und Bürger als jemals zuvor befürworten eine weitere Aufstockung der finanziellen (64 Prozent) und personellen (65 Prozent) Ressourcen der Bundeswehr – das ist ein Zuwachs von jeweils 7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2024 (vgl. Abbildung 4.1). Im Vergleich zum Vorjahr fällt der Zuwachs besonders groß in der Gruppe derjenigen aus, die sich für eine starke Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des Personalumfangs der Bundeswehr aussprechen. Nur eine kleine Minderheit spricht sich für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben (8 Prozent) und des Personalumfangs der Bundeswehr (7 Prozent) aus, während jeweils ein Viertel (24 Prozent; -6 Prozentpunkte) für ein gleichbleibendes Niveau plädiert.

Abbildung 4.1: Einstellung zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr 2021–2025



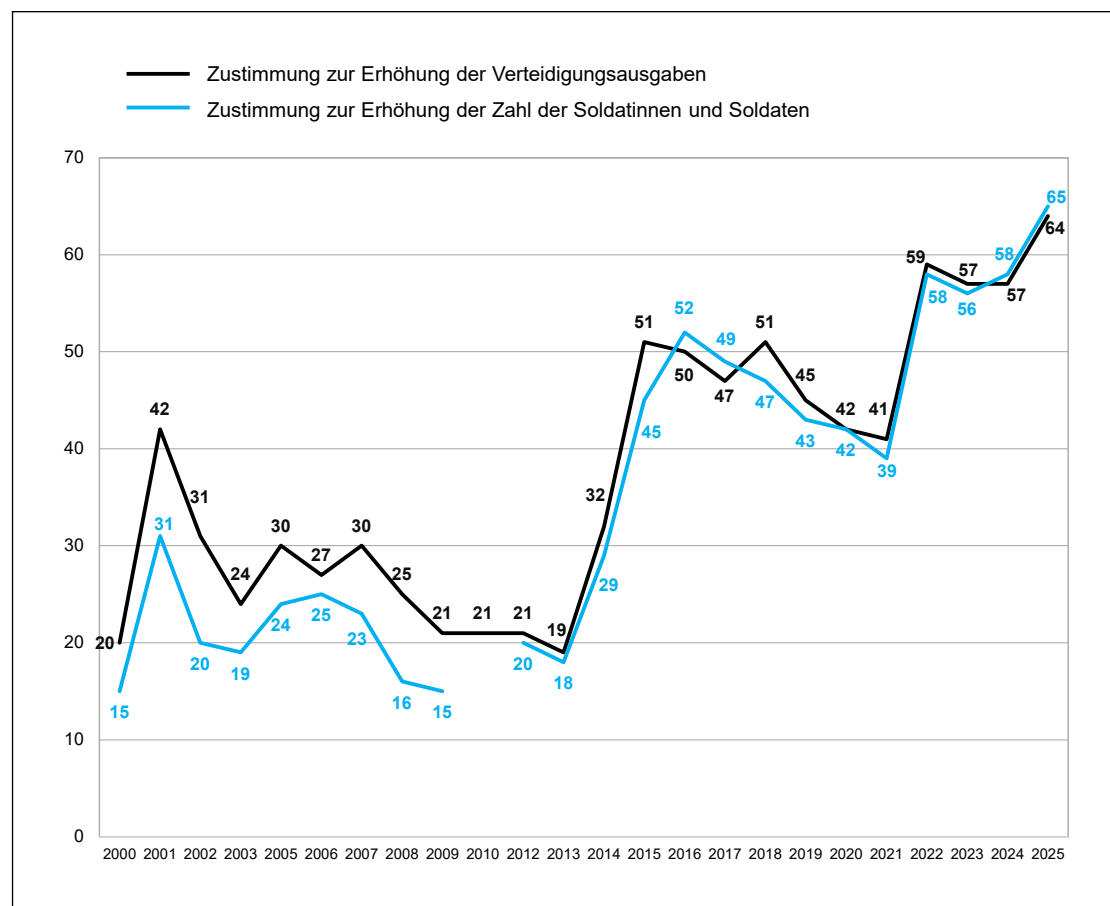
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personalumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021–2025.

Mehr Bürgerinnen und Bürger als jemals zuvor sprechen sich für höhere Verteidigungsausgaben und mehr Soldatinnen und Soldaten aus. Nie war der Wunsch nach einer starken Bundeswehr in der Bevölkerung größer.

Das Meinungsbild zu den Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr unterliegt im Laufe der Jahrzehnte bemerkenswerten Schwankungen (vgl. Abbildung 4.2): Ähnlich wie im Jahr 2022 stieg die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der militärischen Personalstärke auch im Jahr 2001 und in den Jahren 2014–2016 sprunghaft an, was als Reaktion der Bevölkerung auf Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage interpretiert werden kann (Anschläge vom 11. September 2001 und russische Annexion der Krim im Jahr 2014).

Abbildung 4.2: Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr 2000–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden jeweils zusammengefasst. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personalumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“ Die Frage zu den Verteidigungsausgaben wurde 2004 und 2011 nicht erhoben. Die Frage zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten wurde 2004, 2010 und 2011 nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2025.

Die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des Personalumfangs der Bundeswehr hängt grundsätzlich von der Bewertung der Sicherheitslage und seit 2022 insbesondere von der wahrgenommenen militärischen Bedrohung durch Russland ab.

Diese Interpretation wird durch die Ergebnisse weitergehender Auswertungen gestützt: Diejenigen Befragten, die Russland als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen der Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des militärischen Personals sehr viel stärker zu als diejenigen, die Russland nicht als Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachten (vgl. Tabelle 4.1). Allerdings spricht sich selbst in der Gruppe derer, die in Russland keine Bedrohung sehen, nur ein Fünftel für eine Verringerung der finanziellen bzw. personellen Ressourcen der Bundeswehr aus.

Tabelle 4.1: Einstellung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland

Bedrohungs- wahrnehmung Russland	<u>Verteidigungsausgaben</u>			<u>Zahl der Soldatinnen und Soldaten</u>		
	Erhöhen ¹	Gleich bleiben	Verringern ²	Erhöhen ¹	Gleich bleiben	Verringern ²
Bedrohung	73	21	4	74	20	3
Keine Bedrohung	38	36	20	40	38	18

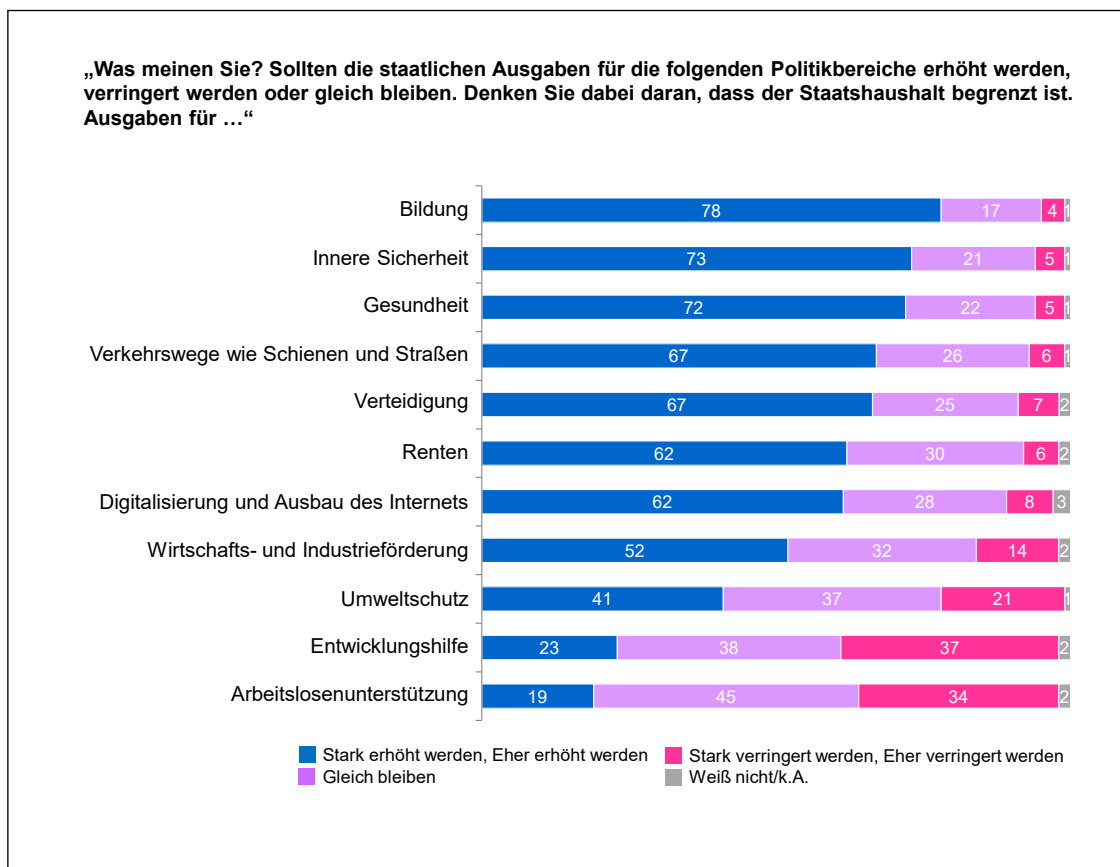
Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“. Lesebeispiel: Von denjenigen, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, plädieren 73 Prozent für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Im Vergleich zu anderen Politikfeldern und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Staatshaushalt begrenzt ist, unterstützen aktuell 67 Prozent (+8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) der Bürgerinnen und Bürger eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben (vgl. Abbildung 4.3). Damit wird der Verteidigung als Ausgabenbereich die gleiche Bedeutung beigemessen wie der öffentlichen Infrastruktur wie Schienen- und Straßenverkehrswegen (67 Prozent). Sie hat aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger außerdem Vorrang vor einer Erhöhung der Renten (62 Prozent) sowie den Politikfeldern Digitalisierung (62 Prozent), Wirtschafts- und Industrieförderung (52 Prozent), Umweltschutz (41 Prozent), Entwicklungshilfe (23 Prozent) und Arbeitslosenunterstützung (19 Prozent).

Die Verteidigung bleibt auch 2025 für die Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Ausgabenbereich, gleichbedeutend mit der öffentlichen Infrastruktur.

Abbildung 4.3: Einstellung zu den Ausgaben in verschiedenen Politikbereichen



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ sowie „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Eine absolute Mehrheit in allen untersuchten Gruppen in der Bevölkerung spricht sich für eine finanzielle und personelle Stärkung der Bundeswehr aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist diese Zustimmung deutlich gestiegen. Die Stärkung der Bundeswehr ist gesamtgesellschaftlicher Konsens.

Vergleichsweise am geringsten ausgeprägt ist die Zustimmung zur finanziellen Stärkung und zum militärischen Personalaufwuchs der Bundeswehr bei den 16–29-Jährigen (jeweils 56 Prozent), den Wählerinnen und Wählern der Linken (50 bzw. 51 Prozent) sowie Befragten ohne Wahlpräferenz (48 bzw. 50 Prozent). Am stärksten unterstützen die finanzielle und personelle Ertüchtigung der Bundeswehr Männer (jeweils 70 Prozent), Befragte mit Migrationshintergrund (jeweils 71 Prozent), Befragte mit mittlerem Bildungsniveau (jeweils 71 Prozent) und mittlerem Haushaltseinkommen (69 bzw. 70 Prozent) sowie die Wählerschaft der CDU/CSU (jeweils 75 Prozent) und der SPD (jeweils 73 Prozent). Einen Ost-West-Unterschied in der Einstellung zur Stärkung der Bundeswehr gibt es nicht.

Tabelle 4.2: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben und zum militärischen Personalumfang der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ [Verteidigungsausgaben] „Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte diese verringert werden oder sollte sie gleich bleiben?“ [Personalumfang]						
	Verteidigungsausgaben			Personalumfang		
	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²
Insgesamt	64	24	8	65	24	7
Geschlecht		***			***	
Männer	70	21	7	70	21	7
Frauen	59	27	9	61	27	7
Alter		**			***	
16 bis 29 Jahre	56	29	11	56	33	7
30 bis 49 Jahre	67	23	7	69	25	5
50 bis 69 Jahre	67	23	7	70	19	7
70 Jahre und älter	63	23	8	61	25	9
Bildungsniveau		n.s.			n.s.	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	65	26	8	66	27	6
Realschulabschluss	71	21	6	71	20	5
Hauptschulabschluss	65	26	6	68	25	4
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat		n.s.			n.s.	
4.001 Euro und mehr	65	25	7	65	28	5
2.001 bis 4.000 Euro	69	24	5	70	24	5
Bis 2.000 Euro	65	21	11	65	25	7
Wahlabsicht Bundestagswahl		***			***	
CDU/CSU	75	21	3	75	21	2
SPD	73	18	7	73	20	6
AfD	68	21	9	68	22	7
Die Linke	50	33	14	51	36	10
Bündnis 90/Die Grünen	62	30	7	65	28	5
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	48	30	14	50	28	13
Region		*			n.s.	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	63	28	9	65	27	7
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	64	25	9	66	27	6
Süddeutschland (BW, BY)	64	26	5	66	23	4
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	66	20	10	65	22	10
Migrationshintergrund		*			*	
Ja	71	19	8	71	20	7
Nein	63	25	8	64	25	7

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

5 Landes- und Bündnisverteidigung

Im Vergleich zum Vorjahr ist 2025 die öffentliche Zustimmung zu fast allen Aspekten der Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO leicht gestiegen. Die Zustimmungswerte liegen zum Teil sogar über den bisherigen Höchstwerten von 2022 und deutlich über dem Niveau vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine.

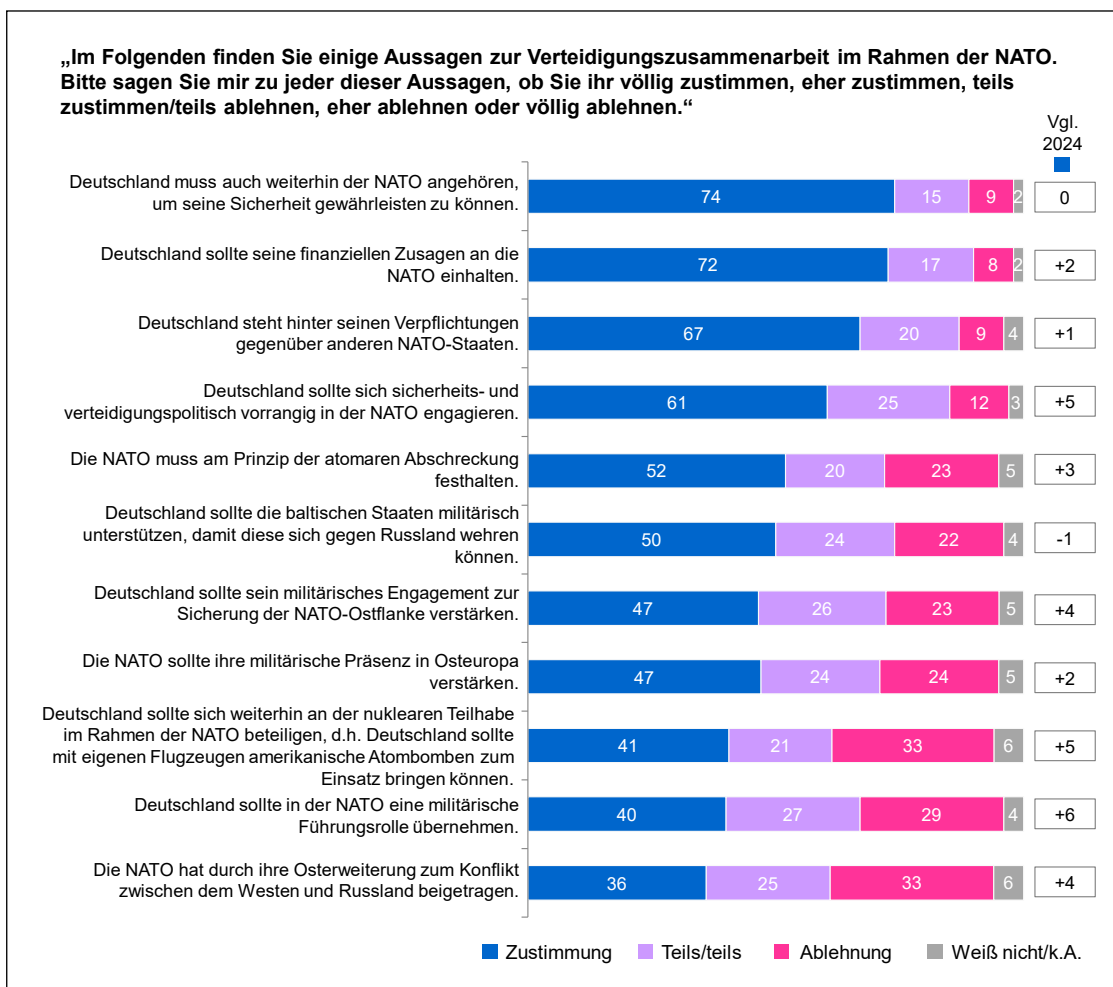
Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zu fast allen Aspekten der NATO-Bündnisverteidigung erneut gestiegen – vor allem zu einer militärischen Führungsrolle Deutschlands innerhalb der NATO.

Am stärksten unterstützten die Befragten prinzipielle Aussagen zu Deutschlands Bündniszugehörigkeit: 74 Prozent (keine Veränderung im Vergleich zu 2024) sind davon überzeugt, dass Deutschland auch weiterhin der NATO angehören muss, um seine Sicherheit gewährleisten zu können; 72 Prozent (+2 Prozentpunkte) sprechen sich für die Einhaltung der finanziellen Zusagen an die NATO aus; 67 Prozent (+1 Prozentpunkt) sind davon überzeugt, dass Deutschland hinter seinen Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten steht; und 61 Prozent (+5 Prozentpunkte) plädieren für ein vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement Deutschlands in der NATO.

Eine Reihe praktischer Aspekte der NATO-Bündnisverteidigung wird ebenfalls stärker befürwortet als noch im Vorjahr: 47 Prozent (+2 Prozentpunkte) begrüßen eine stärkere militärische Präsenz der NATO in Osteuropa, 47 Prozent (+4 Prozentpunkte) plädieren für ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands zur Sicherung der NATO-Ostflanke und 52 Prozent (+3 Prozentpunkte) fordern ein Festhalten der NATO am Prinzip der atomaren Abschreckung. Zudem sprechen sich 50 Prozent (-1 Prozentpunkt) für eine militärische Unterstützung Deutschlands für die baltischen Staaten aus, damit diese sich gegen Russland wehren können. Deutlich gestiegen ist der Zuspruch zu einer militärischen Führungsrolle Deutschlands in der NATO (40 Prozent; +6 Prozentpunkte).

Die Bürgerinnen und Bürger haben weiterhin eine eher ambivalente Einstellung zu Deutschlands Beteiligung an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO (41 Prozent Zustimmung; 33 Prozent Ablehnung). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Zuspruch zu diesem Aspekt der Bündnisverteidigung jedoch merklich gestiegen (+5 Prozentpunkte). Allerdings ist die in der Bevölkerung bestehende Unklarheit darüber, ob die NATO durch ihre Osterweiterung zum Konflikt zwischen dem Westen und Russland beigetragen hat, ebenfalls größer geworden (36 Prozent Zustimmung; 33 Prozent Ablehnung).

Abbildung 5.1: Einstellungen zur Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO



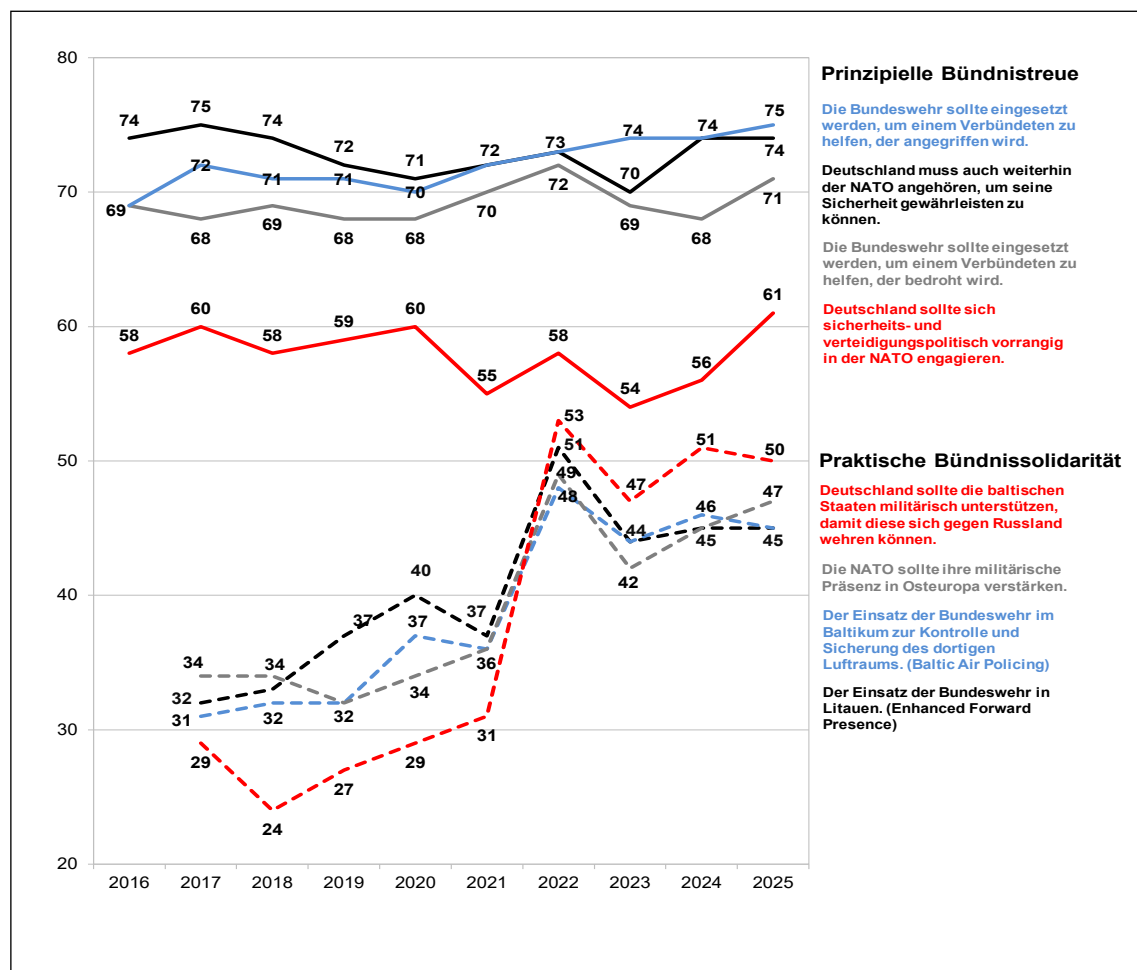
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Die praktische Bündnissolidarität der deutschen Bevölkerung lässt sich zudem mit der Einstellung zu den konkreten Missionen der Bundeswehr im Bereich Landes- und Bündnisverteidigung erfassen, zum Beispiel im Baltikum (vgl. Abschnitt 10, Abbildung 10.3): 45 Prozent (keine Veränderung im Vergleich zu 2024) stimmen der Beteiligung der Bundeswehr an der Enhanced Forward Presence der NATO in Litauen zu (26 Prozent geteilter Meinung; 24 Prozent Ablehnung); 45 Prozent (-1 Prozentpunkt) unterstützen die Beteiligung der Bundeswehr an der Luftraumsicherung (Air Policing) im Baltikum (26 Prozent geteilter Meinung; 25 Prozent Ablehnung). Die größte Zustimmung, nämlich 66 Prozent, erfährt der Einsatz der Bundeswehr in der Ostsee zur Abwehr von Sabotageangriffen auf kritische Unterwasserinfrastruktur wie z.B. Datenkabel (vgl. Abschnitt 10).

Bestand in den Jahren 2016–2021 ein ausgeprägtes Missverhältnis zwischen der großen öffentlichen Zustimmung zu prinzipiellen Aspekten der Bündnistreue und der eher geringen Zustimmung zu praktischen Aspekten der Bündnissolidarität, so verringerte sich diese Diskrepanz infolge von Russlands Vollinvasion der Ukraine im Jahr 2022 deutlich (vgl. Abbildung 5.2). 2023 sank jedoch die Zustimmung zu den praktischen Aspekten, wodurch die Lücke zwischen prinzipieller Bündnistreue und praktischer Bündnissolidarität wieder größer wurde. 2024 verringerte sich diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Praxis wieder etwas und ist nun 2025 erneut größer geworden, da die Zustimmung zur prinzipiellen Bündnistreue weiter gestiegen ist, während die praktische Bündnissolidarität stagniert.

Abbildung 5.2: Zustimmung zu ausgewählten Aspekten der prinzipiellen und praktischen Bündnisverteidigung, 2016–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2016–2025.

Nachfolgend wird beschrieben, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung statistisch signifikante Unterschiede in der prinzipiellen Bündnistreue und der praktischen Bündnissolidarität bestehen. Diese beiden Einstellungen sollen umfassend untersucht werden, weshalb die einzelnen Indikatoren, wie sie in Abbildung 5.2 dargestellt sind, in zwei Indexvariablen zusammengefasst wurden, die einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung) haben. Ein Mittelwert von 0,5 entspricht einer ambivalenten Einstellung. Die Ergebnisse in Tabelle 5.1 zeigen, dass die prinzipielle NATO-Bündnistreue in allen untersuchten Gruppen im Durchschnitt überwiegend positiv ausgeprägt ist und dies stets stärker als die praktische Bündnissolidarität. Allerdings besteht zwischen den Gruppen eine Vielzahl statistisch signifikanter Unterschiede bei beiden Einstellungen.

Die prinzipielle NATO-Bündnistreue ist in allen Gruppen in der Bevölkerung im Durchschnitt stärker ausgeprägt als die praktische NATO-Bündnissolidarität. Die Bereitschaft zur praktischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke ist am geringsten unter den Wählerinnen und Wählern der AfD und der Linken sowie in der Gruppe der Nichtwähler. Ein Ost-West-Unterschied in der Haltung zur NATO ist nicht zu beobachten.

Unter Männern und Befragten mit Migrationshintergrund sind die prinzipielle Bündnistreue und die praktische Bündnissolidarität im Durchschnitt geringfügig stärker ausgeprägt als in den entsprechenden Vergleichsgruppen. Das Alter, das Haushaltseinkommen und das Bildungsniveau der Befragten spielt eine eher geringe oder keine Rolle für die Einstellungen zur Bündnisverteidigung, selbst wenn einige Unterschiede statistisch signifikant sind. Im Vergleich der Regionen fällt auf, dass Befragte in Norddeutschland den praktischen Aspekten der NATO-Bündnisverteidigung im Durchschnitt positiver gegenüberstehen als die Befragten in den anderen Regionen. Einen Ost-West-Unterschied in der Haltung zur NATO gibt es nicht.

Größere Unterschiede bestehen zwischen den Wählergruppen. Während das grundsätzliche Bekenntnis zu Deutschlands NATO-Mitgliedschaft in allen Wählergruppen besteht, so offenbaren die Ergebnisse in Tabelle 5.1: Der Zuspruch zu Deutschlands militärischem Engagement zur Unterstützung der östlichen Partner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke ist an den Rändern des politischen Spektrums deutlich schwächer ausgeprägt als in der Wählerschaft der etablierten Parteien. Diese Beobachtung deckt sich mit dem Befund, dass die Wählerinnen und Wähler der AfD und der Linken auch das vergleichsweise am schwächsten ausgeprägte Gefühl der Bedrohung durch Russland (vgl. Abschnitt 3, Tabelle 3.1) und die kritischste Einstellung zu Deutschlands militärischer Unterstützung der Ukraine aufweisen (vgl. Abschnitt 3, Tabelle 3.2).

Tabelle 5.1: Prinzipielle Bündnistreue und praktische Bündnissolidarität in soziodemografischen Gruppen

	Prinzipielle Bündnistreue	Praktische Bündnissolidarität
Insgesamt	0,74	0,60
Geschlecht	*	*
Männer	0,75	0,61
Frauen	0,73	0,58
Alter	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,73	0,59
30 bis 49 Jahre	0,75	0,60
50 bis 69 Jahre	0,75	0,60
70 Jahre und älter	0,74	0,59
Bildungsniveau	**	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,74	0,59
Realschulabschluss	0,77	0,62
Hauptschulabschluss	0,76	0,59
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	***
4.001 Euro und mehr	0,73	0,61
2.001 bis 4.000 Euro	0,76	0,62
Bis 2.000 Euro	0,73	0,57
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,79	0,66
SPD	0,79	0,67
AfD	0,72	0,51
Die Linke	0,68	0,53
Bündnis 90/Die Grünen	0,76	0,63
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,68	0,51
Region	n.s.	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,76	0,66
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,74	0,58
Süddeutschland (BW, BY)	0,75	0,59
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,74	0,58
Migrationshintergrund	***	***
Ja	0,79	0,65
Nein	0,74	0,59

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Beide Indexvariablen haben eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,78 [prinzipielle Bündnistreue]; 0,83 [praktische Bündnissolidarität]). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist ($n < 50$).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Die praktische NATO-Bündnissolidarität der Bürgerinnen und Bürger hängt von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab.

Wie die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine (vgl. Abschnitt 3) und die Zustimmung zur personellen wie finanziellen Stärkung der Bundeswehr (vgl. Abschnitt 4) hängt die Haltung der Befragten zur militärischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner und Sicherung der NATO-Ostflanke entscheidend von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab. Wer Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnimmt, stimmt allen Aspekten der konkreten Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke sehr viel stärker zu als jene Befragten, die Russland nicht als Bedrohung wahrnehmen (vgl. Tabelle 5.2) – die Zustimmungswerte sind doppelt bis dreimal so groß. Damit zeigt sich einmal mehr, dass die Zeitenwende „in den Köpfen“ von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland bestimmt wird.

Tabelle 5.2: Zustimmung zu Aussagen über die Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland

Bedrohungswahrnehmung Russland	<u>Zustimmung</u>				
	Bundeswehr- Mission EFP Litauen	Bundeswehr- Mission Baltic Air Policing	DEU milit. Engagement an Ostflanke stärken	Stärkere NATO-Präsenz in Osteuropa	DEU sollte Baltikum militärisch unterstützen
Bedrohung	55	54	54	55	60
Keine Bedrohung	17	21	31	28	23

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von denjenigen, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen 55 Prozent der Bundeswehr-Mission EFP in Litauen zu.

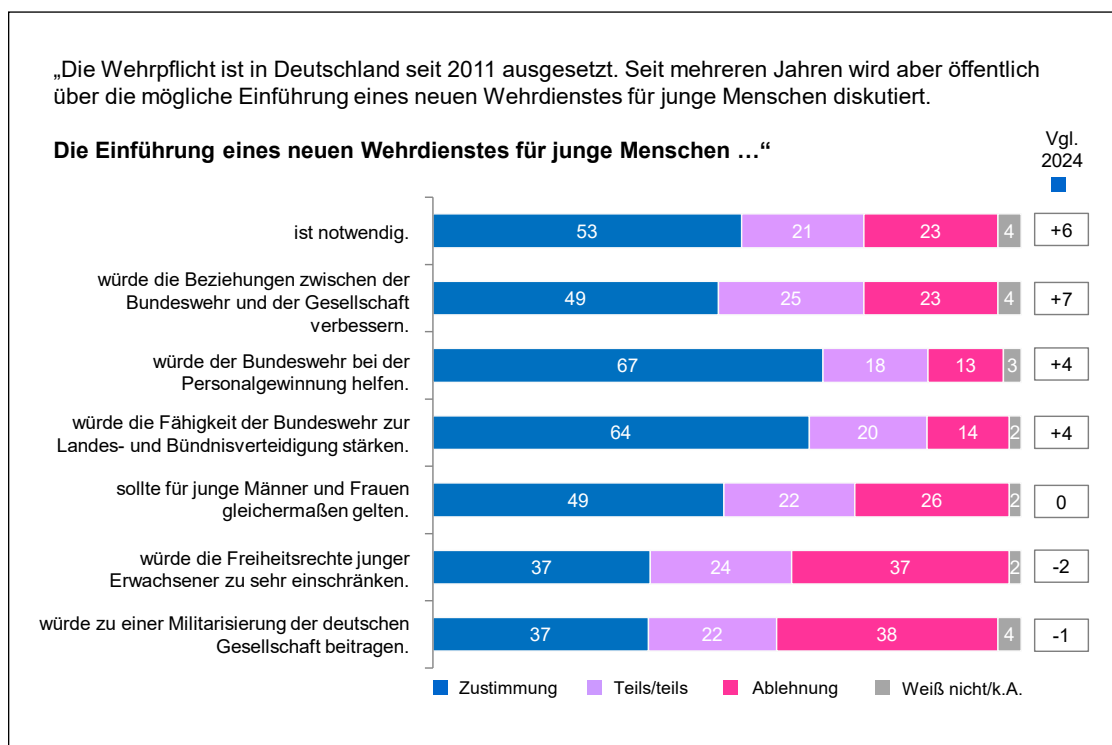
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

6 Wehrdienst und Verteidigungsbereitschaft

Die Wehrpflicht in Deutschland wurde 2011 ausgesetzt. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall könnte die Wehrpflicht gemäß Artikel 12a des Grundgesetzes jedoch wieder aktiviert werden. Vor dem Hintergrund der veränderten Bedrohungslage durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wird die Wiedereinführung eines neuen Wehrdienstes diskutiert.

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger empfindet einen neuen Wehrdienst als notwendig und verbindet mit ihm eine Reihe positiver Erwartungen, z.B. eine gestärkte Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung. Im Vergleich zum Vorjahr ist die öffentliche Meinung zu einem Wehrdienst deutlich positiver – auch unter den jungen Menschen.

Abbildung 6.1: Aussagen zur Einführung eines neuen Wehrdienstes



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Eine absolute Mehrheit (53 Prozent; +6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) der Befragten hält die Einführung eines neuen Wehrdienstes für notwendig, während etwas weniger als ein Viertel keine Notwendigkeit dafür sieht und ein Fünftel unentschieden ist (vgl. Abbildung 6.1). Eine relative oder absolute Mehrheit ist zudem der Auffassung, dass die Einführung eines Wehrdienstes die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft verbessern (49 Prozent; +7 Prozentpunkte), der Bundeswehr bei der Personalgewinnung helfen (67 Prozent; +4 Prozentpunkte) und die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung stärken würde (64 Prozent; +4 Prozentpunkte). Uneins sind sich die Bürgerinnen und Bürger, ob ein Wehrdienst die Freiheitsrechte junger Erwachsener zu sehr einschränken und zu einer Militarisierung der deutschen Gesellschaft beitragen würde: Ablehnung und Zustimmung halten sich in etwa die Waage, während etwas weniger als ein Viertel unentschieden ist.

Annähernd die Hälfte der Befragten (49 Prozent; keine Veränderung) plädiert dafür, dass ein neuer Wehrdienst für junge Männer und Frauen gleichermaßen gelten sollte; jeder Fünfte ist in dieser Frage unentschieden und etwas mehr als ein Viertel lehnt dies ab. Männer sprechen sich etwas stärker für einen Wehrdienst für beide Geschlechter aus (52 Prozent) als Frauen (47 Prozent; vgl. Tabelle 6.1). Dieser Unterschied bildet sich auch in der Gruppe der 16–29-Jährigen ab: 49 Prozent der jungen Männer und 40 Prozent der jungen Frauen wären für einen neuen Wehrdienst für beide Geschlechter.

Eine absolute Mehrheit der Männer und eine relative Mehrheit der Frauen sprechen sich für einen neuen Wehrdienst aus, der für junge Männer und Frauen gleichermaßen gelten sollte.

Es wurde auch untersucht, ob sich die grundsätzlichen Einstellungen zu einem neuen Wehrdienst zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung unterscheiden. In den meisten untersuchten Gruppen hält eine relative oder absolute Mehrheit die Einführung eines neuen Wehrdienstes für notwendig (vgl. Tabelle 6.1). Ausnahmen sind die Gruppe der jungen Frauen (16–29 Jahre) sowie die Wählerinnen und Wähler der Linken und die Gruppe der Nichtwähler. Die Zustimmung zur Notwendigkeit eines neuen Wehrdienstes ist in der Gruppe der 16–29-Jährigen geringer (42 Prozent) als unter den älteren Befragten (56 Prozent). Insgesamt ist die Einstellung der jüngeren Befragten hierzu überwiegend positiv: 42 Prozent (+5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) stimmen hier zu, 30 Prozent (-7 Prozentpunkte) lehnen ab und 25 Prozent (+5 Prozentpunkte) sind unentschieden. Männer (59 Prozent), Personen mit mittlerem Einkommen (59 Prozent) sowie Befragte mit einer Wahlpräferenz für die CDU/CSU (65 Prozent) und die SPD (61 Prozent) sprechen sich am stärksten für die Einführung eines neuen Wehrdienstes aus.

Tabelle 6.1: Zustimmung zu Aussagen über einen neuen Wehrdienst in soziodemografischen Gruppen

„Die Einführung eines neuen Wehrdienstes für junge Menschen ist notwendig. [Notwendig] ... würde die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft verbessern. [Gesellschaft] ... würde der Bundeswehr bei der Personalgewinnung helfen. [Personal] ... würde die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung stärken. [LV/BV] ... sollte für junge Männer und Frauen gleichermaßen gelten. [Frauen] ... würde die Freiheitsrechte junger Erwachsener zu sehr einschränken. [Freiheit] ... würde zu einer Militarisierung der deutschen Gesellschaft beitragen.“ [Militarisierung]							
	Not- wendig	Gesell- schaft	Perso- nal	LV/BV	Frauen	Freiheit	Militari- sierung
Insgesamt	53	49	67	64	49	37	37
Geschlecht	***	*	**	**	*	n.s.	n.s.
Männer (Insgesamt)	59	51	71	68	52	35	36
Männer (16–29 Jahre)	45	39	63	63	49	47	41
Frauen (Insgesamt)	47	46	63	60	47	38	37
Frauen (16–29 Jahre)	38	40	53	55	40	52	37
Alter	***	***	*	n.s.	*	***	n.s.
16 bis 29 Jahre	42	40	58	59	45	50	39
30 bis 49 Jahre	56	51	69	66	47	37	40
50 bis 69 Jahre	56	50	71	66	55	31	33
70 Jahre und älter	55	51	66	63	47	34	35
Bildungsniveau	n.s.	n.s.	*	*	n.s.	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	53	48	67	63	51	37	38
Realschulabschluss	56	53	74	71	53	37	38
Hauptschulabschluss	58	52	71	67	50	35	37
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	n.s.	**	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	52	49	66	63	50	38	38
2.001 bis 4.000 Euro	59	52	73	69	52	37	39
Bis 2.000 Euro	45	46	64	62	48	40	37
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***	***	**	**
CDU/CSU	65	61	78	76	55	35	35
SPD	61	57	75	68	55	41	40
AfD	59	53	69	64	51	35	37
Die Linke	35	36	54	55	51	50	33
Bündnis 90/Die Grünen	46	45	67	62	55	38	47
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	38	33	52	51	38	35	33
Region	n.s.	***	***	**	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	52	56	73	68	60	50	54
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	51	46	65	64	47	39	39
Süddeutschland (BW, BY)	52	54	67	65	57	33	36
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	55	42	66	62	40	32	28
Migrationshintergrund	*	***	***	**	***	***	**
Ja	54	48	73	68	41	35	32
Nein	53	49	67	64	51	37	37

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

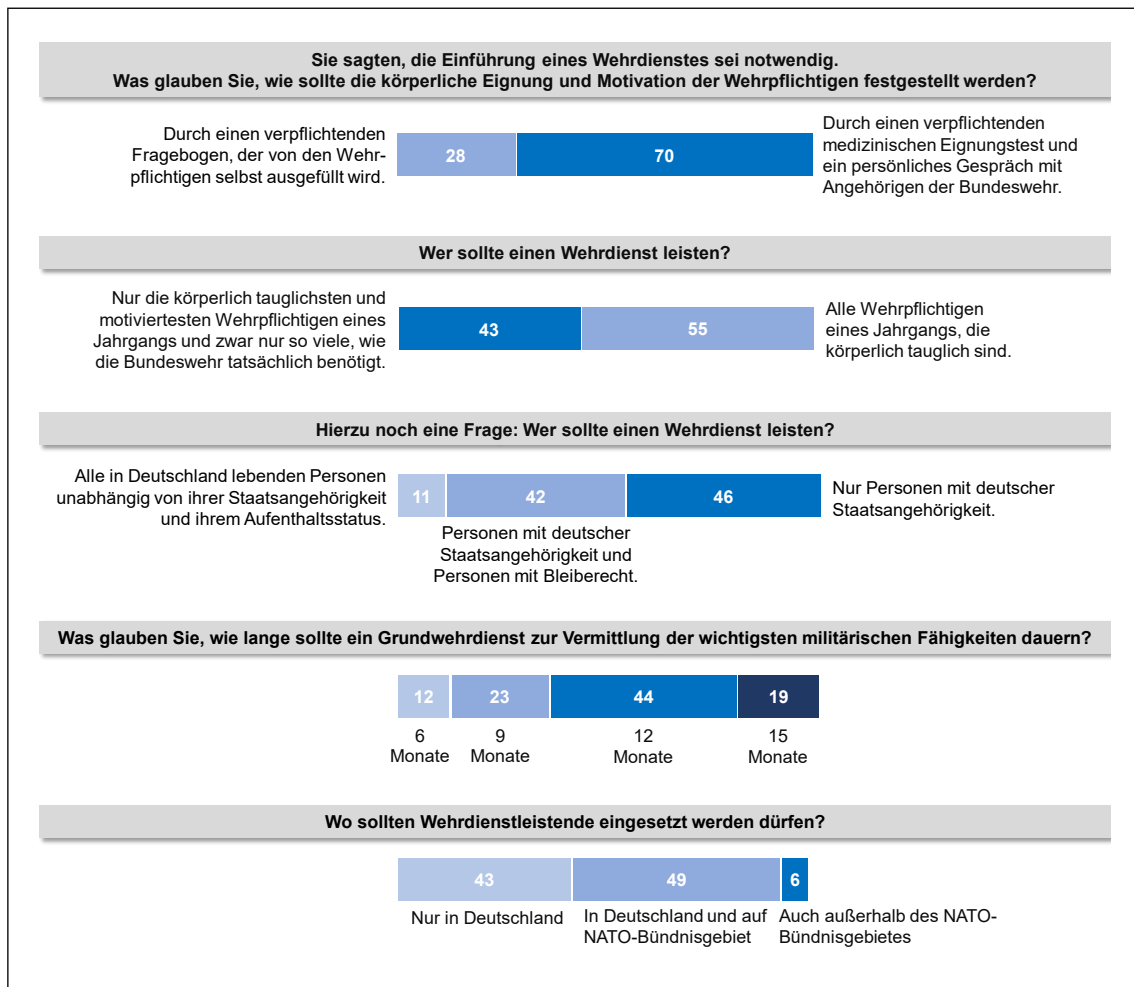
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Viele Bürgerinnen und Bürger verbinden mit der möglichen Einführung eines neuen Wehrdienstes eine Reihe positiver Erwartungen. Vor allem Männer, Befragte in Norddeutschland und Befragte mit einer Wahlpräferenz für die CDU/CSU und die SPD erwarten von einem Wehrdienst einen positiven Beitrag für die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft, für die Personalgewinnung der Bundeswehr und die Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung.

In nahezu allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen besteht eine mehrheitliche Zustimmung zu einem Wehrdienst, der gleichermaßen für junge Männer und Frauen gelten sollte. Auf die vergleichsweise geringste Zustimmung trifft diese Überlegung bei jungen Frauen (40 Prozent), bei Befragten in Westdeutschland (40 Prozent), bei Personen mit Migrationshintergrund (41 Prozent) sowie bei der Gruppe der Nichtwähler (38 Prozent). Die Ansicht, dass ein Wehrdienst die Freiheitsrechte junger Menschen zu sehr einschränken könnte, vertreten vor allem jüngere Befragte (50 Prozent), Befragte in Norddeutschland (50 Prozent) und solche mit einer Wahlabsicht für die Linke (50 Prozent). Die Sorge, ein neuer Wehrdienst könnte zu einer Militarisierung der deutschen Gesellschaft beitragen, wird von einer Mehrheit der Befragten in Norddeutschland (54 Prozent) geteilt.

Diejenigen Befragten, die angegeben hatten, die Einführung eines neuen Wehrdienstes für junge Menschen für notwendig zu erachten, erhielten weitere Fragen zur Ausgestaltung dieses Dienstes ($n = 1.086$). Eine klare Mehrheit (70 Prozent) spricht sich dafür aus, die körperliche Eignung und Motivation der Wehrpflichtigen durch einen verpflichtenden medizinischen Eignungstest und ein persönliches Gespräch festzustellen (vgl. Abbildung 6.2). Etwas mehr als Viertel (28 Prozent) empfindet dagegen eine Musterung mithilfe eines verpflichtenden Fragebogens, der von den Wehrpflichtigen selbst ausgefüllt wird, als ausreichend. Hinsichtlich der Frage, wer einen Wehrdienst leisten sollte, sind sich die Wehrdienst-Befürworter uneins: 55 Prozent sehen alle jungen Menschen eines Jahrgangs, die körperlich tauglich sind, in der Pflicht. 43 Prozent plädieren hingegen für eine Auswahlwehrpflicht, bei der nur die körperlich tauglichsten und motiviertesten Wehrpflichtigen für den Dienst an der Waffe ausgewählt werden und dann auch nur so viele, wie die Bundeswehr tatsächlich benötigt. Eindeutiger fällt das Votum zur Frage aus, welche Staatsangehörigkeit die Wehrpflichtigen haben sollten: Eine relative Mehrheit von 46 Prozent spricht sich dafür aus, dass nur deutsche Staatsangehörige einen Wehrdienst leisten sollten. 42 Prozent würden darüber hinaus auch Personen mit einem Bleiberecht, d.h. ausländische Staatsangehörige mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis in Deutschland, in die Wehrpflicht einbeziehen wollen. Für eine Minderheit von 11 Prozent der Befragten spielt die Staatsangehörigkeit und der Aufenthaltsstatus keine Rolle.

Abbildung 6.2: Präferenzen zur Ausgestaltung eines neuen Wehrdienstes



Anmerkung: Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 entsprechen dem Antwortanteil „weiß nicht/keine Antwort.“ Anzahl der Befragten: n = 1.086.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Eine relative Mehrheit von 44 Prozent ist davon überzeugt, dass zur Vermittlung der wichtigsten militärischen Fähigkeiten ein Grundwehrdienst von 12 Monaten erforderlich ist. Etwas mehr als ein Drittel (35 Prozent) plädiert für kürzere Dienstzeiten, während sich ein Fünftel (19 Prozent) für einen 15-monatigen Wehrdienst ausspricht. Einen Einsatz der Wehrdienstleistenden außerhalb des NATO-Bündnisgebietes kann sich nur eine Minderheit der Wehrdienst-Befürworter vorstellen (6 Prozent). Auf deutlich mehr Akzeptanz stößt ein möglicher Einsatz auf NATO-Bündnisgebiet (49 Prozent). Ähnlich viele Befragte (43 Prozent) würden das mögliche Einsatzgebiet der Wehrpflichtigen auf Deutschland begrenzen wollen.

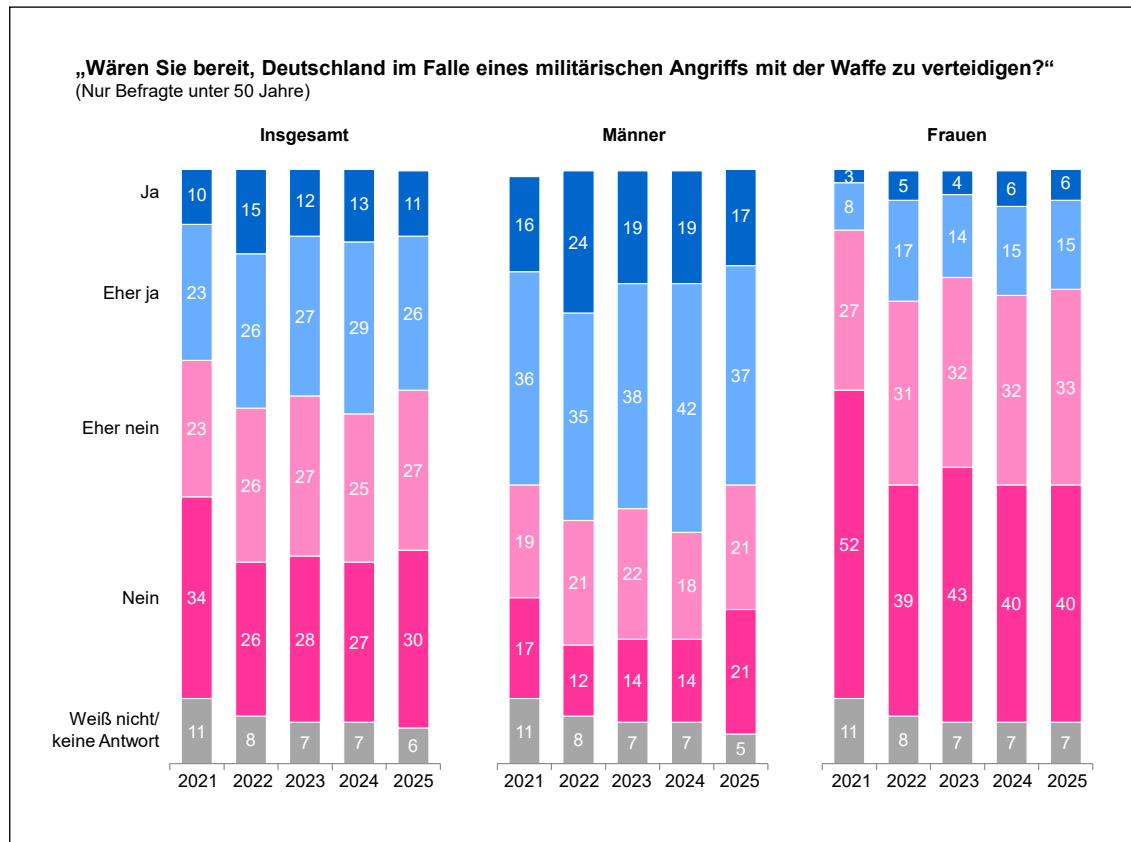
Wie sehen diese Präferenzen bei den Bürgerinnen und Bürgern im Alter von 16 bis 29 Jahren aus, die die Einführung eines neuen Wehrdienstes für notwendig halten? Zur Feststellung der körperlichen Eignung bevorzugen 64 Prozent dieser jüngeren Wehrdienst-Befürworter einen verpflichtenden medizinischen Eignungstest, während 32 Prozent eine Selbsteinschätzung mithilfe eines Fragebogens genügt. Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent ist davon überzeugt, dass alle körperlich tauglichen jungen Menschen einen Wehrdienst leisten sollten, während 44 Prozent für eine Auswahlwehrpflicht plädieren. Eine relative Mehrheit von 47 Prozent sieht nur deutsche Staatsangehörige in der Pflicht, einen Grundwehrdienst zu leisten (mit Bleiberecht: 42 Prozent; alle: 10 Prozent). Eine Mehrheit von 67 Prozent hält eine Dauer von 9–12 Monaten zur Vermittlung der wichtigsten militärischen Fähigkeiten für angemessen (6 Monate: 21 Prozent; 9 Monate: 31 Prozent; 12 Monate: 36 Prozent; 15 Monate: 9 Prozent). Eine absolute Mehrheit von 56 Prozent der jungen Befragten spricht sich für den ausschließlichen Einsatz von Wehrpflichtigen in Deutschland aus, während 40 Prozent sich auch einen Einsatz innerhalb des NATO-Bündnisgebietes vorstellen könnten.

Persönliche Verteidigungsbereitschaft

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter 50 Jahren (n = 980) wurden gefragt, ob sie bereit wären, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger gesunken (vgl. Abbildung 6.3). Aktuell geben 37 Prozent (-5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) der Befragten an, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe verteidigen zu wollen, während 57 Prozent (+5 Prozentpunkte) dies ablehnen. 6 Prozent der Befragten wollten oder konnten diese Frage nicht beantworten. In allen Erhebungsjahren ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft der Männer (52 bis 61 Prozent) deutlich stärker ausgeprägt als die der Frauen (11 bis 22 Prozent). Die Zeitreihe seit dem Jahr 2021 offenbart, dass sich die persönliche Verteidigungsbereitschaft in der deutschen Bevölkerung durch eine gewisse Volatilität auszeichnet.

Einen Mangel an „freiwilligen Kämpferinnen und Kämpfern“ im wehrfähigen Alter gibt es nicht: Eine Mehrheit der Männer erklärt sich zur Verteidigung Deutschlands mit der Waffe bereit. Allein in der Gruppe der 20–40-Jährigen bekunden 54 Prozent der Männer und 23 Prozent der Frauen ihre persönliche Verteidigungsbereitschaft. In absoluten Zahlen entspräche das gemäß Zensus mehr als fünf Millionen Männern und mehr als zwei Millionen Frauen.

Abbildung 6.3: Persönliche Verteidigungsbereitschaft 2021–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (2025: n = 980).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021–2025.

Die persönliche Verteidigungsbereitschaft unterscheidet sich zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen (vgl. Tabelle 6.2): Männer im Alter von 30 bis 49 Jahren (59 Prozent) sowie Wählerinnen und Wähler der AfD (55 Prozent) sind am ehesten bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen. Im Vergleich der Regionen fällt die vergleichsweise hohe persönliche Verteidigungsbereitschaft in Nord- und Westdeutschland auf (43 Prozent bzw. 41 Prozent). Am schwächsten ausgeprägt ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft unter Frauen (21 Prozent) sowie der Wählerschaft der Linken (19 Prozent) und der Gruppe der Nichtwähler (22 Prozent). Das Bildungsniveau, das Haushaltseinkommen oder ein Migrationshintergrund spielen für die persönliche Verteidigungsbereitschaft der Befragten keine entscheidende Rolle.

Tabelle 6.2: Persönliche Verteidigungsbereitschaft in soziodemografischen Gruppen

„Wären Sie bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen?“			
	Ja ¹	Nein ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	37	57	6
Geschlecht ***			
Männer (unter 50 Jahre)	54	41	5
Männer (16 bis 29 Jahre)	45	49	6
Männer (30 bis 49 Jahre)	59	36	5
Frauen (unter 50 Jahre)	21	72	7
Frauen (16 bis 29 Jahre)	22	76	3
Frauen (30 bis 49 Jahre)	21	70	9
Bildungsniveau n.s.			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	40	54	5
Realschulabschluss	35	58	7
Hauptschulabschluss	42	52	7
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	35	60	5
2.001 bis 4.000 Euro	41	54	5
Bis 2.000 Euro	34	55	11
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	49	45	6
SPD	49	46	5
AfD	55	42	3
Die Linke	19	81	0
Bündnis 90/Die Grünen	29	65	6
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	22	68	9
Region n.s.			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	43	53	4
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	34	60	6
Süddeutschland (BW, BY)	33	59	8
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	41	54	5
Migrationshintergrund n.s.			
Ja	43	49	8
Nein	37	58	6

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Ja“ und „Eher ja“ zusammengefasst; 2) Anteile „Nein“ und „Eher nein“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 980). Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

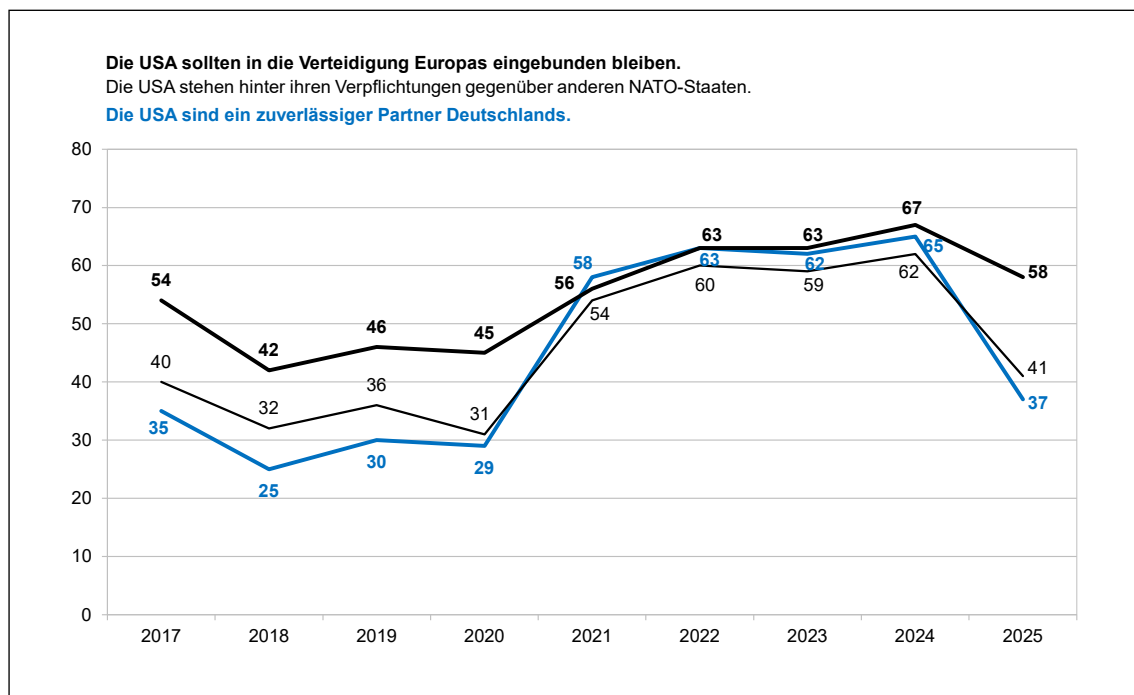
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

7 Einstellungen zu den USA und zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit

Wurden die bilateralen Beziehungen zu den USA während der ersten Amtszeit von Präsident Donald Trump (2017–2021) von den Bürgerinnen und Bürgern eher kritisch wahrgenommen, so verbesserte sich diese Wahrnehmung schlagartig mit dem Amtsantritt von Präsident Joe Biden im Jahr 2021 (vgl. Abbildung 7.1). Auf den großen „Biden-Effekt“ im Jahr 2021 folgte 2022 ein etwas kleinerer „Ukraine-Effekt“.

Mit Beginn der zweiten Amtszeit von Präsident Trump 2025 hat sich die öffentliche Wahrnehmung der USA als verlässlicher (Bündnis-)Partner schlagartig und teilweise dramatisch verschlechtert. Eine relative Mehrheit bewertet die Außen- und Sicherheitspolitik der USA als Gefahr für den Zusammenhalt in der NATO. Dennoch plädiert weiterhin eine absolute Mehrheit in der Bevölkerung für die Einbindung der USA in die Verteidigung Europas. Obwohl das Vertrauen in die USA als NATO-Partner stark leidet, möchten die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich nicht auf den militärischen Schutz durch die USA verzichten.

Abbildung 7.1: Zustimmung zu Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu den USA 2017–2025

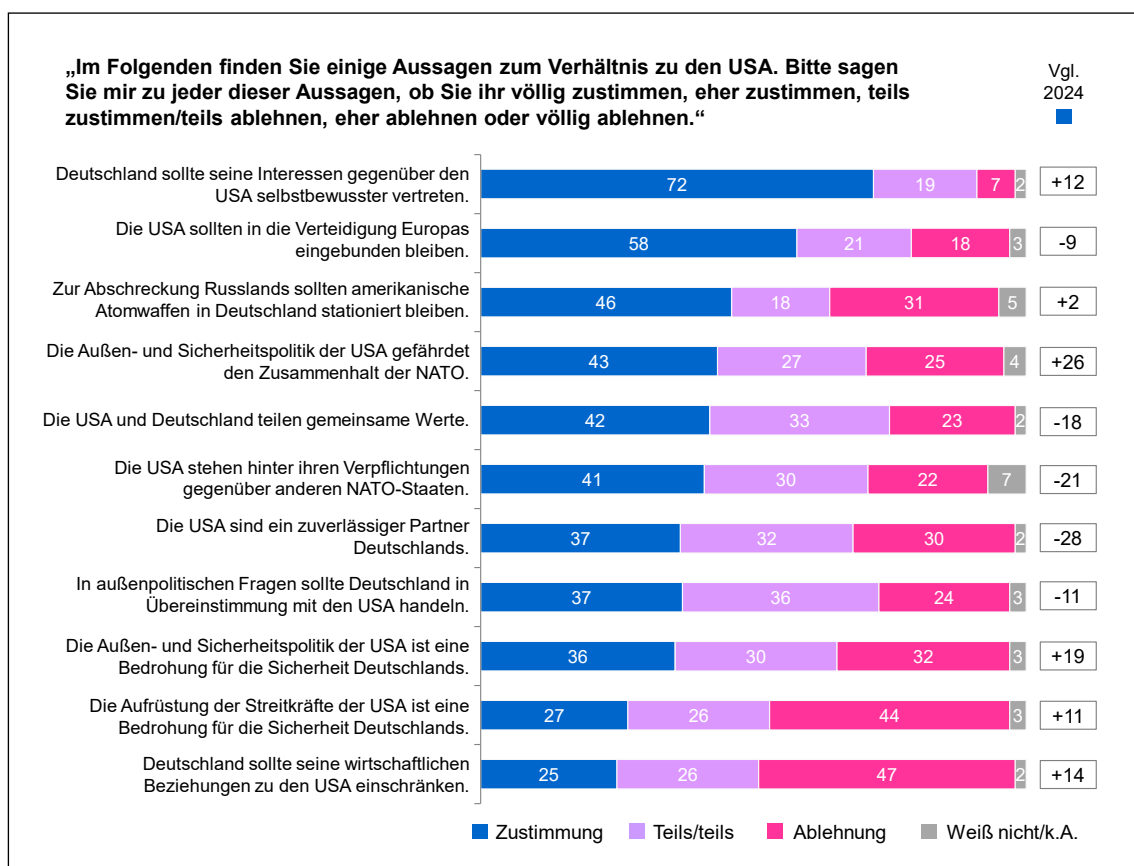


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2017–2025.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das überwiegend positive Meinungsbild über die USA in nahezu allen Punkten stark oder sehr stark verschlechtert (vgl. Abbildung 7.2). Am stärksten gelitten hat das Vertrauen in die USA als verlässlicher NATO-Partner. Nur noch 37 Prozent (-28 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) sehen in den USA grundsätzlich einen zuverlässigen Partner Deutschlands, während 43 Prozent (+26 Prozentpunkte) die Außen- und Sicherheitspolitik der USA als eine Gefahr für den Zusammenhalt in der NATO wahrnehmen. Auch die Überzeugung, dass die USA hinter ihren Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten stehen, ist stark zurückgegangen (41 Prozent; -21 Prozentpunkte). Dennoch spricht sich eine absolute Mehrheit von 58 Prozent (-9 Prozentpunkte) für die Einbindung der USA in die Verteidigung Europas aus und der Zuspruch zur Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Deutschland zur Abschreckung Russlands ist sogar leicht gestiegen (46 Prozent; +2 Prozentpunkte). Obwohl das Vertrauen in die USA als NATO-Partner stark leidet, möchten die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich nicht auf den militärischen Schutz durch die USA verzichten.

Abbildung 7.2: Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu den USA



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

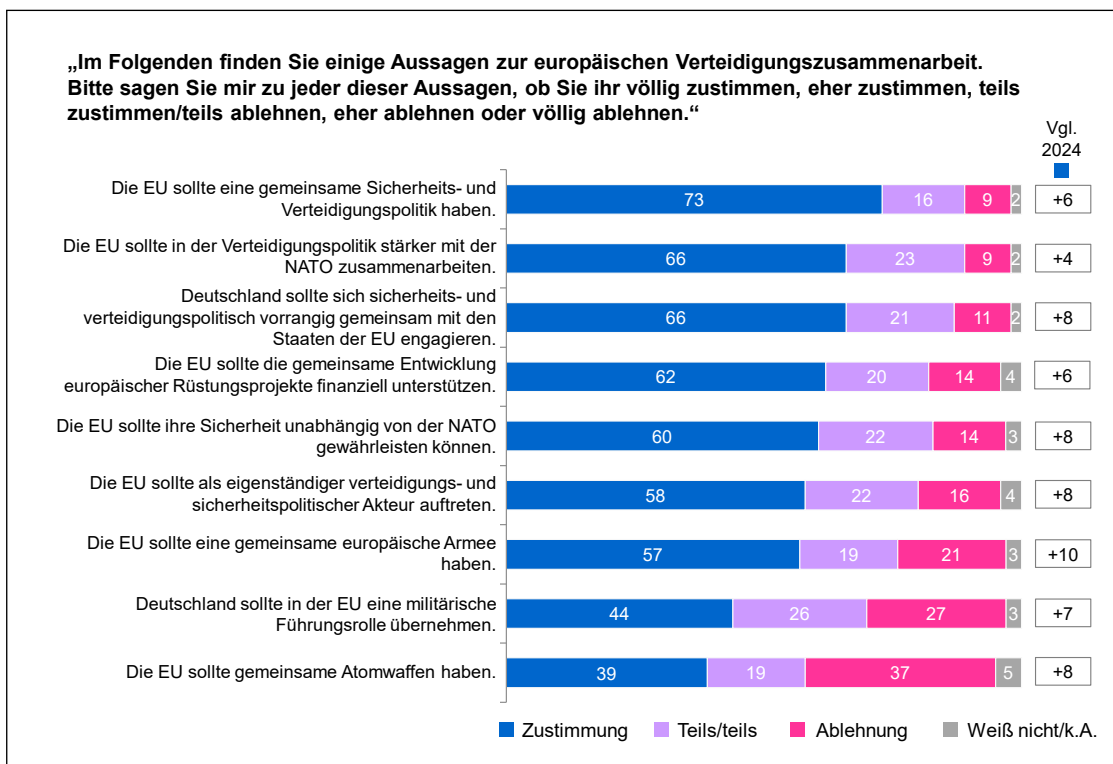
Analog zum zurückgegangenen Vertrauen ist die grundsätzliche Bereitschaft zur Orientierung an den USA in außenpolitischen Fragen ebenfalls deutlich zurückgegangen (37 Prozent; -11 Prozentpunkte) und der Wunsch nach einem selbstbewussteren Vertreten deutscher Interessen gegenüber den USA stark gestiegen (72 Prozent; +12 Prozentpunkte). Zudem sind nur noch 42 Prozent (-18 Prozentpunkte) der Bürgerinnen und Bürger der Auffassung, dass die USA und Deutschland gemeinsame Werte teilen. Obwohl sich aktuell eine relative Mehrheit von 47 Prozent gegen eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA ausspricht, ist die Bereitschaft dazu im Vergleich zum Vorjahr dennoch stark gewachsen (25 Prozent; +14 Prozentpunkte).

Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

Während das Vertrauen in den Bündnispartner USA stark gesunken ist, hat sich das bereits seit vielen Jahren positive öffentliche Meinungsbild zur EU-Verteidigungskooperation im Jahr 2025 noch einmal deutlich und in allen Punkten verstärkt. Am stärksten gestiegen ist der Zuspruch zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee. Die Zustimmung zu einer militärischen Führungsrolle Deutschlands in der EU ist ebenfalls merklich gestiegen.

Eine absolute Mehrheit der Befragten befürwortet eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (73 Prozent; +6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024), finanzielle Unterstützung europäischer Rüstungsprojekte (62 Prozent; +6 Prozentpunkte), das Auftreten der EU als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur (58 Prozent; +8 Prozentpunkte) und eine gemeinsame europäische Armee (57 Prozent; +10 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 7.3). Trotz des hohen öffentlichen Zuspruchs zur Vertiefung der EU-Verteidigungskooperation plädiert eine klare Mehrheit (66 Prozent; +4 Prozentpunkte) für eine engere verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO. Darüber hinaus sind 66 Prozent (+8 Prozentpunkte) davon überzeugt, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren sollte. Auch der öffentliche Zuspruch zu einer militärischen Führungsrolle Deutschlands im Rahmen der EU-Verteidigungskooperation ist stark gestiegen: Aktuell spricht sich eine relative Mehrheit von 44 Prozent (+7 Prozentpunkte) dafür aus, während jeweils etwas mehr als ein Viertel unentschlossen ist oder eine deutsche Führungsrolle ablehnt. Uneins sind sich die Bürgerinnen und Bürger dagegen in der Frage, ob die EU gemeinsame Atomwaffen haben sollte: 39 Prozent (+8 Prozentpunkte) sprechen sich dafür aus, 19 Prozent sind unentschieden und 37 Prozent lehnen diese Überlegung ab.

Abbildung 7.3: Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Hinsichtlich der Kooperation zwischen der EU und der NATO scheinen sich die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger zu widersprechen. Während aktuell 60 Prozent der Befragten dafür plädieren, dass die EU ihre Sicherheit unabhängig von der NATO gewährleisten können sollte, sprechen sich 66 Prozent für eine engere Zusammenarbeit von EU und NATO in der Verteidigungspolitik aus. Dieser scheinbare Widerspruch kann jedoch aufgelöst werden: Die Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO (vgl. Abschnitt 5) korreliert statistisch signifikant und positiv mit allen genannten Aspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit, d.h. je mehr Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO unterstützt wird, desto stärker wird auch die EU-Verteidigungszusammenarbeit befürwortet.¹

¹ Bivariate Korrelation nach Pearson zwischen der prinzipiellen NATO-Bündnistreue bzw. der praktischen NATO-Bündnissolidarität (vgl. Abschnitt 5) und der Einstellung zu einer gemeinsamen EU-Armee ($r = 0,43$ bzw. $0,39$; $p < 0,001$), zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ($r = 0,56$ bzw. $0,46$; $p < 0,001$), zur EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur ($r = 0,42$ bzw. $0,37$; $p < 0,001$) und zum gemeinsamen europäischen Verteidigungsfonds ($r = 0,58$ bzw. $0,54$; $p < 0,001$).

Der große öffentliche Zuspruch sowohl zur NATO als auch zur EU-Verteidigungskooperation und der Wunsch nach einer verstärkten Kooperation zwischen der NATO und der EU sind Ausdruck einer grundlegend multilateralen Orientierung in der deutschen Bevölkerung. Dementsprechend wird die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit von den Bürgerinnen und Bürgern als Beitrag zur Stärkung der europäischen Säule der NATO verstanden und nicht als mögliche Konkurrenz.

Die Gruppe der Befürworter der prinzipiellen NATO-Bündnistreue in der deutschen Bevölkerung stimmt darüber hinaus allen Teilaspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit stärker zu als die Gruppe der entschiedenen NATO-Gegner: Die Zustimmung zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU liegt bei 81 statt 32 Prozent; zur EU als eigenständigem sicherheitspolitischen Akteur bei 65 statt 27 Prozent; zur gemeinsamen Finanzierung von europäischen Rüstungsprojekten durch die EU bei 71 statt 23 Prozent; zu einer gemeinsamen EU-Armee bei 64 statt 24 Prozent; zu gemeinsamen europäischen Atomwaffen bei 44 statt 16 Prozent. Diese Befunde verdeutlichen ebenfalls, dass der Ausbau und die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger als ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Säule der NATO verstanden wird.

Tabelle 7.1: Zustimmung zu Aussagen über die EU-Verteidigungszusammenarbeit in Abhängigkeit von der Ausprägung der prinzipiellen NATO-Bündnistreue

Prinzipielle NATO-Bündnistreue	<u>Zustimmung</u>				
	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur	Gemeinsame Finanzierung von Rüstungsprojekten	Gemeinsame Armee	Gemeinsame Atomwaffen
Befürworter	81	65	71	64	44
Gegner	32	27	23	24	16

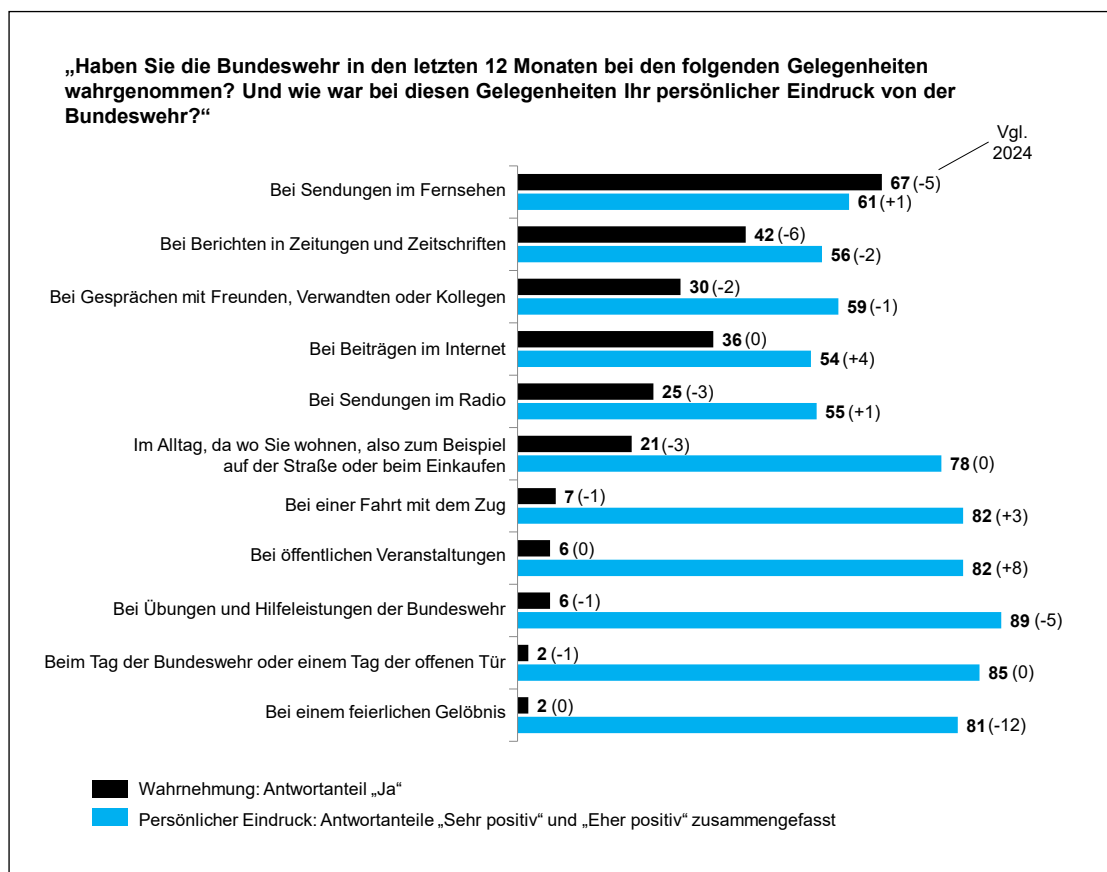
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von den Befürwortern der prinzipiellen NATO-Bündnistreue stimmen 81 Prozent einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

8 Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten wahr – persönlich wie medial. Dabei wird die Bundeswehr deutlich öfter in den Medien wahrgenommen als bei persönlichen Gelegenheiten (vgl. Abbildung 8.1). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich im Jahr 2025 die Häufigkeit der medialen Wahrnehmung der Bundeswehr und der persönlichen Kontakterfahrungen mit der Truppe insgesamt etwas verringert. Am häufigsten kommen die Bürgerinnen und Bürger bei Sendungen im Fernsehen (67 Prozent; -5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) und bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften (42 Prozent; -6 Prozentpunkte) mit der Bundeswehr in Kontakt.

Abbildung 8.1: Öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr



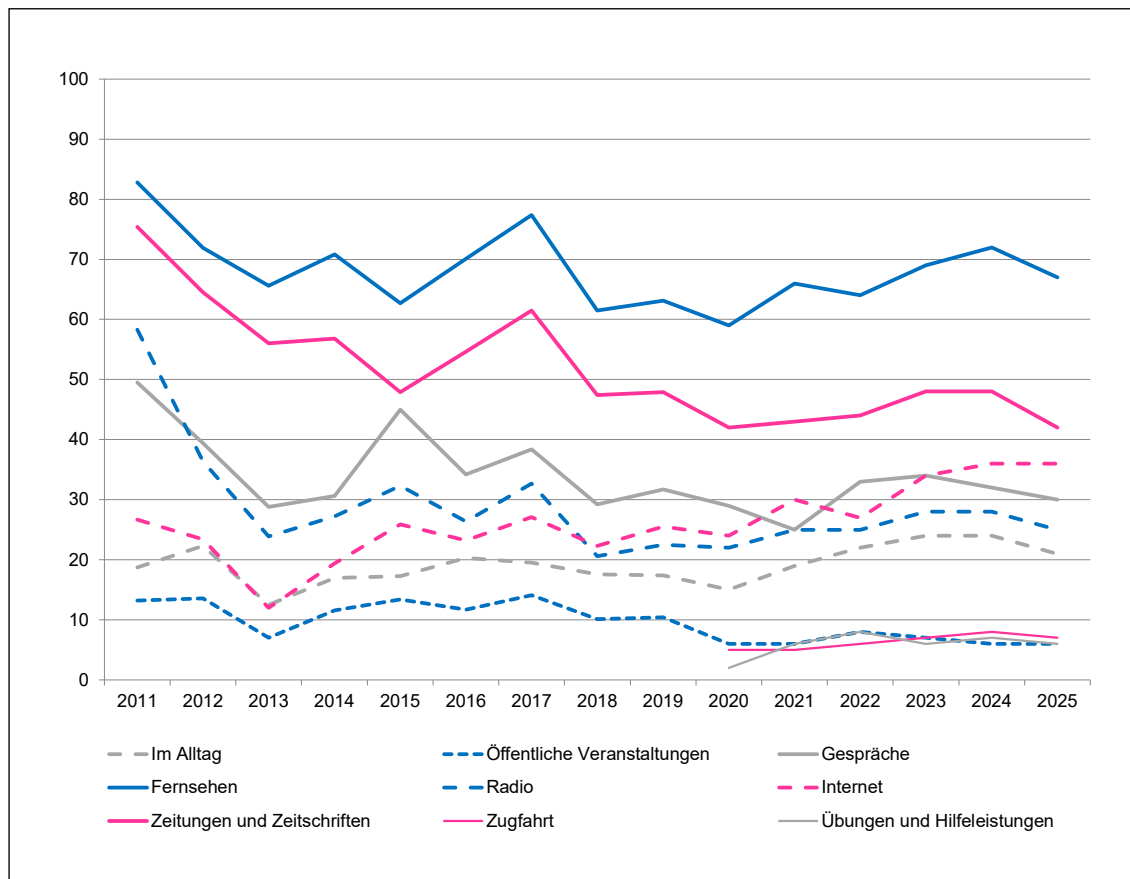
Anmerkung: Angaben in Prozent.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Die öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr fällt bei persönlichen Begegnungen sehr viel positiver aus als in medialen Berichten. Allerdings kommen die Bürgerinnen und Bürger auf dem persönlichen Weg seltener mit der Bundeswehr in Kontakt. Die Streitkräfte werden über die Medien zwar häufiger, aber nicht ganz so positiv wahrgenommen wie bei persönlichen Begegnungen.

Während sich der subjektiv wahrgenommene Tenor der medialen Berichterstattung über die Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert hat, haben sich die Bewertungen der verschiedenen *persönlichen* Begegnungen mit der Bundeswehr unterschiedlich entwickelt (vgl. Abbildung 8.1).

Abbildung 8.2: Häufigkeit der Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten im Zeitverlauf 2011–2025



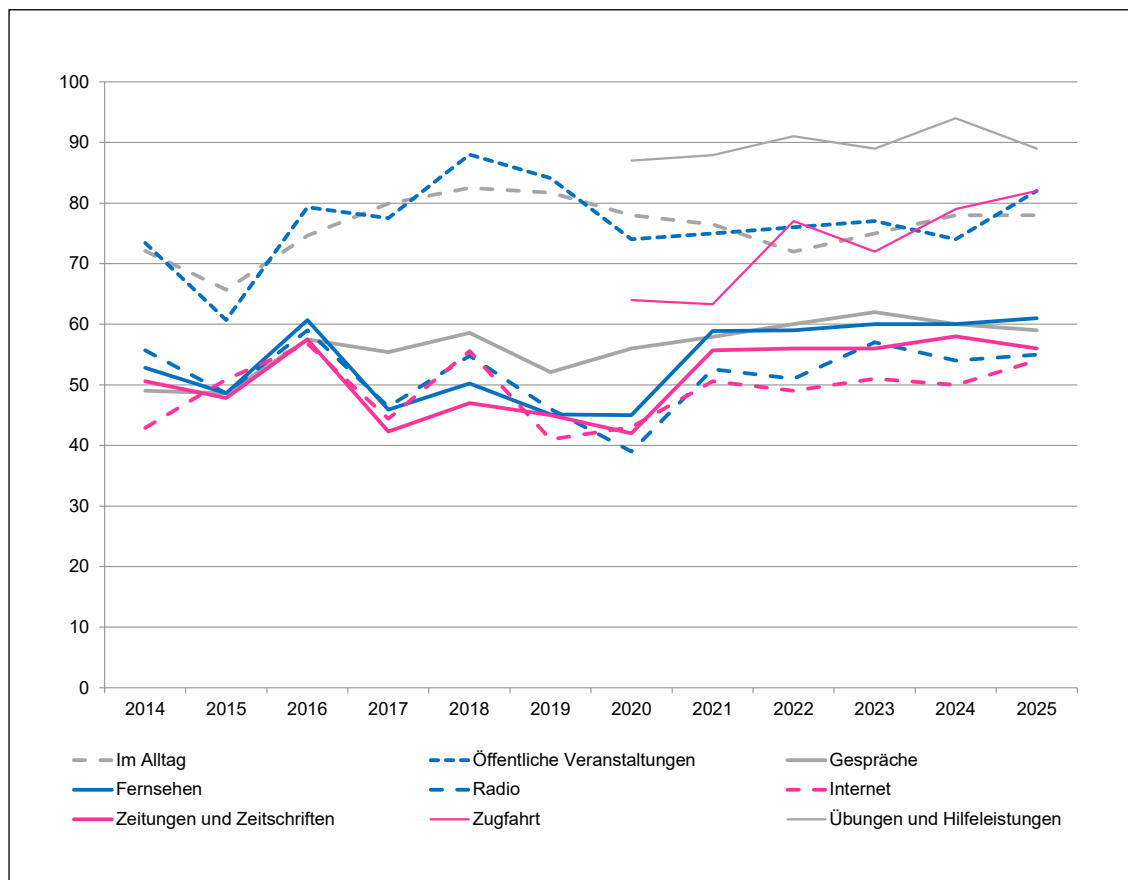
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Antwortanteil „Ja“.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2011–2025.

Bei einer längeren zeitlichen Perspektive auf die Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten ist in den Jahren 2011 bis 2020 zu erkennen, dass die relativen Häufigkeiten von fast allen massenmedialen wie persönlichen Gelegenheiten abnehmen (vgl. Abbildung 8.2). Seit 2021 nimmt die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte

wieder leicht zu – medial wie persönlich. Der persönliche Eindruck, den die Bürgerinnen und Bürger von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten seit dem Jahr 2014² gewonnen haben, unterliegt teils deutlichen Schwankungen (vgl. Abbildung 8.3). Im Jahr 2021 hatten die Bürgerinnen und Bürger einen deutlich positiveren Eindruck von der Bundeswehr in der medialen Berichterstattung als in den Vorjahren; seitdem wird sie als überwiegend positiv wahrgenommen, vor allem in den klassischen Medien. Deutlich verbessert hat sich seit 2021 insbesondere die Wahrnehmung bei Zugfahrten.

Abbildung 8.3: Persönlicher Eindruck von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten im Zeitverlauf 2014–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2014–2025.

Betrachtet man die massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr im Fernsehen, Radio, Internet und in den Printmedien nach soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen, so zeigt sich: Die Bundeswehr wird von allen Gruppen am häufigsten in

² In den Jahren zuvor wurden diese Fragen mit anderen, nicht vergleichbaren Antwortskalen erhoben.

Berichten im Fernsehen wahrgenommen. Männer nehmen die Bundeswehr häufiger in Beiträgen aller vier Massenmedien wahr als Frauen.

Am häufigsten wird die Bundeswehr in Beiträgen im Fernsehen wahrgenommen. Insbesondere junge Menschen nehmen sie zudem verstärkt in Internetbeiträgen wahr.

Zwischen den Altersgruppen besteht eine Vielzahl von statistisch signifikanten Unterschieden in der massenmedialen Wahrnehmungshäufigkeit, was auf die grundsätzlichen Unterschiede in der Mediennutzung der Altersgruppen zurückzuführen sein dürfte. So nimmt mit steigendem Alter die Wahrnehmung der Bundeswehr im Internet ab, während die Wahrnehmung über traditionelle Massenmedien (Print, Fernsehen, Radio) zunimmt. Umgekehrt heißt das: Je jünger die Befragten sind, umso eher nehmen sie die Bundeswehr im Internet wahr. Auch mit steigendem Bildungsniveau und Haushaltseinkommen nimmt die Wahrnehmung der Streitkräfte im Internet kontinuierlich zu. Im Internet werden sie häufiger von Jüngeren und Personen mit höherem Einkommen sowie höherem Bildungsniveau wahrgenommen als von den jeweiligen Vergleichsgruppen. Ungeachtet dessen nehmen *alle* Alters- und Bildungsgruppen die Bundeswehr am häufigsten in Beiträgen im Fernsehen wahr.³

Der Vergleich der Regionen offenbart, dass Befragte in Norddeutschland die Streitkräfte in Beiträgen aller Medien häufiger wahrnehmen als Befragte in den anderen Regionen. Befragte mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich nur in der Wahrnehmung der Bundeswehr im Fernsehen und in den Printmedien: Hier nehmen Befragte mit Migrationshintergrund die Bundeswehr etwas seltener wahr. Mit Blick auf die Wählergruppen zeigt sich zwar kein über die verschiedenen Medien hinweg einheitliches Muster, jedoch nehmen die Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU, SPD und der Grünen die Bundeswehr insgesamt häufiger wahr als die Anhängerschaft der übrigen Parteien und die Gruppe der Nichtwähler.

³ Unklar ist, ob es sich bei diesen Nennungen ggf. auch um klassische Fernsehformate im Internet handelt (z.B. Tagesschau auf Youtube).

Tabelle 8.1: Massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Haben Sie die Bundeswehr in den letzten 12 Monaten bei den folgenden Gelegenheiten wahrgenommen?“				
	Fernsehen	Radio	Internet	Printmedien
Insgesamt	67	25	36	42
Geschlecht	***	***	***	**
Männer	72	30	43	45
Frauen	63	21	29	39
Männer 16–29 Jahre	62	10	57	24
Frauen 16–29 Jahre	56	8	54	25
Alter	***	***	***	***
16 bis 29 Jahre	59	9	56	24
30 bis 49 Jahre	66	25	45	38
50 bis 69 Jahre	71	29	29	50
70 Jahre und älter	72	35	16	52
Bildungsniveau	n.s.	*	***	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	72	27	48	47
Realschulabschluss	71	24	36	43
Hauptschulabschluss	66	30	22	43
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	*	n.s.	***	n.s.
4.001 Euro und mehr	72	28	47	44
2.001 bis 4.000 Euro	70	26	38	43
Bis 2.000 Euro	63	22	23	40
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	79	32	37	53
SPD	74	39	37	54
AfD	63	19	41	32
Die Linke	68	16	45	35
Bündnis 90/Die Grünen	73	26	45	42
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	53	15	29	31
Region	**	n.s.	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	75	30	47	63
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	71	22	37	40
Süddeutschland (BW, BY)	66	24	37	38
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	63	25	31	38
Migrationshintergrund	*	n.s.	n.s.	**
Ja	63	24	38	34
Nein	68	25	36	43

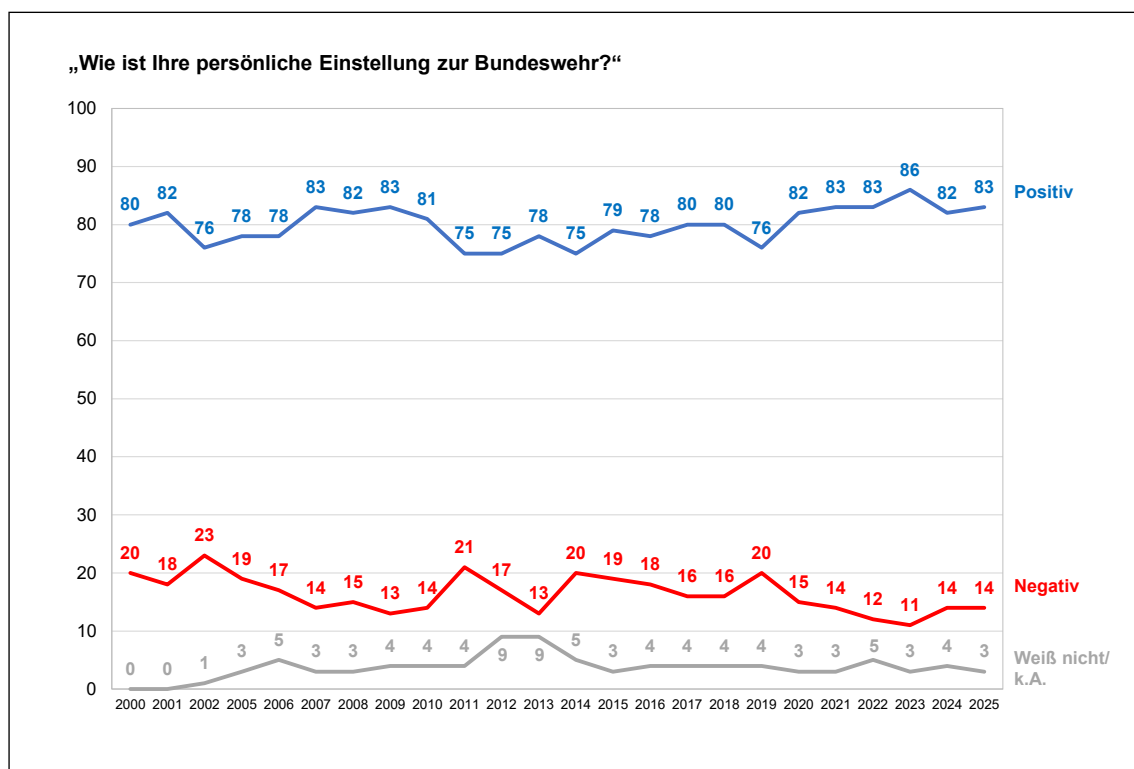
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Antwortanteil „Ja“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Einstellung und Vertrauen zur Bundeswehr

Die seit Jahrzehnten positive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr erreichte im Jahr 2023 mit 86 Prozent einen historischen Höchstwert (vgl. Abbildung 8.4). Im Vergleich zu diesem Höchstwert liegt der aktuelle Wert mit 83 Prozent etwas niedriger (-3 Prozentpunkte), aber immer noch über dem mehrjährigen Durchschnitt. Ebenso viele Befragte (84 Prozent; -1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2024) vertrauen der Bundeswehr (vgl. Abbildung 8.5). Dagegen bildet die Gruppe der Bundeswehr-Kritiker in der deutschen Bevölkerung eine Minderheit: Jeweils 14 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben eine negative Einstellung zur Bundeswehr und vertrauen ihr nicht. Seit 2014 ist der Anteil der Bevölkerung mit einer positiven Einstellung zur Bundeswehr um 8 Prozentpunkte gewachsen, während die Gruppe der Bundeswehr-Kritiker um 6 Prozentpunkte geschrumpft ist.

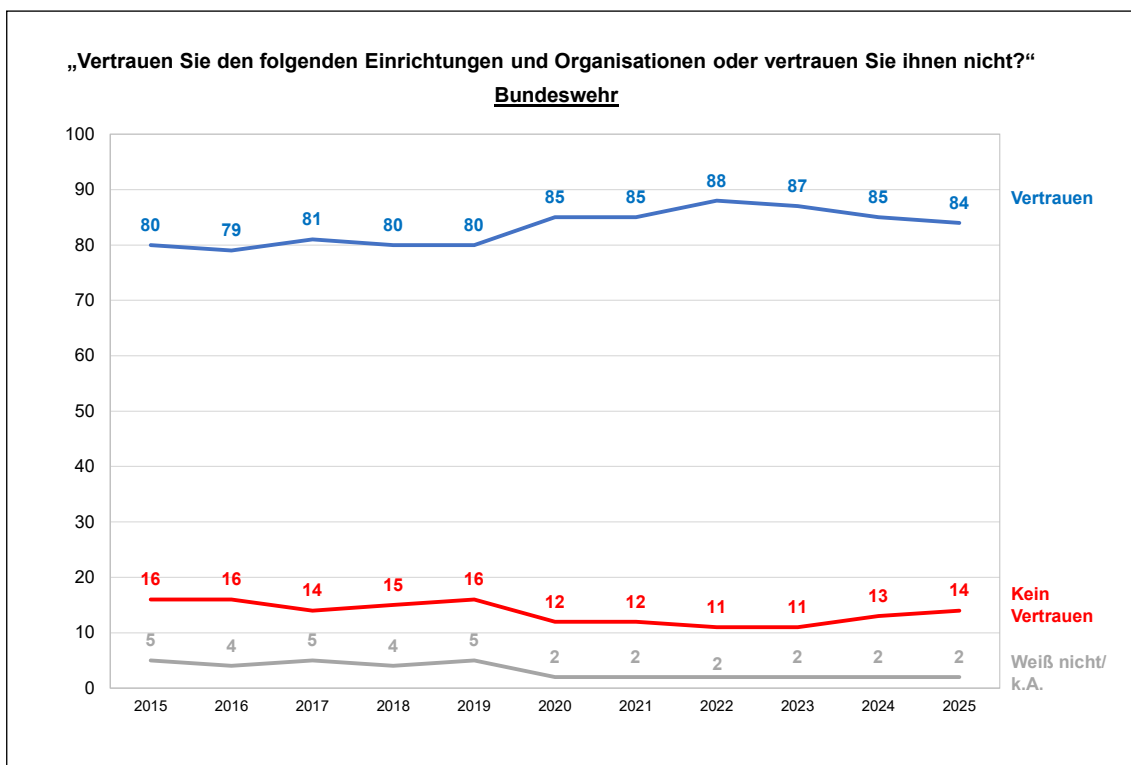
Abbildung 8.4: Einstellung zur Bundeswehr 2000–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ sowie „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ wurden jeweils zusammengefasst. In den Jahren 2000–2005, 2011 und 2014 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode). 2003 und 2004 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2025.

Abbildung 8.5: Vertrauen in die Bundeswehr 2015–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Vertraue voll und ganz“, „Vertraue überwiegend“ und „Vertraue eher“ sowie „Vertraue eher nicht“, „Vertraue überwiegend nicht“ und „Vertraue überhaupt nicht“ wurden jeweils zusammengefasst.

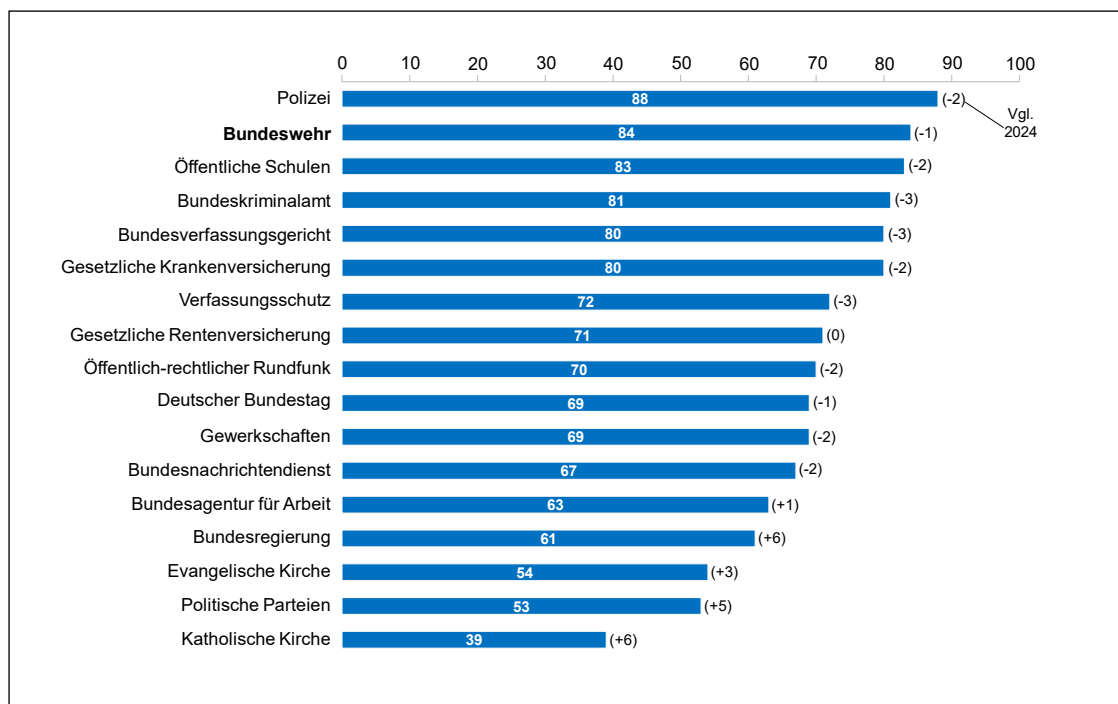
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2025.

Im Zeitverlauf wird zudem sehr deutlich, wie stabil die positive Grundeinstellung und das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Bundeswehr ist (vgl. Abbildung 8.4 und Abbildung 8.5).

Unabhängig von der sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage geben seit einem Vierteljahrhundert mindestens drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger an, eine positive Einstellung zur Bundeswehr zu haben. Seit 2015 geben im Durchschnitt über 80 Prozent der Befragten an, der Bundeswehr zu vertrauen.

Der Vergleich mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen zeigt, wie groß das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Streitkräfte ist (vgl. Abbildung 8.6): Das vierte Jahr in Folge kommt die Bundeswehr (84 Prozent) hinter der Polizei (88 Prozent) auf den zweiten Platz. Somit erweist sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger als unverändert hoch. Die größten Zuwächse beim Vertrauen verzeichnen die neue Bundesregierung (61 Prozent; +6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024), die politischen Parteien (53 Prozent; +5 Prozentpunkte) und die katholische Kirche (39 Prozent; +6 Prozentpunkte) – allesamt Institutionen mit neuem Führungspersonal.

Abbildung 8.6: Institutionenvertrauen im Vergleich



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Vertraue voll und ganz“, „Vertraue überwiegend“ und „Vertraue eher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Weitere Fragen offenbaren, dass die Bundeswehr darüber hinaus bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein hohes oder eher hohes Ansehen genießt (61 Prozent; +2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024), bei 29 Prozent ein mittleres Ansehen und bei nur 10 Prozent ein geringes oder eher geringes Ansehen. 63 Prozent (+2 Prozentpunkte) der Befragten bringen dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten volle oder hohe Anerkennung entgegen, 25 Prozent ein mittleres Maß an Anerkennung und 10 Prozent geringe oder gar keine Anerkennung. Eine große Mehrheit von 76 Prozent (keine Veränderung zu 2024) ist außerdem davon überzeugt, dass die Bundeswehr für Deutschland wichtig ist, 18 Prozent haben hierzu eine ambivalente Haltung und 5 Prozent halten die Bundeswehr für unwichtig.

Nachfolgend wird beschrieben, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung statistisch signifikante Unterschiede in der Haltung zur Bundeswehr bestehen. Die persönliche Einstellung zur Bundeswehr, das Institutionenvertrauen in die Bundeswehr, das persönliche Ansehen der Bundeswehr, die den Soldatinnen und Soldaten entgegengebrachte Anerkennung und die wahrgenommene Wichtigkeit der Bundeswehr sind fünf erfasste Indikatoren, die sehr stark miteinander korrelieren und faktoranalytisch eine einzige Einstellungsdimension bilden. Dementsprechend wurden diese Einstellungsindikatoren in einer Indexvariable zusammengefasst, die einen Wertebereich von 0 (negative Haltung) bis 1 (positive Haltung) aufweist; d.h. ein

niedriger Mittelwert (minimal 0) steht für eine kritische Grundhaltung zur Bundeswehr, ein hoher Mittelwert (maximal 1) für eine positive Haltung und ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Einstellung.

Tabelle 8.2: Grundhaltung zur Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

	Grundhaltung zur Bundeswehr
Insgesamt	0,71
Geschlecht ***	
Männer	0,73
Frauen	0,70
Alter ***	
16 bis 29 Jahre	0,66
30 bis 49 Jahre	0,73
50 bis 69 Jahre	0,72
70 Jahre und älter	0,73
Bildungsniveau **	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,71
Realschulabschluss	0,74
Hauptschulabschluss	0,74
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***	
4.001 Euro und mehr	0,70
2.001 bis 4.000 Euro	0,74
Bis 2.000 Euro	0,71
Wahlabsicht Bundestagswahl ***	
CDU/CSU	0,77
SPD	0,76
AfD	0,70
Die Linke	0,61
Bündnis 90/Die Grünen	0,70
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,64
Region *	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,72
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,69
Süddeutschland (BW, BY)	0,72
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,72
Migrationshintergrund ***	
Ja	0,77
Nein	0,71

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte; Wertebereich [0 – negative Haltung; 1 – positive Haltung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,90). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist ($n < 50$).

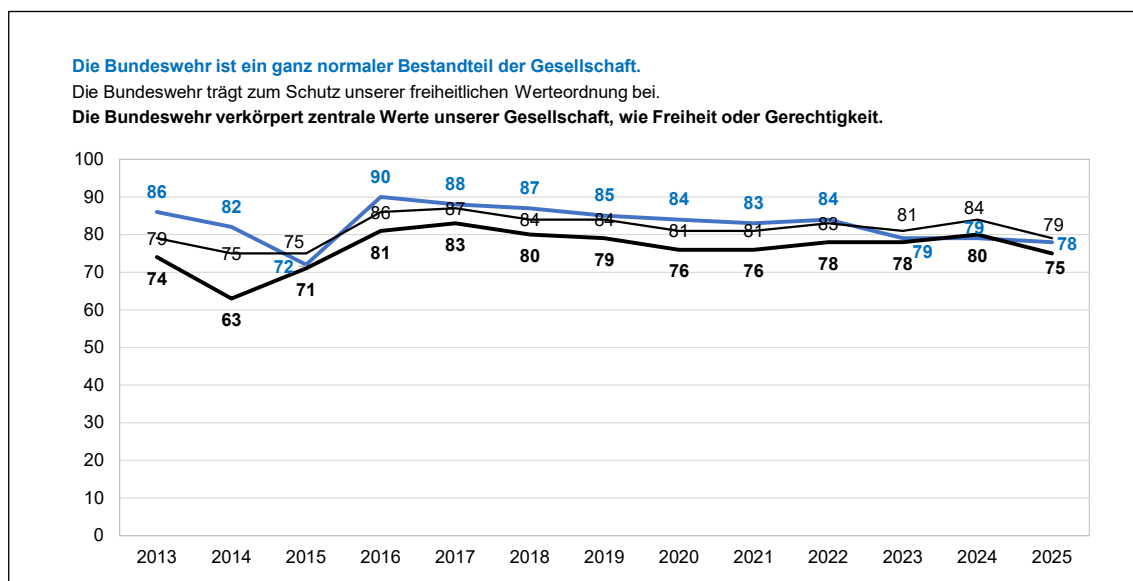
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

In allen untersuchten soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen besteht eine im Durchschnitt positive Haltung zur Bundeswehr (vgl. Tabelle 8.2). Dennoch bestehen zwischen den verschiedenen Gruppen statistisch signifikante Unterschiede: Männer, Befragte mit Migrationshintergrund, die Wählerschaft der CDU/CSU und der SPD haben eine im Durchschnitt positivere Haltung zur Bundeswehr als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Junge Befragte, Wählerinnen und Wähler der Linken sowie die Gruppe der Nichtwähler haben eine im Durchschnitt etwas weniger positive Haltung zur Bundeswehr.

Die hohe Akzeptanz der Bundeswehr quer durch alle Bevölkerungsschichten ist ein Beleg dafür, dass die Streitkräfte ein etablierter und anerkannter Bestandteil von Staat und Gesellschaft sind.

Eine klare Mehrheit der Bevölkerung bewertet das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft positiv (vgl. Abbildung 8.7): 78 Prozent (-1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2024) empfinden die Bundeswehr als einen ganz normalen Bestandteil der Gesellschaft; 79 Prozent (-4 Prozentpunkte) sind der Auffassung, dass die Bundeswehr zum Schutz unserer freiheitlichen Werteordnung beiträgt; 75 Prozent (-5 Prozentpunkte) sind davon überzeugt, dass die Bundeswehr zentrale Werte unserer Gesellschaft verkörpert. Während in den Jahren 2014 bis 2016 die Zustimmungswerte hierzu zum Teil deutlich schwankten (um fast 20 Prozentpunkte), zeigt sich das positive Meinungsbild zum Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft seit 2017 weitgehend gefestigt.

Abbildung 8.7: Zustimmung zu Aussagen über das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft 2013–2025



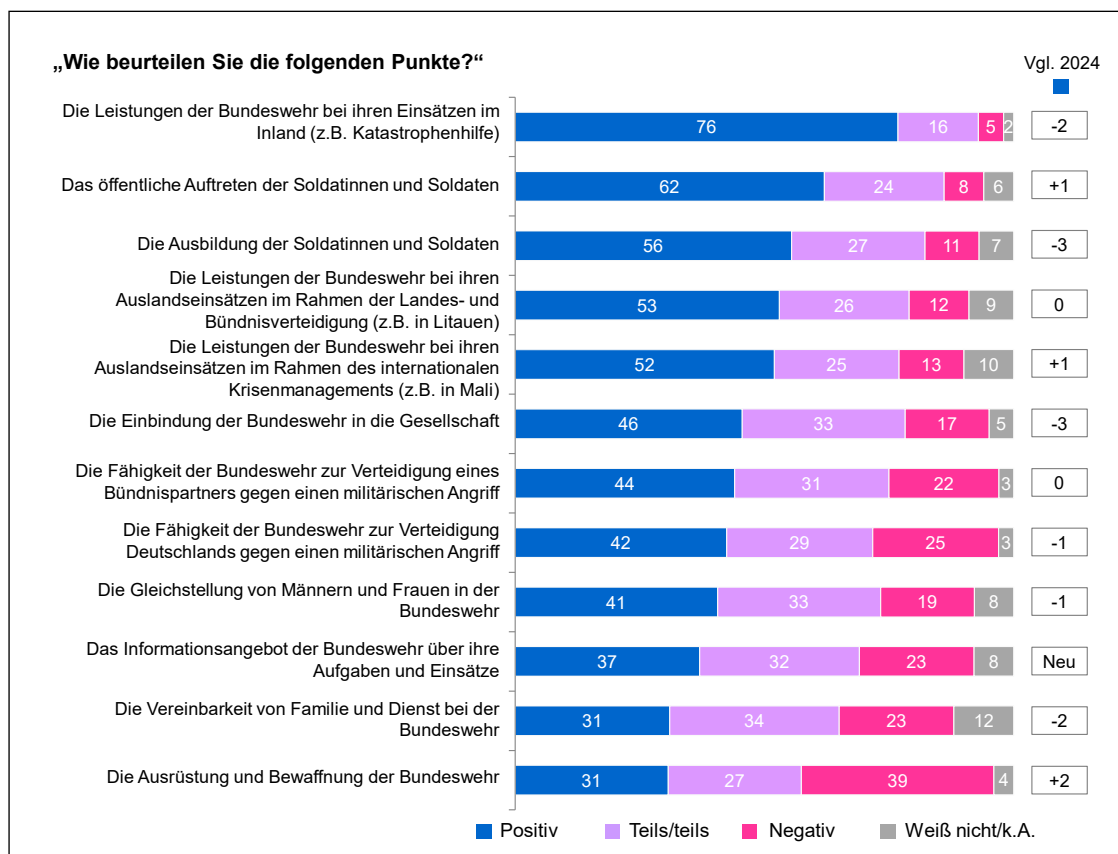
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2013–2025.

Beurteilung einzelner Aspekte der Bundeswehr

Viele Aspekte der Bundeswehr beurteilen die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich positiv (vgl. Abbildung 8.8): die Leistungen bei Einsätzen im Inland (76 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024); das öffentliche Auftreten (62 Prozent; +1 Prozentpunkt) und die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten (56 Prozent; -3 Prozentpunkte); die Leistungen bei Einsätzen im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung (53 Prozent; keine Veränderung) und des internationalen Krisenmanagements (52 Prozent; +1 Prozentpunkt). Eine relative Mehrheit (46 Prozent; -3 Prozentpunkte) bewertet die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft positiv, 44 bzw. 42 Prozent beurteilen die Fähigkeit der Bundeswehr zur Verteidigung eines Bündnispartners bzw. Deutschlands gegen einen militärischen Angriff positiv. Auch die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr (41 Prozent; -1 Prozentpunkt) wird noch überwiegend positiv bewertet.

Abbildung 8.8: Beurteilung verschiedener Aspekte der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ sowie „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Eher kritisch beurteilen die Bürgerinnen und Bürger das Informationsangebot der Bundeswehr über ihre Aufgaben und Einsätze (37 Prozent positiv), die Vereinbarkeit von Familie und Dienst bei der Bundeswehr (31 Prozent positiv; -2 Prozentpunkte) sowie die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr (31 Prozent positiv; +2 Prozentpunkte).

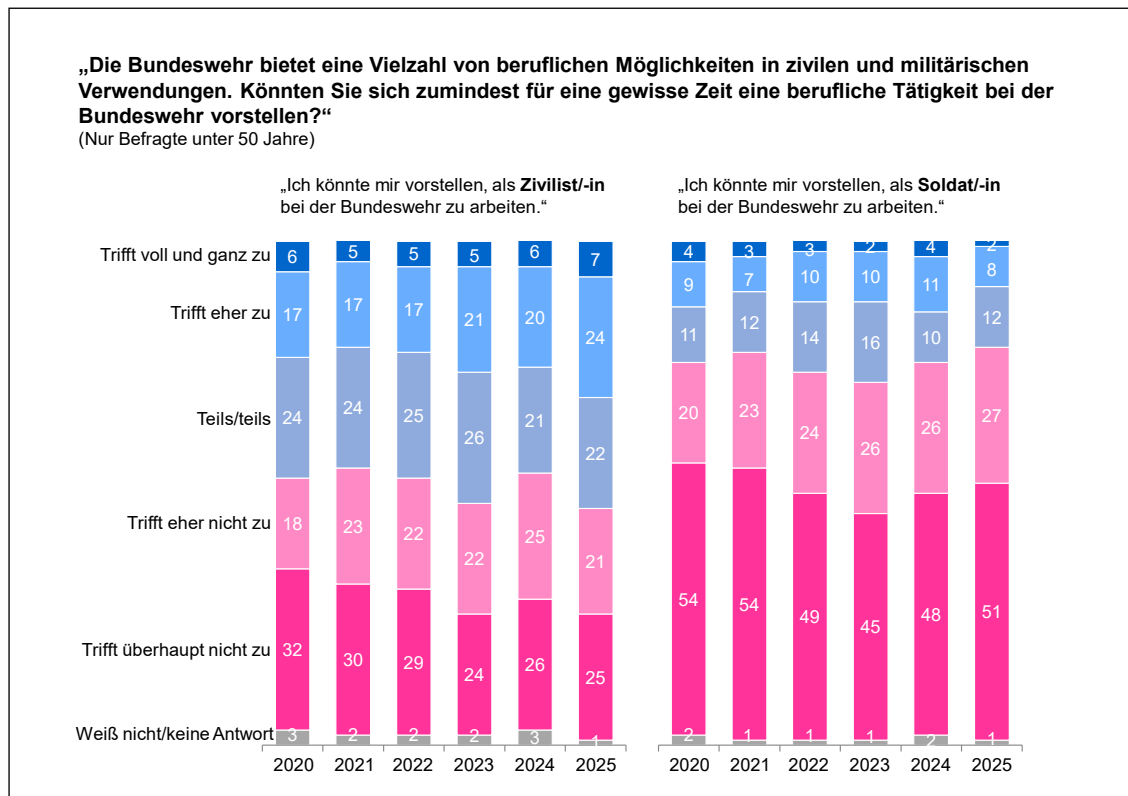
Junge Frauen bewerten die Vereinbarkeit von Dienst und Familie sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr insgesamt eher kritisch und deutlich negativer als die jungen Männer.

Junge Frauen (16–29 Jahre) bewerten die Vereinbarkeit von Familie und Dienst in den Streitkräften (23 Prozent positiv; 36 Prozent unentschieden; 30 Prozent negativ) und die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr (30 Prozent positiv; 31 Prozent unentschieden; 29 Prozent negativ) kritischer als junge Männer (Vereinbarkeit: 31 Prozent positiv; 33 Prozent unentschieden; 29 Prozent negativ; Gleichstellung: 41 Prozent positiv; 33 Prozent unentschieden; 18 Prozent negativ). Diese Wahrnehmungen stehen auch in einem statistisch signifikanten und negativen Zusammenhang zum Interesse an der Bundeswehr als potenziellem Arbeitgeber – unabhängig vom Geschlecht der Befragten (vgl. Abschnitt 9).

9 Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr

In diesem Abschnitt wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber aus Sicht der Bevölkerung anhand verschiedener Indikatoren untersucht. Da die Bundeswehr eine Vielzahl beruflicher Möglichkeiten im militärischen und zivilen Bereich bietet, wurden die Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer unter 50 Jahren zunächst gefragt, ob sie sich zumindest für eine gewisse Zeit eine Tätigkeit als Zivilist/-in oder als Soldat/-in bei der Bundeswehr vorstellen könnten.⁴

Abbildung 9.1: Einstellung zu einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr – nur Befragte unter 50 Jahre



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (2025: n = 915).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2025.

⁴ Die Auswertung beschränkt sich auf Befragte, die angaben, noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden zu haben. Die Befragten unter 50 Jahren machten folgende Angaben zu einem aktuellen oder ehemaligen Dienstverhältnis mit der Bundeswehr: Wehrpflichtige im Grundwehrdienst (44 Personen); Freiwillig Wehrdienstleistende (10 Personen); Soldat/-in auf Zeit (5 Personen); Berufssoldat/-in (6 Personen); zivile Beschäftigte (1 Person). Die Gruppe der aktuellen und ehemaligen Zeit- und Berufssoldaten ist für eine belastbare statistische Auswertung zu klein.

Im gesamten Erhebungszeitraum 2020–2025 können sich deutlich mehr Befragte vorstellen, eine zivile Tätigkeit in der Bundeswehr auszuüben (22 bis 31 Prozent), als Soldat/-in zu werden (10 bis 15 Prozent) (vgl. Abbildung 9.1). Die Mehrheit der Befragten zieht jedoch weder eine zivile (46 bis 53 Prozent) noch eine militärische berufliche Verwendung (71 bis 78 Prozent) in der Bundeswehr in Betracht. In den Jahren 2021–2023 ist die explizite Abneigung gegenüber einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr gesunken, ohne dass das explizite Interesse daran gestiegen wäre. Nach dem Anstieg im Vorjahr ist das Interesse am Soldatenberuf aktuell erneut gesunken (-5 Prozentpunkte), während das Interesse an einer zivilen Tätigkeit in der Bundeswehr gestiegen ist (+5 Prozentpunkte).

Etwas weniger als ein Drittel der Befragten unter 50 Jahren könnte sich vorstellen, zumindest zeitweise eine zivile Tätigkeit in der Bundeswehr auszuüben. Das Interesse am Soldatenberuf ist mit 10 Prozent deutlich geringer.

Die Betrachtung der nach Geschlecht differenzierten Zielgruppe der 16–29-Jährigen zeigt, dass sich aktuell gleich viele Männer und Frauen für eine zivile Tätigkeit in der Bundeswehr interessieren (jeweils 29 Prozent), während das Interesse am Soldatenberuf unter jungen Männern (16 Prozent) deutlich stärker ausgeprägt ist als unter jungen Frauen (5 Prozent) (vgl. Abbildung 9.2). Im Vergleich zum Vorjahr ist das Interesse an einer zivilen Tätigkeit in der Bundeswehr bei jungen Frauen gestiegen (+7 Prozentpunkte), während es bei den jungen Männern gesunken ist (-6 Prozentpunkte).

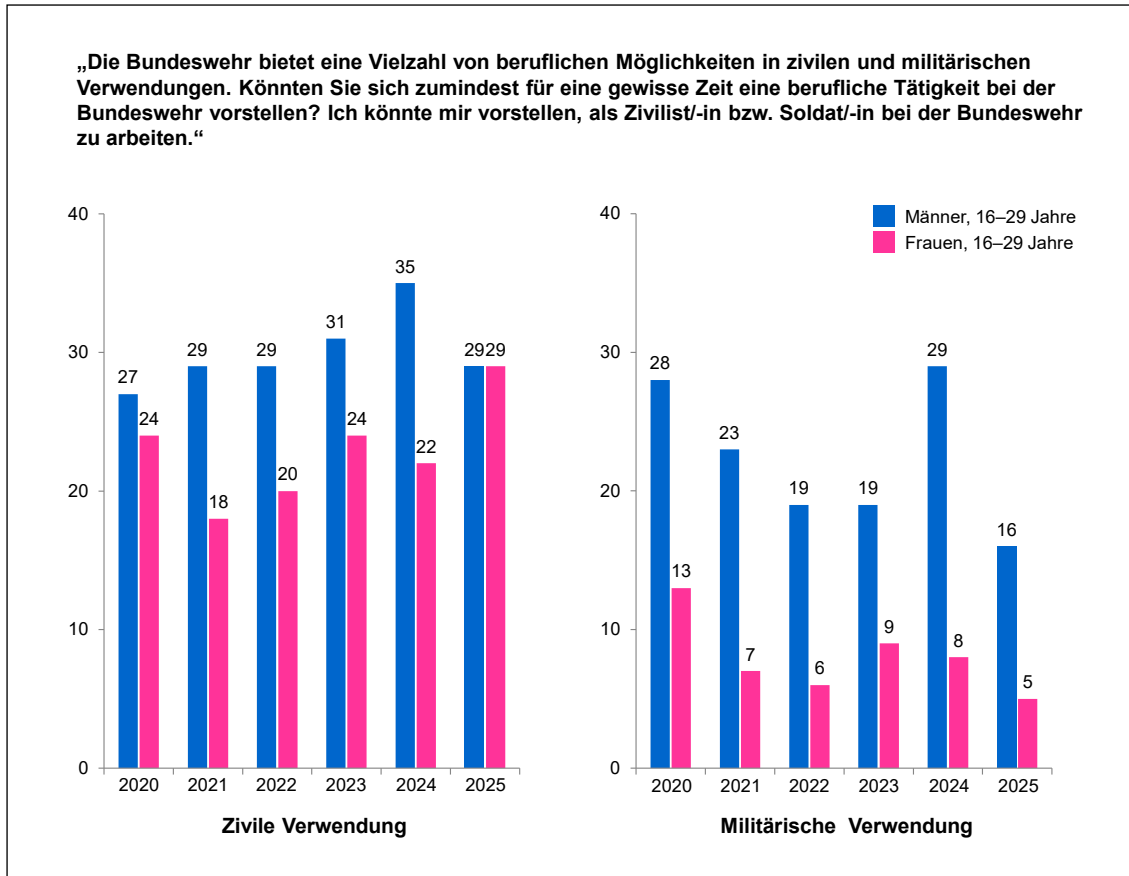
Das Interesse junger Menschen am Soldatenberuf ist im Vergleich zum Vorjahr bei den Frauen leicht und bei den Männern stark gesunken. Noch nie seit Erhebungsbeginn im Jahr 2020 haben sich weniger junge Menschen für den Soldatenberuf interessiert. Die Akzeptanz eines zeitlich befristeten Wehrdienstes ist bei jungen Menschen deutlich größer als ihr Interesse an einer Karriere als Berufs- oder Zeitsoldat in der Bundeswehr.

Die Bundeswehr ist aktuell noch immer eine Berufsarmee und keine Wehrpflichtarmee.⁵ Fragen nach dem Interesse an einer Tätigkeit als Soldat bzw. Soldatin zielen demnach auf die Vorstellung einer beruflichen Karriere in der Bundeswehr ab. Die Frage nach einem Wehrdienst ist dagegen zunächst keine Frage nach einer beruflichen Karriere, sondern nach der Akzeptanz einer Bürgerpflicht. Und dieser Aspekt der staatsbürgerlichen

⁵ Im April 2025 umfasste der militärische Personalkörper der Bundeswehr 182.496 Soldatinnen und Soldaten, davon 112.789 Zeitsoldaten, 57.688 Berufssoldaten, 11.818 Freiwillig Wehrdienstleistende und 201 Freiwillig Wehrdienstleistende im Heimatschutz. Quelle: Bundesministerium der Verteidigung.

Wehrbereitschaft ist bei den jungen Menschen deutlich stärker ausgeprägt als das Interesse am Soldatenberuf als Alternative zu einer zivilen Karriere (vgl. Abschnitt 6).

Abbildung 9.2: Interesse an einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr – nach Geschlecht, nur Befragte unter 30 Jahre, 2020–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Die Frage wurde nur Befragten unter 30 Jahren gestellt, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (2025: n = 372).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2025.

Die Einstellung zu einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr unterscheidet sich nach soziodemografischen Gruppen (vgl. Tabelle 9.1): Befragte in Norddeutschland sowie Personen mit Migrationshintergrund können sich eher eine zivile Tätigkeit in der Bundeswehr vorstellen als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Je höher das formale Bildungsniveau der Befragten ist, desto geringer ist das Interesse an einer zivilen Tätigkeit. Für den Soldatenberuf interessieren sich Männer, Personen mit Hauptschulabschluss sowie Befragte in Norddeutschland stärker als die jeweiligen Referenzgruppen. Der Vergleich der Altersgruppen offenbart, dass sich das Interesse am Arbeitgeber Bundeswehr nicht signifikant zwischen den Gruppen verschiedenen Alters unterscheidet.

Tabelle 9.1: Interesse an einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr – in soziodemografischen Gruppen, nur Befragte unter 50 Jahre

	Ich könnte mir vorstellen, als Zivilist/-in bei der Bundeswehr zu arbeiten.	Ich könnte mir vorstellen, als Soldat/-in bei der Bundeswehr zu arbeiten.
Insgesamt	31	10
Geschlecht	n.s.	***
Männer	33	15
Frauen	29	5
Alter	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	29	11
30 bis 49 Jahre	32	9
Bildungsniveau	*	**
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	29	7
Realschulabschluss	32	9
Hauptschulabschluss	36	19
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	**	*
4.001 Euro und mehr	27	7
2.001 bis 4.000 Euro	35	12
Bis 2.000 Euro	26	11
Region	*	**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	44	20
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	27	5
Süddeutschland (BW, BY)	28	7
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	29	9
Migrationshintergrund	***	n.s.
Ja	44	13
Nein	28	9

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt, die noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (n = 915). Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für viele Gruppen zu gering sind. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

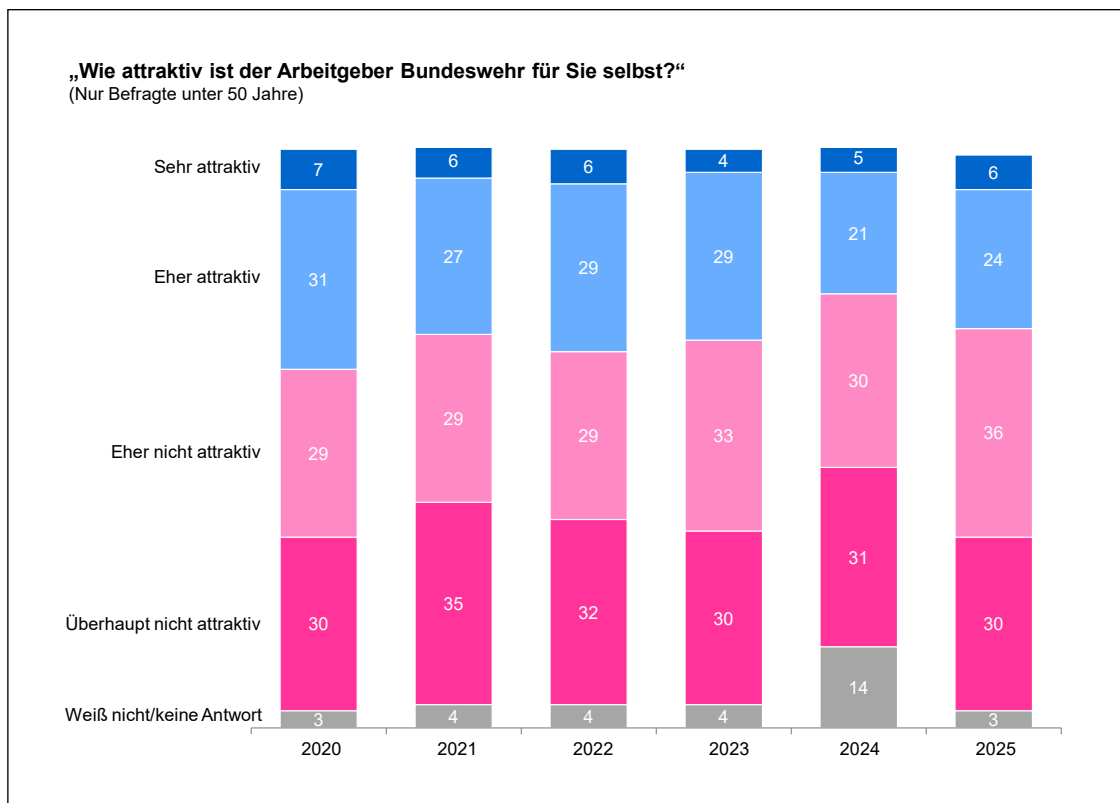
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Grundsätzliche Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für die Befragten selbst

Zusätzlich zum Interesse an einer zivilen und militärischen beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr wurden alle Befragten unter 50 Jahren auch grundsätzlich nach der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für sie selbst gefragt. Diese Betrachtungsgröße wird seit 2020 erhoben. Aktuell sieht etwas weniger als ein Drittel der unter 50-Jährigen in der Bundeswehr einen sehr attraktiven (6 Prozent; +1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2024) oder eher attraktiven (24 Prozent; +3 Prozentpunkte) Arbeitgeber für sich selbst, während die Mehrheit der Befragten die Bundeswehr eher nicht (36 Prozent; +6 Prozentpunkte) oder überhaupt nicht (30 Prozent; -1 Prozentpunkt) als attraktiven Arbeitgeber für sich selbst betrachtet (vgl. Abbildung 9.3).

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr bei den Befragten unter 50 Jahren insgesamt leicht gestiegen (+4 Prozentpunkte), allerdings ist der Anteil derjenigen, die die Bundeswehr nicht als attraktiven Arbeitgeber für sich selbst betrachten, ebenfalls gestiegen (+5 Prozentpunkte). Zurückzuführen ist dieser Zuwachs in „beide Richtungen“ auf den starken Rückgang beim Anteil derjenigen, die keine Antwort geben wollten oder konnten (-11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024). Die Betrachtung der vollständigen Zeitreihe seit 2020 verdeutlicht, dass sich bei der Bewertung der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für die Befragten selbst keine stabile Entwicklung abzeichnet. Eine Mehrheit der Befragten unter 50 Jahren nimmt die Bundeswehr als potenziellen Arbeitgeber für sich selbst als (eher) nicht attraktiv wahr.

Abbildung 9.3: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst – nur Befragte unter 50 Jahre



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt, die noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (n = 915).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2025.

Betrachtet man die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen, ergeben sich einige statistisch signifikante Unterschiede: Männer, Befragte aus Norddeutschland und solche mit mittlerem Einkommen sowie Personen mit Migrationshintergrund empfinden die Bundeswehr als attraktiveren Arbeitgeber für sich selbst als

die entsprechenden Vergleichsgruppen (vgl. Tabelle 9.2). Zudem nimmt die Arbeitgeberattraktivität mit steigendem Bildungsniveau ab. Zwischen den Altersgruppen bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Tabelle 9.2: Wahrgenommene Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst – in soziodemografischen Gruppen, nur Befragte unter 50 Jahre

„Wie attraktiv ist der Arbeitgeber Bundeswehr für Sie selbst?“			
	Attraktiv ¹	Unattraktiv ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	30	66	3
Geschlecht *			
Männer	34	63	3
Frauen	27	69	4
Alter ^{n.s.}			
16 bis 29 Jahre	29	67	4
30 bis 49 Jahre	31	66	3
Bildungsniveau **			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	26	72	3
Realschulabschluss	35	61	4
Hauptschulabschluss	40	57	4
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	26	72	3
2.001 bis 4.000 Euro	35	63	2
Bis 2.000 Euro	27	66	7
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	41	58	2
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	26	70	5
Süddeutschland (BW, BY)	28	68	4
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	30	67	3
Migrationshintergrund ***			
Ja	35	62	3
Nein	29	67	3

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt, die noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (n = 915). Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für viele Gruppen zu gering sind. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

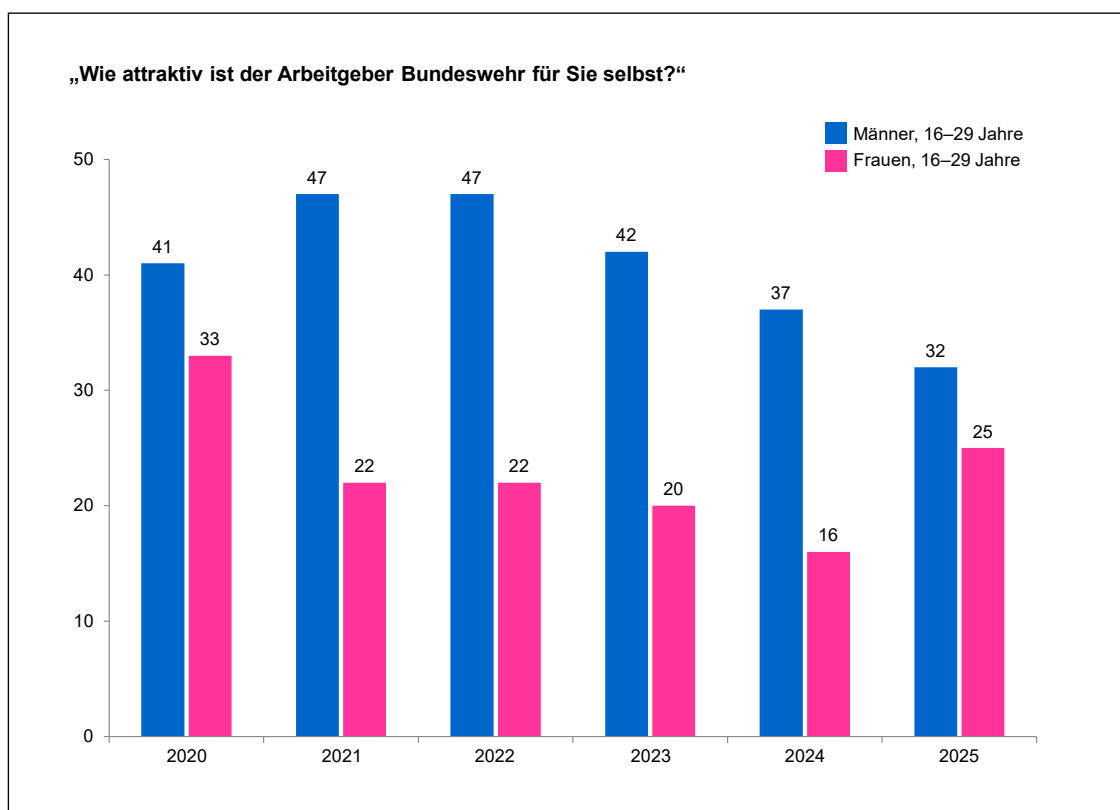
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Wird die Gruppe der 16–29-Jährigen nach Geschlecht differenziert betrachtet, zeigt sich, dass die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei den Frauen im Jahr 2021 stark zurückging (-11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) und in den Jahren 2022–2024 weiter gesunken ist (-6 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 9.4). Aktuell wird die Arbeitgeberattraktivität von den jungen Frauen deutlich positiver bewertet als im Vorjahr (25 Prozent; +9

Prozentpunkte). Bei den jungen Männern folgte auf einen leichten Anstieg im Jahr 2021 (+6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) ein gleichbleibendes Niveau im Jahr 2022. Seitdem ist ein kontinuierlicher Rückgang um 15 Prozentpunkte zu verzeichnen. Aktuell bewertet ein Drittel der jungen Männer (32 Prozent) die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber für sich selbst.

Die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber ist bei jungen Männern seit 2022 rückläufig. Nach Jahren der Stagnation gibt es bei den jungen Frauen 2025 einen Anstieg. Aktuell empfindet jeder dritte junge Mann und jede vierte junge Frau die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber für sich selbst.

Abbildung 9.4: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst – nach Geschlecht, nur 16–29-Jährige, Anteil „attraktiv“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ wurden zusammengefasst. Die Frage wurde nur Befragten unter 30 Jahren gestellt, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (n = 372).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2025.

Mit welchen Faktoren hängt das Interesse am Soldatenberuf und die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei den 16–29-Jährigen zusammen? Wie die Untersuchungsergebnisse in Tabelle 9.3 zeigen, steigt das Interesse am Soldatenberuf und die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr, je positiver die Vereinbarkeit von Familie und Dienst und die

Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr bewertet werden – und zwar unabhängig vom Geschlecht der Befragten. Und für Männer wie Frauen gilt: Je mehr sie über die Missionen der Bundeswehr an der NATO-Ostflanke wissen, desto größer ist ihr Interesse am Arbeitgeber Bundeswehr. Bei den jungen Männern kommen weitere Einflussfaktoren hinzu: Das Interesse am Soldatenberuf und die Arbeitgeberattraktivität steigen, je positiver die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr, ihre Fähigkeit zur Landesverteidigung und die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft bewertet werden. Die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die nationale und die persönliche Sicherheit stehen vor allem bei den Männern in einem positiven Zusammenhang zum Interesse am Arbeitgeber Bundeswehr.

Die positive Bewertung vermeintlich „weicher“ Faktoren, wie die Vereinbarkeit von Dienst und Familie oder der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr, spielt für das Interesse am Soldatenberuf eine Rolle – und zwar unabhängig vom Geschlecht der Befragten.

Tabelle 9.3: Bivariate Korrelationen zum Interesse am Soldatenberuf und zur Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei den 16–29-Jährigen

	Könnte mir vorstellen, Soldat/-in bei der Bw zu werden		Arbeitgeberattraktivität Bw für einen selbst	
	Männer (16–29 Jahre)	Frauen (16–29 Jahre)	Männer (16–29 Jahre)	Frauen (16–29 Jahre)
Bewertung: Vereinbarkeit von Familie und Dienst bei der Bundeswehr	.32***	.22**	.37***	.31***
Bewertung: Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr	.35***	.19*	.38***	.17*
Bewertung: Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft	.34***	.07 n.s.	.41***	.08 n.s.
Bewertung: Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr	.16*	.03 n.s.	.26***	.01 n.s.
Bewertung: Fähigkeit der Bundeswehr zur Verteidigung Deutschlands	.29***	.06 n.s.	.30***	.01 n.s.
Wissen über die Missionen der Bundeswehr an der NATO-Ostflanke	.36***	.19**	.25**	.25**
Bedrohung der persönlichen Sicherheit: Spannungen zwischen dem Westen und Russland	.09 n.s.	-.01 n.s.	.19**	.20**
Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands	.21**	.02 n.s.	.26***	.23**

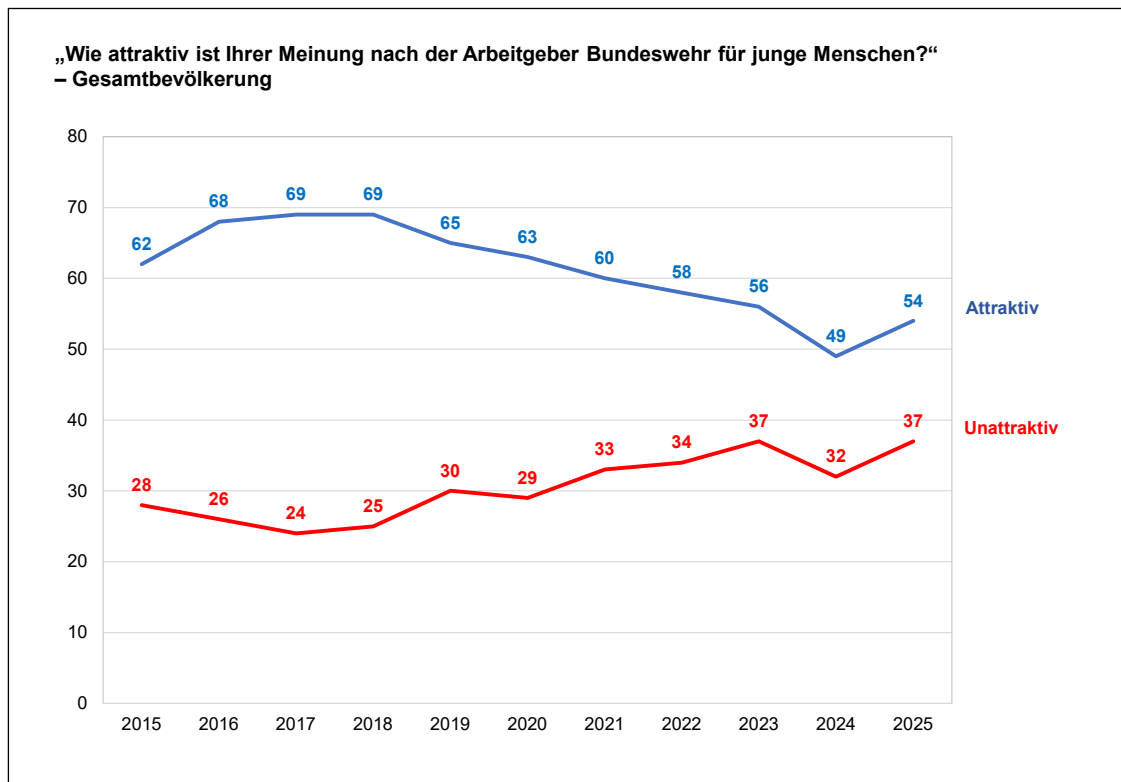
Anmerkungen: Bivariate Korrelationen nach Pearson. Ausgewiesen sind die Korrelationskoeffizienten. Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in der Gesamtbevölkerung

Seit 2015 werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung gefragt, wie attraktiv ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für *junge* Menschen ist. Diese Frage wurde allen Befragten gestellt, also auch Personen, die selbst nicht mehr zur Gruppe der „jungen Menschen“ gehören. Der Grund für die Einbeziehung

der älteren Befragten ist, dass diese in ihrer Rolle als Kolleginnen und Kollegen, Familienangehörige oder Erziehungsberechtigte potenzielle Bewerbungsinteressenten beeinflussen könnten. In der Forschungsliteratur zum Themenkomplex Arbeitgeberattraktivität und Personalgewinnung wird dem sozialen Umfeld eine große Bedeutung beigemessen.

Abbildung 9.5: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Fehlende Prozente zu 100 entsprechen dem Anteil „weiß nicht/keine Antwort“. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ sowie „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ wurden jeweils zusammengefasst. Anzahl der Befragten (n = 2.049).

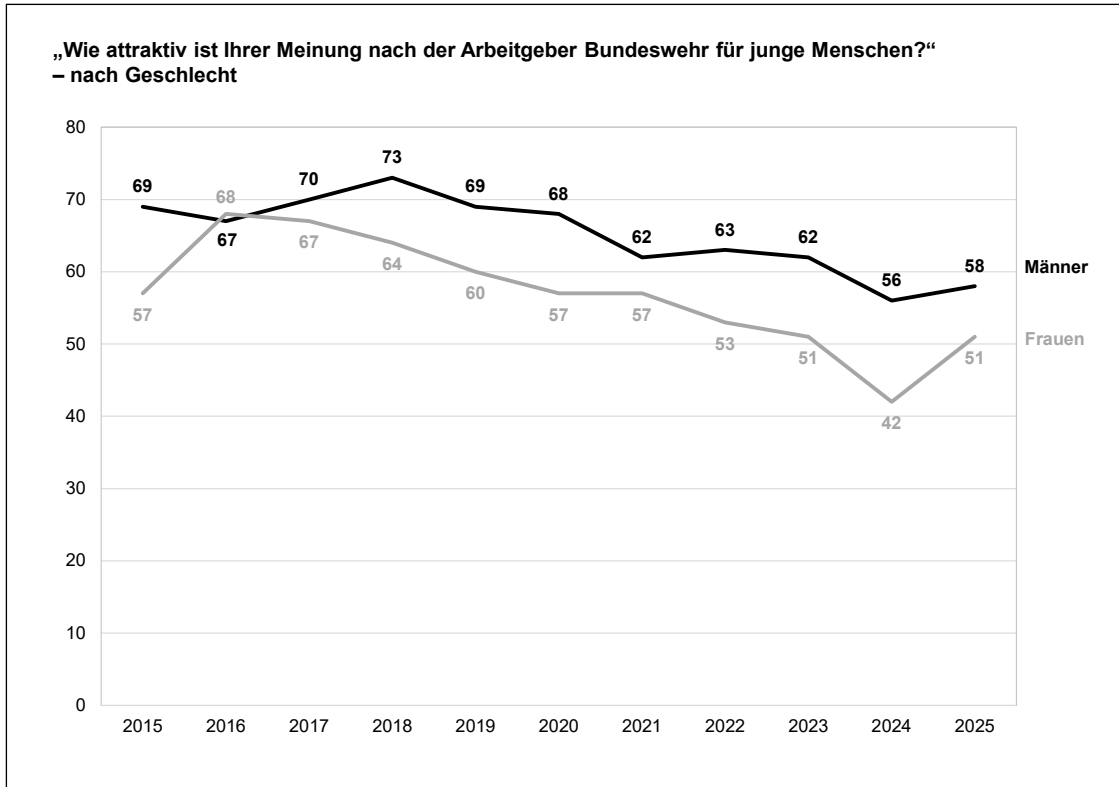
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2025.

Im Zeitraum 2018–2024 nahm die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr aus Sicht der Bevölkerung kontinuierlich ab. Diese negative Entwicklung setzt sich 2025 nicht fort: Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bewertet die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen.

Eine Mehrheit der Befragten (54 Prozent; +5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) ist aktuell der Auffassung, dass die Bundeswehr für junge Menschen ein sehr oder eher attraktiver Arbeitgeber ist (vgl. Abbildung 9.5). Im Vergleich zum Vorjahr ist allerdings auch der Anteil derjenigen gestiegen, die die Bundeswehr nicht für einen attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen halten (37 Prozent; +5 Prozentpunkte). Diese Entwicklung in „beide

Richtungen“ bildet sich auch in der Entwicklung der Arbeitgeberattraktivität für die Befragten selbst ab (vgl. Abbildung 9.3).

Abbildung 9.6: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2025 – nach Geschlecht, Anteil „attraktiv“

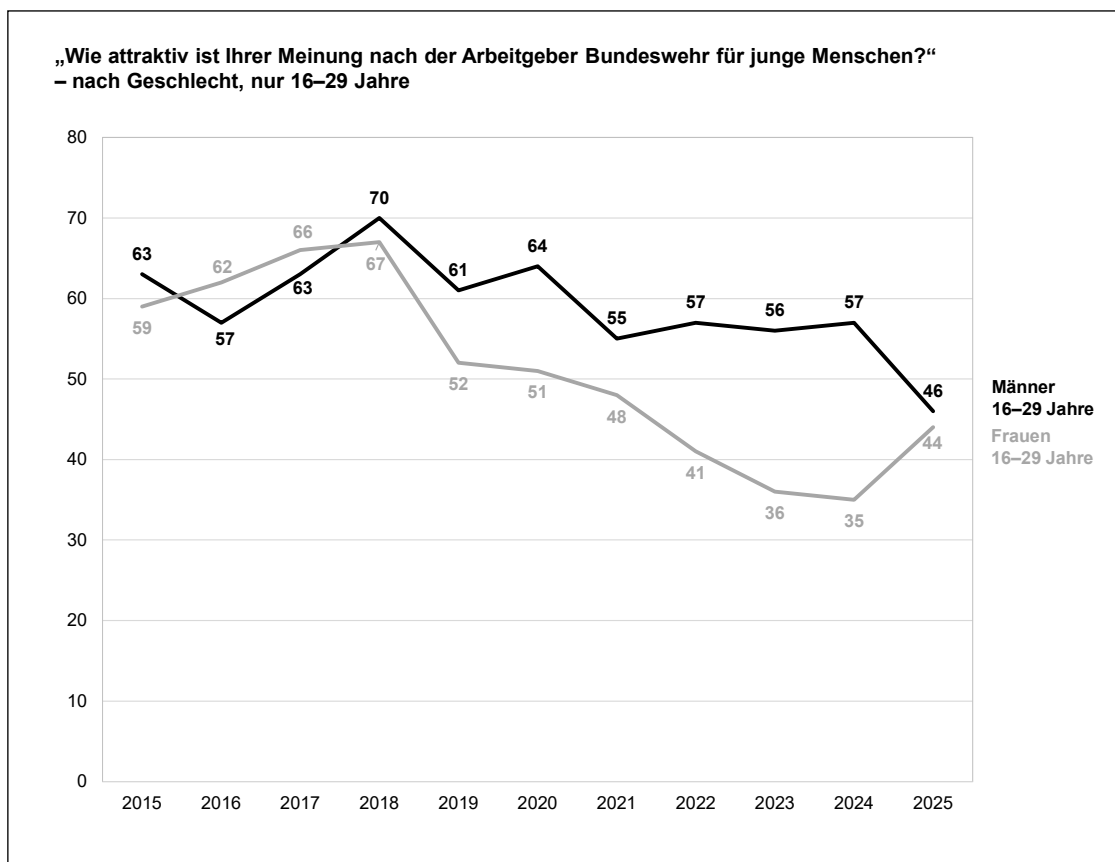


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ wurden zusammengefasst.
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2025.

Eine nach Geschlecht getrennte Auswertung der Daten offenbart (vgl. Abbildung 9.6): Mit Ausnahme des Jahres 2016 bewerten Frauen in allen Erhebungsjahren die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen schlechter als Männer. Die wahrgenommene Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für junge Menschen ist bei den Frauen bereits seit 2016 rückläufig, während dies bei den Männern erst ab 2018 zu beobachten ist.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen insbesondere aus Sicht der jungen Frauen deutlich verbessert.

Abbildung 9.7: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2025 – nach Geschlecht, nur 16–29-Jährige, Anteil „attraktiv“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ wurden zusammengefasst.
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2025.

Mit Blick auf die Zielgruppe der 16–29-Jährigen ist ebenfalls ein langfristiger Rückgang in der Bewertung der Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen zu beobachten. Bei den Frauen ist diese Wahrnehmung im Zeitraum 2018–2024 kontinuierlich und stark gesunken (-32 Prozentpunkte). Bei den Männern ist diese von 2018 bis 2021 um 13 Prozentpunkte gesunken und stagnierte im Zeitraum 2021–2024. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bewertung der Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen bei den 16–29-jährigen Frauen und Männern unterschiedlich entwickelt: entgegen der bisherigen Entwicklung ist bei den Männern ein deutlicher Rückgang zu beobachten (-11 Prozentpunkte) und bei den Frauen ein deutlicher Anstieg (+9 Prozentpunkte).

Tabelle 9.4: Wahrgenommene Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen – in soziodemografischen Gruppen

„Wie attraktiv ist Ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen?“			
	Attraktiv ¹	Unattraktiv ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	54	37	9
Geschlecht ***			
Männer	58	34	8
Frauen	51	39	10
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	45	50	5
30 bis 49 Jahre	56	37	7
50 bis 69 Jahre	57	31	12
70 Jahre und älter	56	33	11
Bildungsniveau **			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	52	41	7
Realschulabschluss	62	33	6
Hauptschulabschluss	58	32	10
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **			
4.001 Euro und mehr	51	43	5
2.001 bis 4.000 Euro	60	34	6
Bis 2.000 Euro	54	38	8
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	60	35	5
SPD	62	32	6
AfD	60	35	5
Die Linke	51	43	7
Bündnis 90/Die Grünen	51	42	8
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	41	41	18
Region **			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	60	38	2
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	60	31	9
Süddeutschland (BW, BY)	51	35	14
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	51	41	8
Migrationshintergrund **			
Ja	59	29	12
Nein	54	38	8

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Die Auswertung der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen zeigt, dass die Bundeswehr in nahezu allen untersuchten Gruppen von einer Mehrheit als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen wahrgenommen wird.

Einzigste Ausnahme ist die Gruppe der Nichtwähler, deren Bewertung der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr ambivalent ist (vgl. Tabelle 9.4). Darüber hinaus offenbart die Auswertung eine Reihe statistisch signifikanter Unterschiede zwischen den Gruppen: Männer, Befragte über 30 Jahre, Personen mit Migrationshintergrund, Befragte mit einem mittleren Haushaltseinkommen und solche mit einem mittleren Bildungsniveau sowie Befragte in Nord- und Ostdeutschland nehmen die Bundeswehr eher als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen wahr als Befragte in den entsprechenden Vergleichsgruppen.

10 Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr

Die Bundeswehr hat ein breites Aufgabenspektrum, das im Weißbuch der Bundesregierung definiert wird. Mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan im Jahr 2021 und dem Ende des Einsatzes in Mali Ende 2023 endete vorerst die Ära der großen Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements. Als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine kehrt die Bundeswehr seit 2022 zur Landes- und Bündnisverteidigung als ihrem Hauptauftrag zurück. Die Bürgerinnen und Bürger wurden in Anlehnung an das Weißbuch gefragt, welche Aufgaben die Bundeswehr aus ihrer Sicht übernehmen sollte (vgl. Abbildung 10.1).

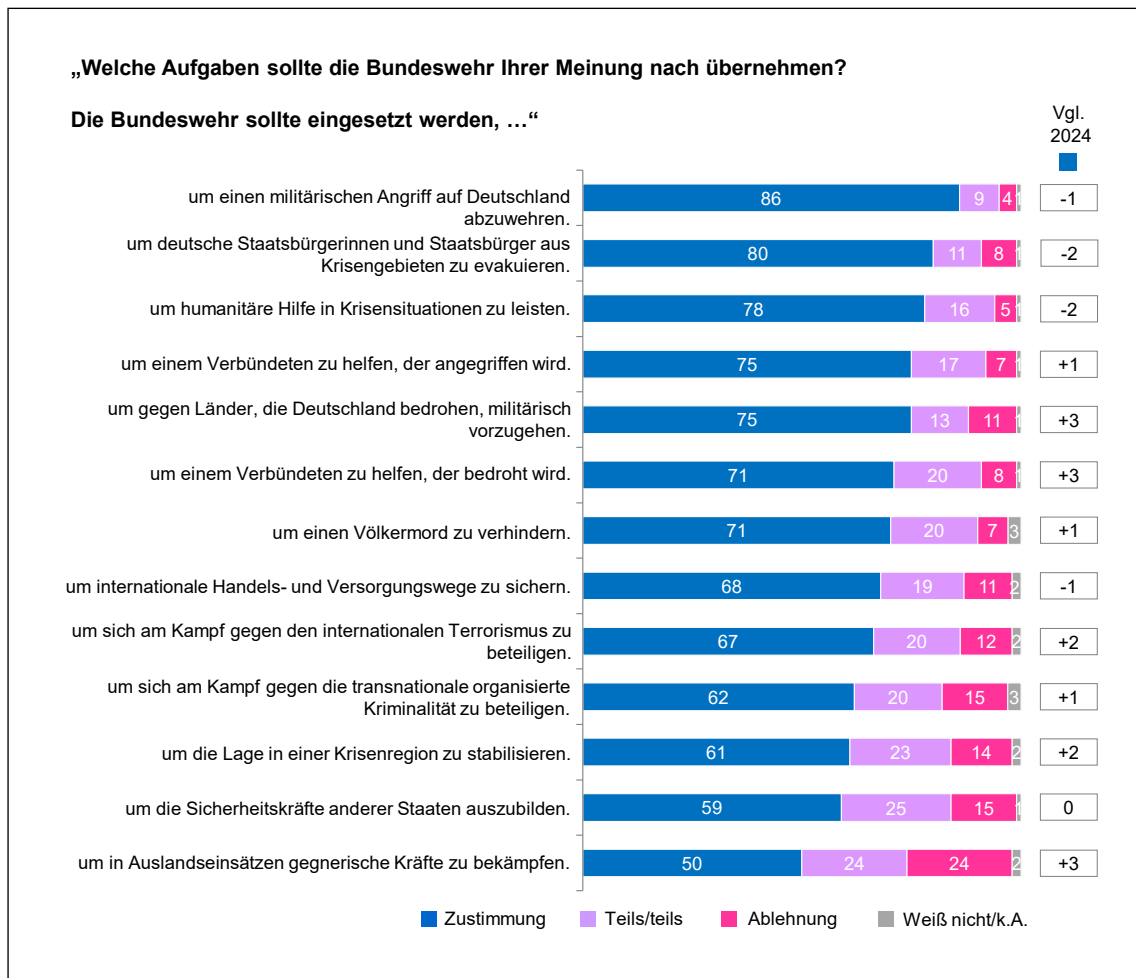
Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürwortet den Einsatz der Bundeswehr im kompletten Aufgabenspektrum, dabei erfährt die Landes- und Bündnisverteidigung als Aufgabe der Bundeswehr in der Bevölkerung mehr Unterstützung als das internationale Krisenmanagement.

Den größten Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger erfahren im Jahr 2025 die Abwehr eines militärischen Angriffs auf Deutschland (86 Prozent; -1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2024) und die Evakuierung von deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aus Krisengebieten (80 Prozent; -2 Prozentpunkte). Ein militärisches Vorgehen gegen Länder, die Deutschland bedrohen, wird ebenfalls von einer klaren Mehrheit unterstützt (75 Prozent; +3 Prozentpunkte). Humanitäre Nothilfe in Krisensituationen (78 Prozent; -2 Prozentpunkte), die Verhinderung eines Völkermords (71 Prozent; +1 Prozentpunkt), die Sicherung internationaler Handels- und Versorgungswege (68 Prozent; -1 Prozentpunkt) sowie der militärische Beistand für Verbündete, die angegriffen (75 Prozent; +1 Prozentpunkt) oder bedroht (71 Prozent; +3 Prozentpunkte) werden, stoßen ebenfalls auf die Zustimmung einer großen Mehrheit. Mehrheitlichen Zuspruch erhalten weitere Aufgaben im Rahmen des internationalen Krisenmanagements: die Beteiligung am Kampf gegen den internationalen Terrorismus (67 Prozent; +2 Prozentpunkte) und die transnationale organisierte Kriminalität (62 Prozent; +1 Prozentpunkt), die Stabilisierung der Lage in Krisenregionen im Ausland (61 Prozent; +2 Prozentpunkte) und die Ausbildung ausländischer Sicherheitskräfte (59 Prozent; keine Veränderung). Etwas weniger Zuspruch erfährt die Bekämpfung gegnerischer Kräfte bei Auslandseinsätzen (50 Prozent; +3 Prozentpunkte).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der öffentliche Zuspruch zu den Aufgaben der Bundeswehr kaum verändert. In der Gesamtschau fällt auf, dass der Kernauftrag der Bundeswehr, die Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV), mehr Unterstützung erfährt als Aufgaben des internationalen Krisenmanagements (IKM). Dieser grundsätzlichen Präferenz

entsprechend werden auch die konkreten LV/BV-Missionen der Bundeswehr deutlich positiver bewertet als die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (vgl. Abbildung 10.3).

Abbildung 10.1: Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Neben den verschiedenen Einsatzmöglichkeiten im Rahmen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik kann die Bundeswehr auch innerhalb Deutschlands zum Einsatz kommen, wenn die Lage dies erfordert. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist im Grundgesetz und im Luftsicherheitsgesetz geregelt (vgl. Tabelle 10.1). Oftmals wird die Bundeswehr um Amtshilfe ersucht, um zivile Behörden und Einsatzkräfte bei der Bewältigung außerordentlicher Not- und Katastrophenlagen zu unterstützen. In der diesjährigen Bevölkerungsbefragung wurden bewusst nur mögliche Einsatzzwecke der Bundeswehr im Innern abgefragt, die einen Bezug zu aktuellen sicherheitspolitischen Risiken haben.

Tabelle 10.1: Verfassungsrechtliche und gesetzliche Regeln zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren

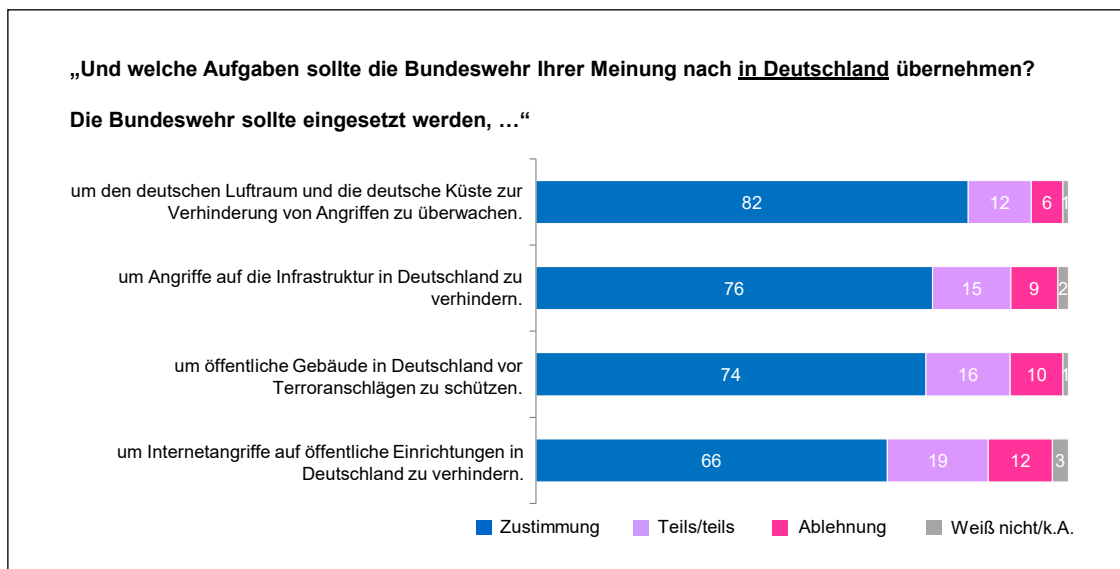
Grundlage	Zweck	Aufgabenbereiche der Bundeswehr
Art. 87a (1) GG	Landesverteidigung	Abwehr eines bewaffneten Angriffs auf das Bundes- oder Bündnisgebiet
Art. 87a (3) GG	Landesverteidigung im Spannungs- oder Verteidigungsfall	Schutz ziviler Objekte, Wahrnehmung von Aufgaben der Verkehrsregelung, Unterstützung polizeilicher Maßnahmen
Art. 87a (4) GG	Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung	Unterstützung von Polizei und Bundesgrenzschutz beim Schutz von zivilen Objekten und zur Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer
Art. 35 (2) GG	Hilfe im Fall von Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen (in einem Bundesland)	Aufrechterhaltung und Wiederherstellung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Unterstützung der Polizei
Art. 35 (3) GG	Hilfe im Fall von Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen (in mehr als einem Bundesland)	Aufrechterhaltung und Wiederherstellung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Unterstützung der Polizei
§14 (1) LuftSiG	Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs, Flugzeugentführungen, Sabotageakten und terroristischen Anschlägen	Einsatz von Kampfflugzeugen, um entführte Flugzeuge mit Warnschüssen zur Landung zu zwingen oder abzuordern

Anmerkung: Eigene Darstellung in Anlehnung an: Knelangen, Wilhelm (2006): Innere Sicherheit als neue Aufgabe für die Bundeswehr? In: Krause, Joachim/Irlenkäufer, Jan C. (Hg.): Bundeswehr – Die nächsten 50 Jahre: Anforderungen an deutsche Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Opladen: Barbara Budrich, 253–273.

Eine große Mehrheit von 82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürwortet den Einsatz der Bundeswehr zur Überwachung des deutschen Luftraums und der deutschen Küsten, um Angriffe verhindern zu können (vgl. Abbildung 10.2). Dreiviertel der Befragten begrüßen den Einsatz der Bundeswehr, um Angriffe auf die Infrastruktur in Deutschland zu verhindern (76 Prozent) und um öffentliche Gebäude vor Terroranschlägen zu schützen (74 Prozent). Eine Mehrheit von 66 Prozent unterstützt zudem den Einsatz der Bundeswehr zur Abwehr von Cyberangriffen auf öffentliche Einrichtungen in Deutschland. Nur eine Minderheit lehnt den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen dieser Schutzaufgaben explizit ab (6 bis 12 Prozent). Wie die Ergebnisse in Abschnitt 8 zeigen, beurteilen die Bürgerinnen und Bürger die Einsätze der Bundeswehr im Innern mehrheitlich sehr positiv (76 Prozent; vgl. Abbildung 8.8).

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürwortet den Einsatz der Bundeswehr zur Wahrnehmung von Schutzaufgaben im Inland und bewertet die Leistungen der Bundeswehr bei Einsätzen im Inland positiv.

Abbildung 10.2: Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Inland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

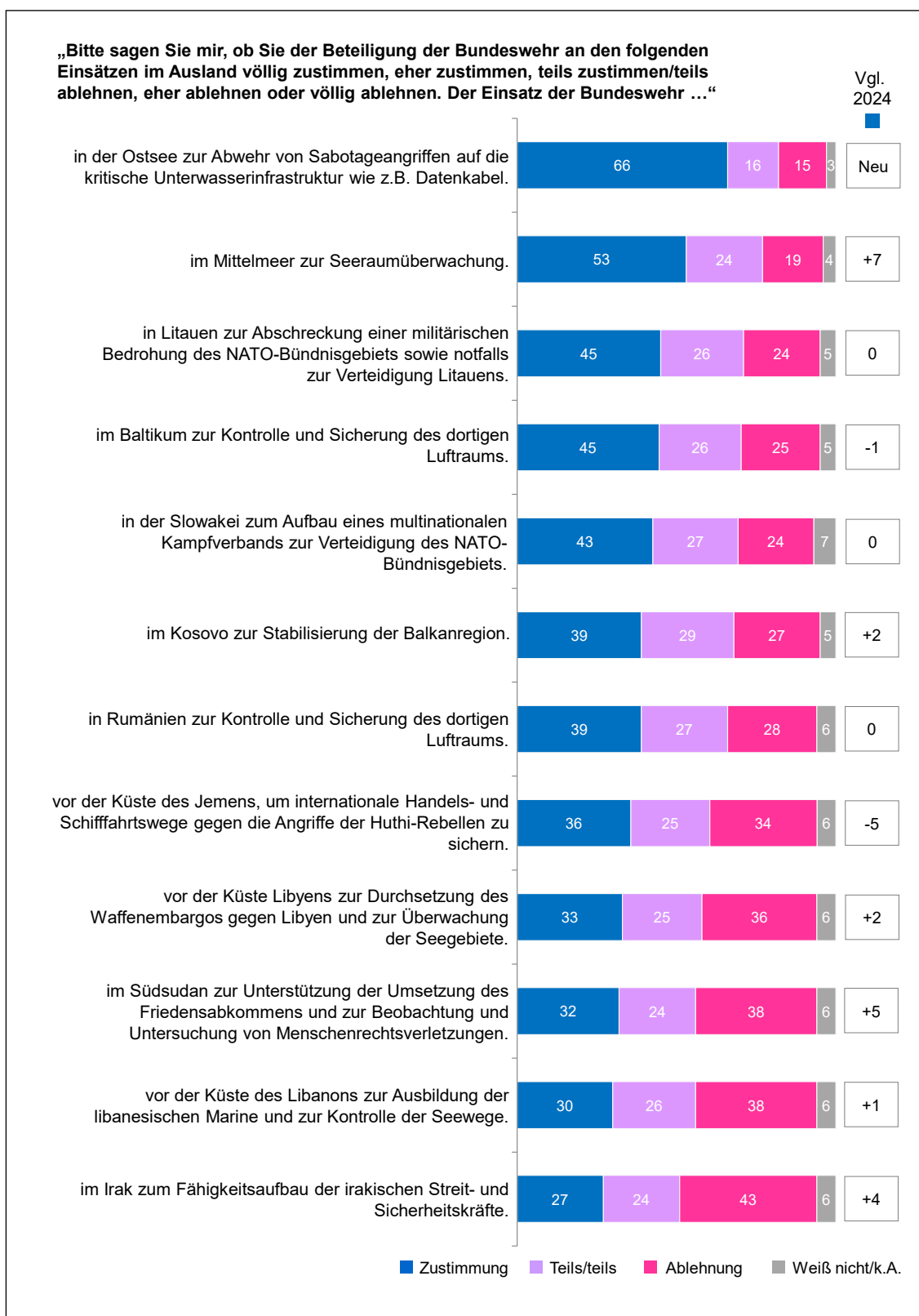
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Einstellungen und Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland

Grundsätzlich lassen sich die Einsätze der Bundeswehr im Ausland zwei Kategorien zuordnen: Die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (IKM) bedürfen der Zustimmung des Deutschen Bundestags (z.B. Schutz der Seewege vor Angriffen der Huthi-Rebellen im Jemen). Für die Beteiligung der Bundeswehr an Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung in anderen NATO-Staaten (sogenannte anerkannte Missionen) ist dagegen kein Mandat des Bundestags erforderlich (z.B. Sicherung des Luftraums im Baltikum).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Meinungsbild über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland insgesamt kaum verändert. Die *Beteiligung der Bundeswehr an den Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung* erfährt in der Bevölkerung im Durchschnitt mehr Zustimmung als die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (vgl. Abbildung 10.3). Das überwiegend positive öffentliche Meinungsbild zu den Missionen zur Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und hält sich damit deutlich über dem Niveau vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 (vgl. Abschnitt 5, Abbildung 5.2). Die *Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements* werden insgesamt eher kritisch bewertet – wie in den Vorjahren. Ausnahmen sind dabei die Seeraumüberwachung im Mittelmeer (53 Prozent Zustimmung; +7 Prozentpunkte) und der Stabilisierungseinsatz im Kosovo (39 Prozent; +2 Prozentpunkte).

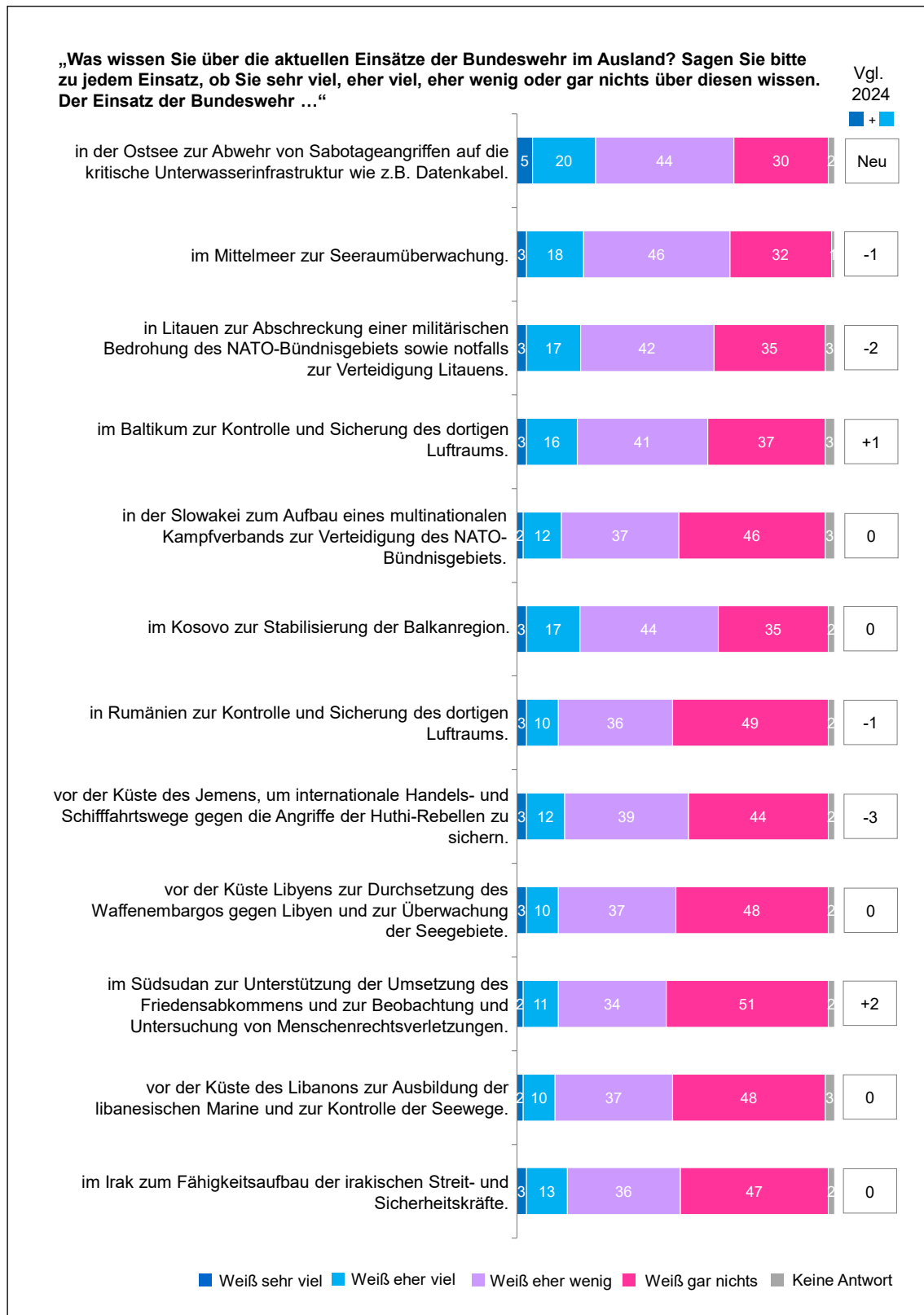
Abbildung 10.3: Einstellungen zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

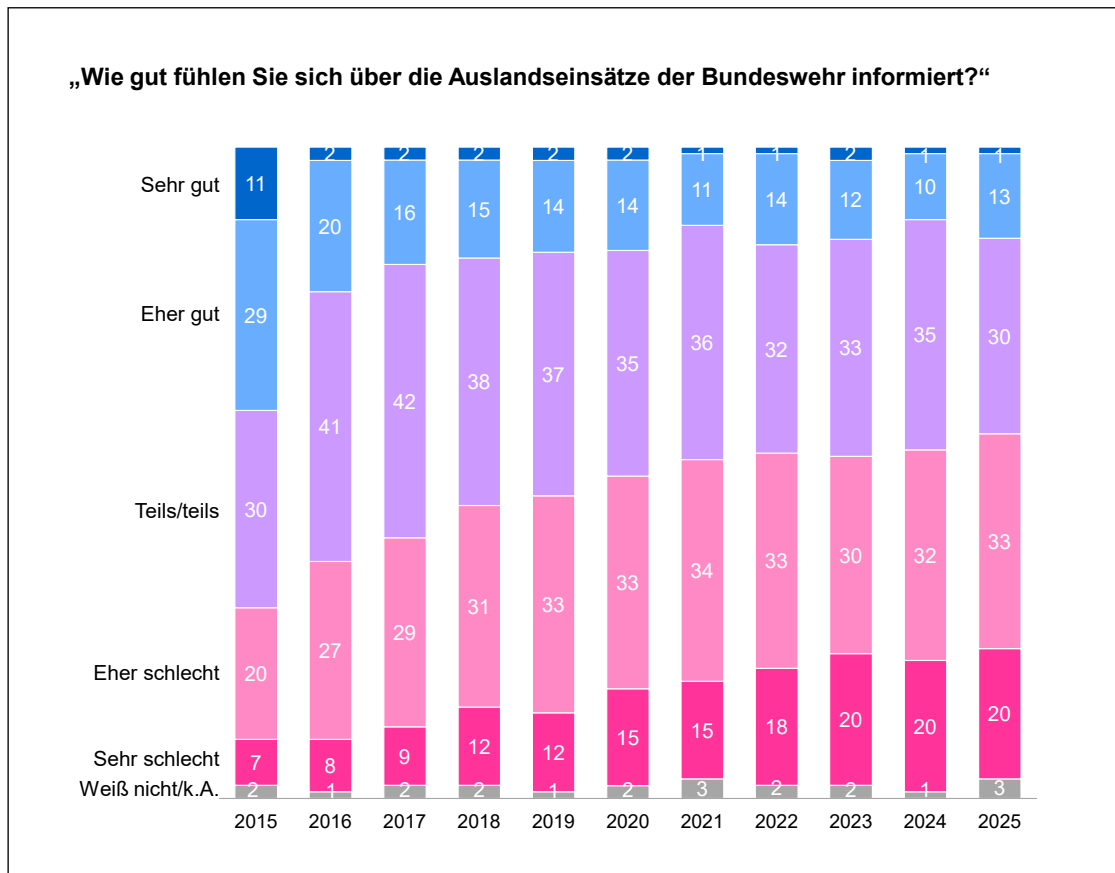
Abbildung 10.4: Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

**Abbildung 10.5: Informiertheit über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland
2015–2025**



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2025.

Wie viel die Menschen – nach eigener Einschätzung – über die verschiedenen Bundeswehreinsätze im Ausland wissen, hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert: Der Kenntnisstand zu diesen Einsätzen in der deutschen Bevölkerung ist auch im Jahr 2025 eher gering (vgl. Abbildung 10.4).

Die Bundeswehreinsätze im Ausland, die einen klaren Bezug zu Europa erkennen lassen, werden überwiegend positiv bewertet. Die Einsätze, die außerhalb Europas stattfinden, stoßen auf ein ambivalentes oder überwiegend ablehnendes Meinungsbild – unabhängig vom Einsatzzweck. Die Missionen der Landes- und Bündnisverteidigung sind durchschnittlich nicht viel bekannter als die Auslandseinsätze des internationalen Krisenmanagements. Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger fühlt sich zudem schlecht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert.

Beim gefühlten Grad der Informiertheit – wie gut sich die Menschen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen – ist keine Trendwende in der negativen Entwicklung der vergangenen Jahre erkennbar: Der Anteil derjenigen, die sich sehr schlecht oder eher schlecht informiert fühlen, ist von 27 Prozent im Jahr 2015 kontinuierlich auf 53 Prozent im Jahr 2025 gestiegen (vgl. Abbildung 10.5). Im gleichen Zeitraum ist der Anteil derjenigen, die sich gut informiert fühlen, von 40 Prozent auf aktuell 14 Prozent gesunken. Auf Nachfrage wünschen sich 46 Prozent der Befragten, ausführlicher über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland informiert zu werden, während 49 Prozent keinen weiteren Informationsbedarf haben. Wie die Ergebnisse in Abschnitt 8 (vgl. Abbildung 8.8) darlegen, bewerten 37 Prozent der Befragten das Informationsangebot der Bundeswehr über ihre Aufgaben und Einsätze positiv, 32 Prozent sind hier geteilter Meinung und 23 Prozent bewerten es negativ.

Zusammenhang zwischen Kenntnisstand und Einstellung zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland

Im Folgenden werden der Kenntnisstand über und die Einstellung zu den verschiedenen Einsätzen der Bundeswehr im Ausland zueinander in Bezug gesetzt (vgl. Tabelle 10.2). Wie in den Vorjahren wird der große Einfluss erkennbar, den das subjektive Informationsniveau über die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf die Einstellung zu diesen hat. Befragte, die über grundlegende Kenntnisse zu den Einsätzen verfügen, stimmen ihnen deutlich stärker zu als jene Befragten, die über wenige oder keine Kenntnisse verfügen. Dieser Zusammenhang ergibt sich gleichermaßen für die Einsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements wie für die anerkannten Missionen im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung.

Der in der Bevölkerung subjektiv geringe Wissensstand über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland und der große Anteil Befragter, die sich grundsätzlich schlecht über sie informiert fühlen, ist auch deshalb bedenklich, weil die Zustimmung zu diesen Einsätzen stark vom Wissen über sie abhängt.

Die Zustimmungswerte von mehr und weniger informierten Befragten unterscheiden sich erheblich: Die Unterschiede variieren zwischen 27 und 45 Prozentpunkten. Die Befragten, die über ein gewisses Maß an Kenntnissen über die Einsätze verfügen, unterstützen diese auch mehrheitlich. Umgekehrt erfährt bei Befragten mit geringeren Kenntnissen kein Einsatz eine mehrheitliche Zustimmung. Einzige Ausnahme ist die Mission in der Ostsee. Damit konzentriert sich ein Großteil der Vorbehalte und Ablehnung bei jenen, die weniger über die Engagements wissen – und dies trifft ausweislich der vorangegangenen Auswertung (vgl. Abbildung 10.4) auf die meisten Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zu.

Tabelle 10.2: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Abhängigkeit vom Kenntnisstand

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Einsätzen im Ausland völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Der Einsatz der Bundeswehr ...“				
	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/k.A.
Ostsee (Baltic Sentry) ***				
Wissen vorhanden ³	85	9	5	1
Wissen nicht vorhanden ⁴	61	18	18	3
Litauen (enhanced Forward Presence) ***				
Wissen vorhanden	76	14	10	0
Wissen nicht vorhanden	38	29	28	5
Baltikum (Air Policing Baltikum) ***				
Wissen vorhanden	70	17	12	1
Wissen nicht vorhanden	40	28	28	4
Slowakei (enhanced Vigilance Activities) ***				
Wissen vorhanden	67	19	14	1
Wissen nicht vorhanden	40	28	26	6
Rumänien (enhanced Air Policing South) ***				
Wissen vorhanden	66	20	13	1
Wissen nicht vorhanden	35	28	31	6
Mittelmeer (Operation Sea Guardian) ***				
Wissen vorhanden	79	16	6	0
Wissen nicht vorhanden	47	27	22	4
Kosovo (KFOR) ***				
Wissen vorhanden	68	23	10	0
Wissen nicht vorhanden	33	31	31	5
Libanon (UNIFIL) ***				
Wissen vorhanden	64	18	18	0
Wissen nicht vorhanden	26	27	41	6
Libyen (EUNAVFOR Med Irini) ***				
Wissen vorhanden	69	17	14	0
Wissen nicht vorhanden	28	26	40	6
Südsudan (UNMISS) ***				
Wissen vorhanden	65	21	14	0
Wissen nicht vorhanden	27	25	42	5
Irak (Capacity Building Irak) ***				
Wissen vorhanden	66	20	14	0
Wissen nicht vorhanden	21	25	49	6
Jemen (EUNAVFOR Aspides) ***				
Wissen vorhanden	68	17	14	1
Wissen nicht vorhanden	31	26	37	6

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; 2) Antwortanteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst; 3) Antwortanteile „Weiß sehr viel“ und „Weiß eher viel“ zusammengefasst; 4) Antwortanteile „Weiß eher wenig“ und „Weiß gar nichts“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Abschließend soll berichtet werden, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung Unterschiede in der Einstellung und im Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland bestehen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Einstellungen und der subjektive Kenntnisstand zu den sieben Einsätzen im Bereich des internationalen Krisenmanagements (IKM) und zu den fünf Missionen der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) jeweils in Indexvariablen zusammengefasst. Die Indexvariablen haben einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung bzw. niedriger Kenntnisstand) bis 1 (völlige Zustimmung bzw. hoher Kenntnisstand). Ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Einstellung bzw. mittlere Kenntnisse.

Die Bundeswehr-Missionen der Landes- und Bündnisverteidigung werden in allen Gruppen in der deutschen Bevölkerung im Durchschnitt stärker befürwortet als die Einsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements. Unabhängig vom Einsatztypus ist der durchschnittliche Kenntnisstand jedoch in allen Gruppen gering.

Obgleich zwischen den untersuchten Gruppen statistisch signifikante Unterschiede bestehen, unterscheiden sich deren Mittelwerte nicht substanziell (vgl. Tabelle 10.3). Mit einigen wenigen Ausnahmen ist die Einstellung zu den LV/BV-Missionen in allen Gruppen im Durchschnitt überwiegend positiv, während die IKM-Einsätze auf ein eher geteiltes Echo stoßen. Einzig die Wählerinnen und Wähler der AfD und der Linken sowie die Gruppe der Nichtwähler haben eine im Durchschnitt ambivalente Einstellung zu den LV/BV-Missionen. Der subjektive Kenntnisstand zu den LV/BV- und den IKM-Einsätzen ist in allen Gruppen ähnlich gering. Frauen, die 16–29-Jährigen, die Wählerinnen und Wähler der Linken und der Grünen sowie die Gruppe der Nichtwähler und Befragte in Ost- und Süddeutschland haben im Durchschnitt einen geringeren Kenntnisstand als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Im Vergleich der Regionen fällt der vergleichsweise hohe Kenntnisstand in Norddeutschland auf. Junge Frauen (16–29 Jahre) haben nach eigener Einschätzung einen im Durchschnitt geringeren Kenntnisstand über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland (IKM: 0,16; LV/BV: 0,18) als die jungen Männer (IKM: 0,22; LV/BV: 0,26). Darüber hinaus zeigt sich, dass die Einstellung zu den Missionen im Bereich der Landes- und Bündnisverteidigung bei Befragten mit Migrationshintergrund durchschnittlich positiver ist als bei Befragten ohne Migrationshintergrund. Dafür ist bei Letzteren der Kenntnisstand zu den IKM-Einsätzen etwas größer.

Tabelle 10.3: Einstellung und Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland in soziodemografischen Gruppen

	Einstellung		Kenntnisstand	
	LV/BV	IKM	LV/BV	IKM
Insgesamt	0,59	0,50	0,27	0,25
Geschlecht	***	***	***	***
Männer	0,61	0,52	0,33	0,30
Frauen	0,57	0,48	0,22	0,19
Alter	n.s.	n.s.	***	***
16 bis 29 Jahre	0,57	0,49	0,22	0,19
30 bis 49 Jahre	0,60	0,51	0,29	0,26
50 bis 69 Jahre	0,61	0,50	0,29	0,25
70 Jahre und älter	0,58	0,50	0,27	0,26
Bildungsniveau	***	**	**	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,59	0,51	0,30	0,28
Realschulabschluss	0,63	0,53	0,28	0,25
Hauptschulabschluss	0,58	0,50	0,25	0,23
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	**	n.s.	*	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,57	0,50	0,28	0,26
2.001 bis 4.000 Euro	0,61	0,51	0,29	0,26
Bis 2.000 Euro	0,59	0,50	0,25	0,23
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,64	0,54	0,31	0,28
SPD	0,65	0,58	0,35	0,32
AfD	0,55	0,44	0,28	0,25
Die Linke	0,53	0,48	0,25	0,22
Bündnis 90/Die Grünen	0,62	0,51	0,22	0,21
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,52	0,42	0,20	0,18
Region	***	n.s.	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,65	0,52	0,36	0,32
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,59	0,48	0,24	0,21
Süddeutschland (BW, BY)	0,59	0,49	0,23	0,20
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,57	0,50	0,28	0,27
Migrationshintergrund	***	n.s.	n.s.	**
Ja	0,64	0,51	0,25	0,21
Nein	0,59	0,50	0,27	0,25

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – völlige Ablehnung/niedriger Kenntnisstand; 1 – völlige Zustimmung/hoher Kenntnisstand]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die vier abhängigen Variablen weisen alle eine sehr gute Skalenreliabilität auf (Cronbachs alpha: 0,89 [Einstellung LV/BV]; 0,90 [Einstellung IKM]; 0,86 [Kenntnisstand LV/BV]; 0,89 [Kenntnisstand IKM]). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

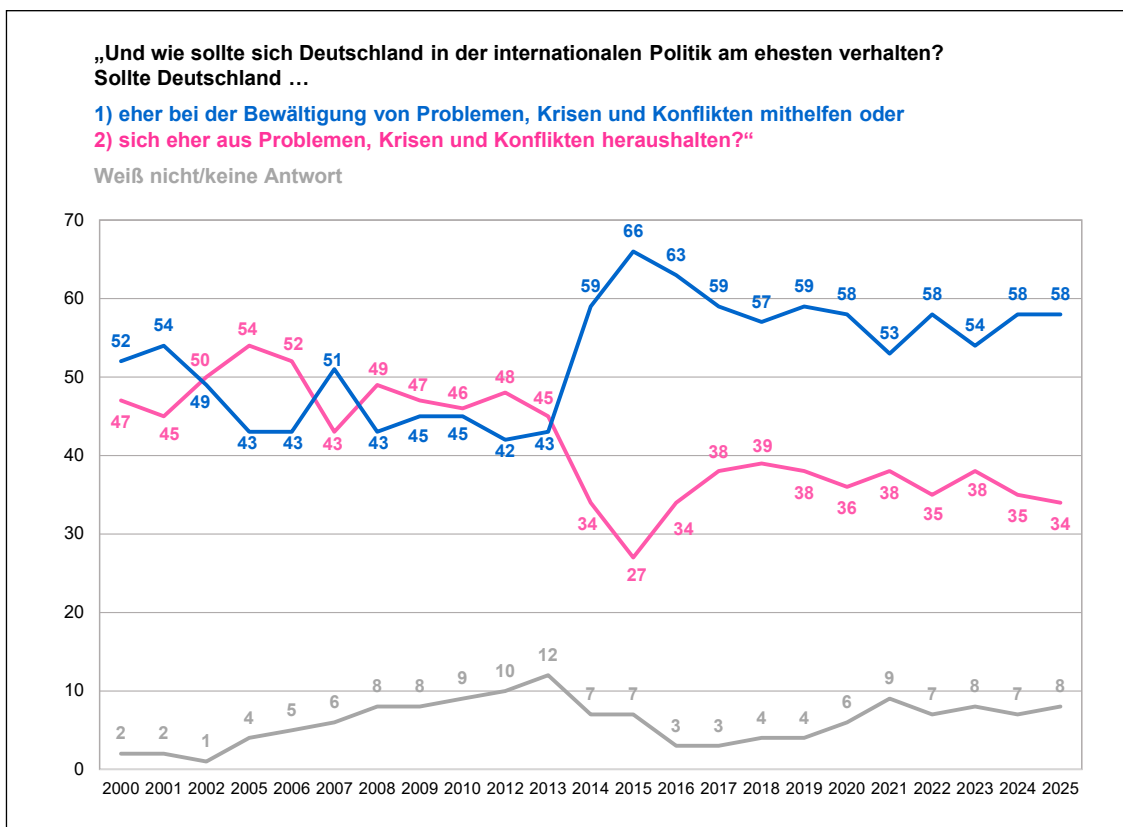
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

11 Außenpolitische Einstellungen

Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Seit 2014 plädiert eine absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für eine aktive deutsche Außenpolitik. Im Jahr 2025 sprechen sich 58 Prozent (keine Veränderung im Vergleich zu 2024) dafür aus, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte, während 34 Prozent (-1 Prozentpunkt) eine gegenteilige Meinung haben (vgl. Abbildung 11.1).

Abbildung 11.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands 2000–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Bis 2013 lautete die Formulierung der Antwortoptionen wie folgt: „1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“. 2014 wurde die Formulierung der Antwortoptionen geändert: „1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) eher eine passive Politik verfolgen und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“. 2015 wurden beide Varianten der Frageformulierungen abgefragt. Ein Vergleich dieser Daten zeigte, dass sich die Antwortverteilung zwischen alter und neuer Formulierung nicht signifikant unterscheidet. 2019 wurden erneut zwei Formulierungen verwendet: Die Frageformulierung der Antwortoption 2) wurde der einen Hälfte der Befragten mit dem Zusatz „... Konflikten anderer“ gestellt und der anderen Hälfte der Befragten ohne den Zusatz „anderer“ (Split-Half). Die Antwortverteilung unterschied sich zwischen den Formulierungen nicht statistisch signifikant. Die Frage wurde 2003, 2004 und 2011 nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2002, 2005–2010, 2012–2025.

Tabelle 11.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands in soziodemografischen Gruppen

„Und wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland ...“			
1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen [Aktiv] oder			
2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten heraushalten [Passiv] ?“			
	Aktiv	Passiv	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	58	34	8
Geschlecht *			
Männer	61	33	6
Frauen	56	35	9
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	58	35	8
30 bis 49 Jahre	62	32	6
50 bis 69 Jahre	55	36	9
70 Jahre und älter	60	32	9
Bildungsniveau ***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	65	31	4
Realschulabschluss	60	35	5
Hauptschulabschluss	56	37	8
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}			
4.001 Euro und mehr	58	36	7
2.001 bis 4.000 Euro	63	32	4
Bis 2.000 Euro	58	36	7
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	72	23	5
SPD	75	23	2
AfD	43	52	5
Die Linke	60	38	2
Bündnis 90/Die Grünen	74	24	2
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	38	42	19
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	62	36	2
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	58	40	3
Süddeutschland (BW, BY)	56	31	13
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	59	32	9
Migrationshintergrund ^{n.s.}			
Ja	61	31	8
Nein	58	34	8

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2025.

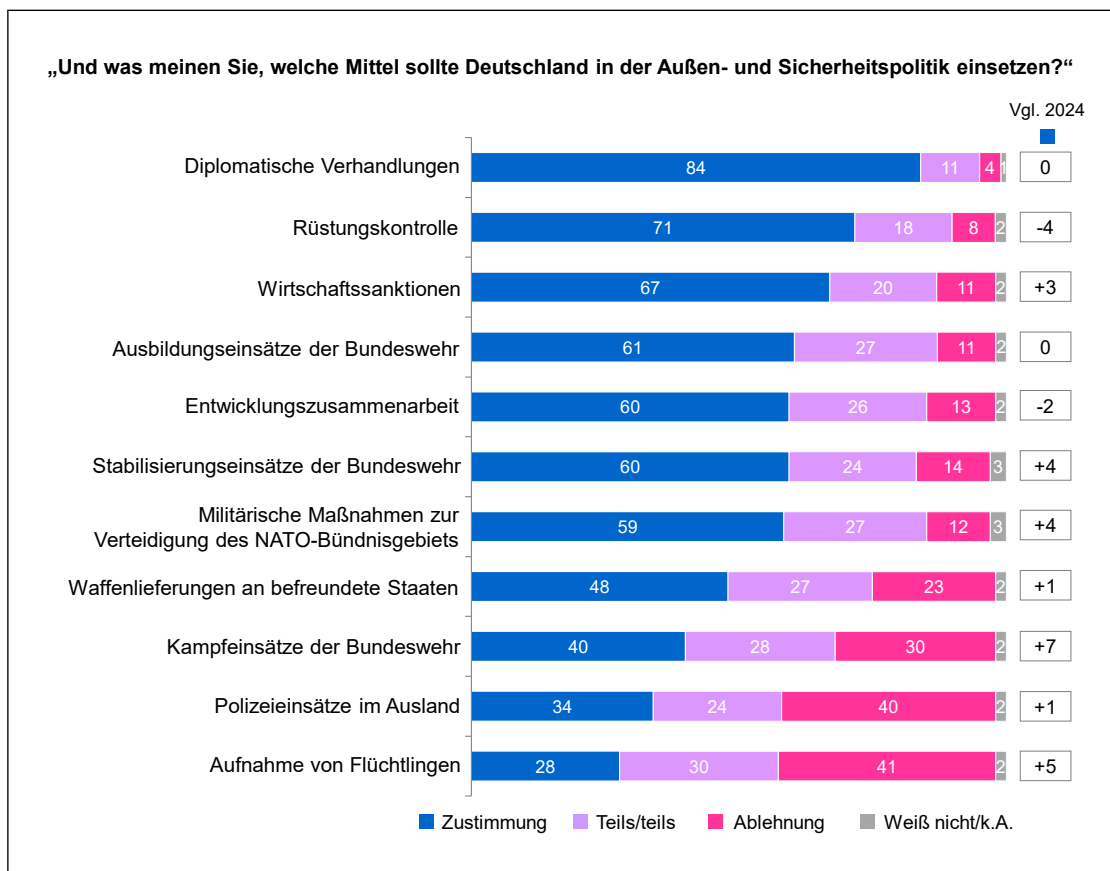
In der Einstellung zu Deutschlands außenpolitischem Engagement bestehen zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung einige statistisch signifikante Unterschiede (vgl. Tabelle 11.1). Mit wenigen Ausnahmen spricht sich aber in allen untersuchten Gruppen eine Mehrheit für eine aktive Außenpolitik aus. Einzig die Wählerschaft der AfD und die Nichtwähler plädieren nicht mehrheitlich für eine aktive deutsche Außenpolitik. Zwischen den Altersgruppen bestehen zwar statistisch signifikante Unterschiede, aber diese folgen keinem bestimmten Muster. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist marginal. Der Vergleich zwischen den Regionen offenbart ebenfalls keine eklatanten Unterschiede: Eine absolute Mehrheit in allen Regionen spricht sich für eine aktive deutsche Außenpolitik aus. Gleichwohl fällt in Ostdeutschland der Anteil derjenigen, die eine isolationistische Außenpolitik befürworten, etwas größer aus als in den übrigen Regionen. Das Haushaltseinkommen und der Migrationshintergrund der Befragten spielen dagegen keine Rolle. Die Zustimmung zu einem aktiven Engagement Deutschlands in der internationalen Politik steigt mit dem formalen Bildungsniveau der Befragten.

In allen Gruppen der deutschen Bevölkerung spricht sich eine absolute Mehrheit für eine aktive deutsche Außenpolitik aus – mit Ausnahme der Wählerinnen und Wähler der AfD sowie der Gruppe der Nichtwähler.

Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet den Einsatz von zivilen und militärischen Mitteln in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wie in den Vorjahren erhalten diplomatische Verhandlungen (84 Prozent; keine Veränderung im Vergleich zu 2024), Rüstungskontrolle (71 Prozent; -4 Prozentpunkte), Wirtschaftssanktionen (67 Prozent; +3 Prozentpunkte) und Entwicklungszusammenarbeit (60 Prozent; -2 Prozentpunkte) die höchsten Zustimmungswerte. Ebenfalls unterstützt eine absolute Mehrheit eine Reihe militärischer Mittel: Ausbildungseinsätze der Bundeswehr (61 Prozent; keine Veränderung), Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (60 Prozent; +4 Prozentpunkte) und militärische Maßnahmen zur Verteidigung des NATO-Bündnisgebiets (59 Prozent; +4 Prozentpunkte). Überwiegend positiv ist auch die öffentliche Meinung zu Waffenlieferungen an befreundete Staaten (48 Prozent; +1 Prozentpunkt) und zu möglichen Kampfeinsätzen der Bundeswehr (40 Prozent Zustimmung; +7 Prozentpunkte). Überwiegend abgelehnt werden Polizeieinsätze im Ausland (34 Prozent Zustimmung; 24 Prozent teils/teils; 40 Prozent Ablehnung) und die Aufnahme von Flüchtlingen (28 Prozent Zustimmung; 30 Prozent teils/teils; 41 Prozent Ablehnung).

Abbildung 11.2: Einstellungen zu den Mitteln der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Werden die Einstellungen zu den zivilen und militärischen Mitteln jeweils in Indexvariablen zusammengefasst und die Mittelwerte der soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen miteinander verglichen, so zeigt sich: In fast allen Gruppen werden zivile und militärische Mittel im Durchschnitt ähnlich positiv bewertet (vgl. Tabelle 11.2). Auch wenn einige Einstellungsunterschiede zwischen den untersuchten Gruppen statistisch signifikant sind, sind diese in ihrer Ausprägung nie substantiell.

Der Einsatz militärischer und ziviler Mittel in Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik wird in allen Gruppen in der deutschen Bevölkerung mehrheitlich akzeptiert. Dabei besteht keine grundsätzliche Präferenz für den Einsatz ziviler oder militärischer Instrumente – fast alle Mittel werden als legitim erachtet. Überwiegend abgelehnt werden einzig Polizeieinsätze im Ausland und die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Bevölkerungsmehrheit hat demnach keine pazifistische, sondern eine pragmatische außen- und sicherheitspolitische Grundhaltung.

Tabelle 11.2: Einstellung zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in soziodemografischen Gruppen

	Zivile Mittel	Militärische Mittel
Insgesamt	0,65	0,63
Geschlecht	n.s.	***
Männer	0,64	0,65
Frauen	0,65	0,62
Alter	***	***
16 bis 29 Jahre	0,66	0,66
30 bis 49 Jahre	0,66	0,65
50 bis 69 Jahre	0,63	0,61
70 Jahre und älter	0,64	0,63
Bildungsniveau	*	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,66	0,65
Realschulabschluss	0,65	0,63
Hauptschulabschluss	0,64	0,64
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	*	**
4.001 Euro und mehr	0,64	0,63
2.001 bis 4.000 Euro	0,66	0,65
Bis 2.000 Euro	0,65	0,62
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,67	0,68
SPD	0,68	0,68
AfD	0,56	0,60
Die Linke	0,69	0,57
Bündnis 90/Die Grünen	0,70	0,67
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,62	0,56
Region	***	n.s.
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,68	0,65
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,63	0,61
Süddeutschland (BW, BY)	0,64	0,63
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,65	0,64
Migrationshintergrund	***	***
Ja	0,68	0,69
Nein	0,64	0,63

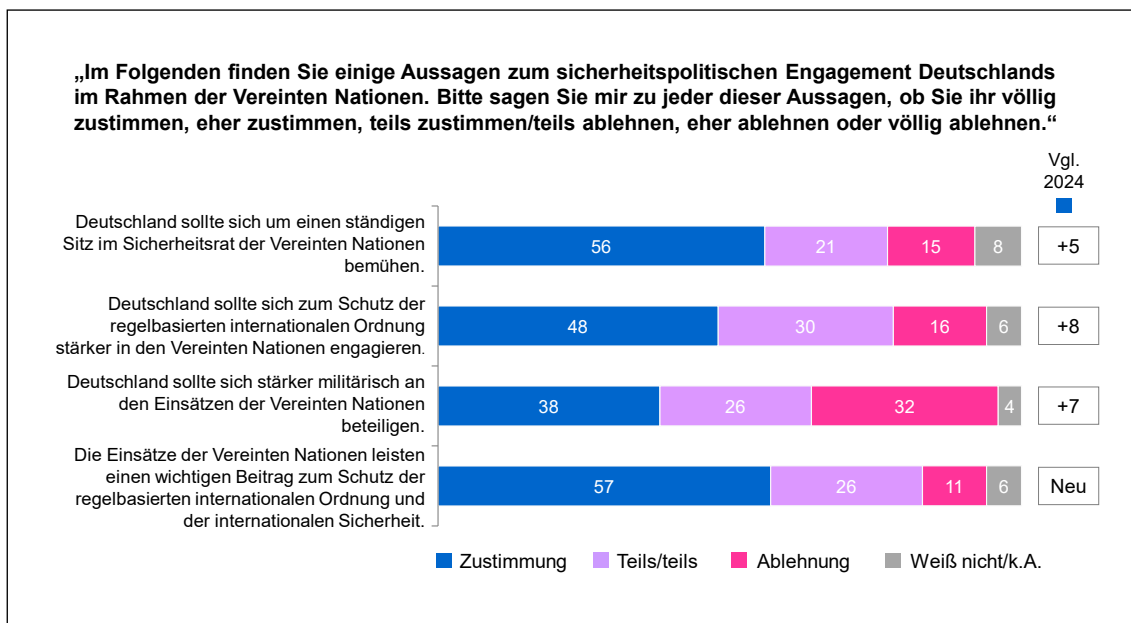
Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die beiden Indexvariablen haben eine akzeptable bis gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha: 0,60 [zivile Mittel]; 0,80 [militärische Mittel]). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist ($n < 50$).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025.

Engagement in den Vereinten Nationen

Im Vergleich zum Vorjahr ist der öffentliche Zuspruch zu Deutschlands Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) gestiegen. Eine Mehrheit der Befragten unterstützt Deutschlands Bemühen um einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat (56 Prozent; +5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024; vgl. Abbildung 11.3). Eine relative Mehrheit (48 Prozent; +8 Prozentpunkte) plädiert dafür, dass sich Deutschland zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung stärker in den Vereinten Nationen engagieren sollte. Die Aussage, Deutschland sollte sich an den Einsätzen der VN stärker militärisch beteiligen, stößt in der Bevölkerung allerdings auf ein geteiltes Echo: 38 Prozent (+7 Prozentpunkte) plädieren für ein stärkeres militärisches Engagement, ein Viertel (26 Prozent) ist geteilter Meinung und etwas mehr als ein Drittel (32 Prozent) lehnt dies ab. Eine absolute Mehrheit ist grundsätzlich davon überzeugt, dass die Einsätze der Vereinten Nationen einen wichtigen Beitrag zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung und der internationalen Sicherheit leisten (57 Prozent). Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erkennt demnach die Bedeutung der Vereinten Nationen für die internationale Sicherheit und wünscht sich, dass Deutschland im VN-Sicherheitsrat mitentscheiden kann, wäre aber nicht bereit, die damit einhergehende Verantwortung für die globale Sicherheit mit einem (stärkeren) militärischen Engagement zu hinterlegen.

Abbildung 11.3: Aussagen zu Deutschlands Engagement in den Vereinten Nationen



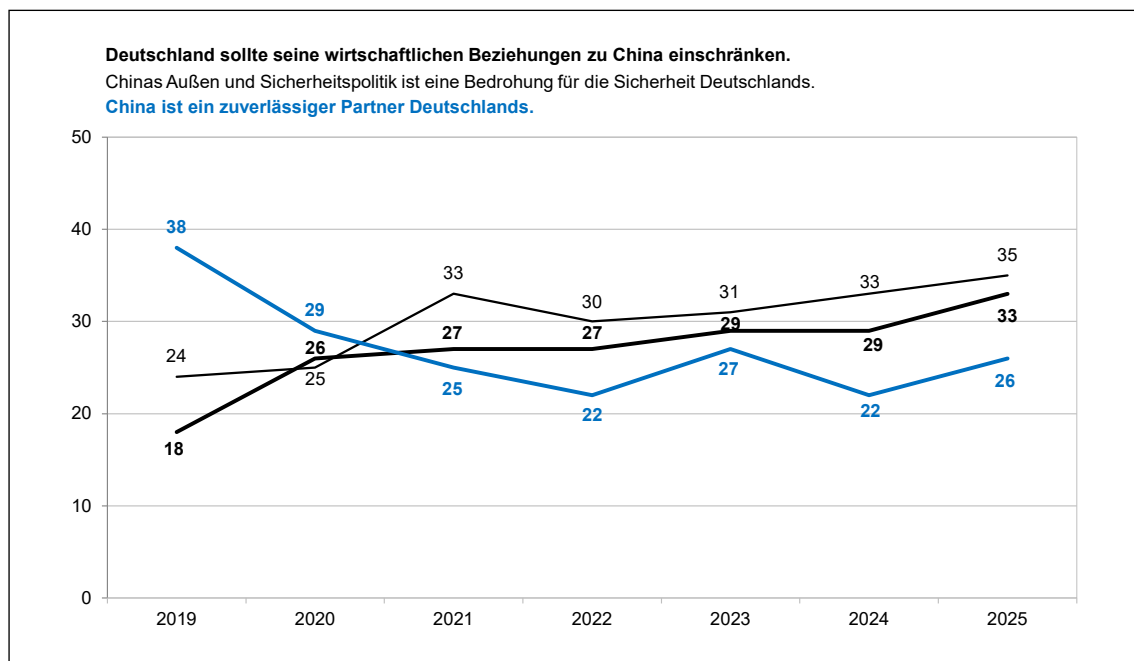
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Bilaterale Beziehungen zu China

In der im Juli 2023 veröffentlichten China-Strategie der Bundesregierung wird China gleichsam als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale bezeichnet, der offensiv und in seinem Interesse versuche, die regelbasierte internationale Ordnung umzugestalten – mit Auswirkungen auf die europäische und globale Sicherheit. Insbesondere Chinas Taiwan-Politik und seine Unterstützung für Russland sorgt für angespannte Beziehungen zu vielen westlichen Ländern. Zudem investiert China nach den USA am meisten in die Modernisierung und Aufrüstung seiner Streitkräfte. Wie die Ergebnisse in Abschnitt 2 gezeigt haben, gehören die Spannungen zwischen dem Westen und China aber nicht zu den vorrangigen Sorgen der Deutschen (vgl. Tabelle 2.1). Insgesamt zeigt sich das aktuelle Meinungsbild zu China im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und bleibt in seiner Ausprägung äußerst ambivalent.

Abbildung 11.4: Zustimmung zu Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu China 2019–2025



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst.

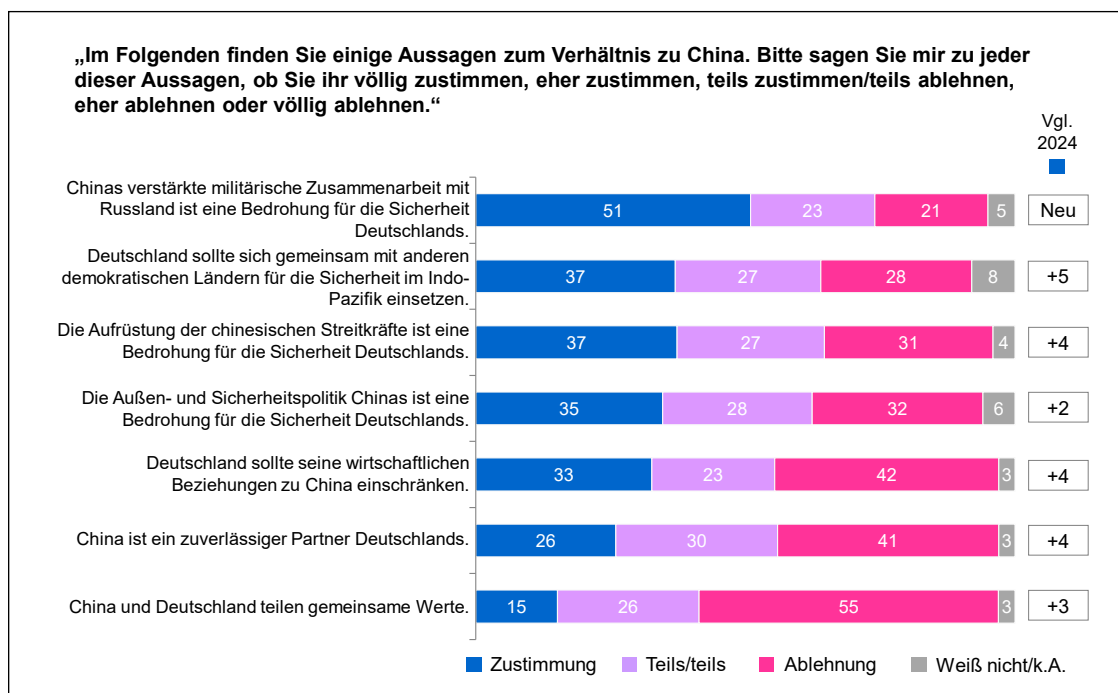
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019–2025.

Die öffentliche Wahrnehmung der Beziehungen zwischen Deutschland und China wird in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung seit 2019 erhoben. Bis einschließlich 2022 hat sich die Wahrnehmung Chinas als ein zuverlässiger Partner Deutschlands kontinuierlich verschlechtert (vgl. Abbildung 11.4). Dieser Trend wurde 2023 vorerst gestoppt. Aktuell sehen 26 Prozent der Befragten (+4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) China als einen zuverlässigen Partner. Eine relative Mehrheit von 41 Prozent sieht in China *keinen* zuver-

lässigen Partner und 30 Prozent sind geteilter Meinung. Die Bereitschaft zur Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu China ist ebenfalls leicht gestiegen (33 Prozent; +4 Prozentpunkte), wird aber weiterhin überwiegend abgelehnt (42 Prozent). Die Wahrnehmung der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands nimmt seit 2022 kontinuierlich zu. Ungeachtet dieser Entwicklung ist auch zu diesem Aspekt das Meinungsbild in der deutschen Bevölkerung weiterhin ambivalent: 35 Prozent (+2 Prozentpunkte) sehen in der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik ein Risiko für Deutschland, 28 sind geteilter Meinung und 32 Prozent sehen darin keine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Ein ähnlich geteiltes Meinungsbild besteht in der Frage, ob die Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte eine Bedrohung für Deutschland darstellt (vgl. Abbildung 11.5).

Chinas Außen- und Sicherheitspolitik wird zunehmend als Bedrohung wahrgenommen, dennoch bleibt die öffentliche Meinung hierzu ambivalent. Ganz klar kritisch gesehen wird Chinas verstärkte militärische Zusammenarbeit mit Russland: Eine Mehrheit von 51 Prozent sieht darin eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands.

Abbildung 11.5: Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu China



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2024 und 2025.

Unklarheit herrscht in der Bevölkerung auch über ein mögliches deutsches Engagement im Indo-Pazifik: Etwas mehr als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger (37 Prozent; +5 Prozentpunkte) befürwortet, dass sich Deutschland gemeinsam mit anderen demokratischen Staaten für die Sicherheit im Indo-Pazifik einsetzt, während 28 Prozent ein solches Engagement ablehnen und 27 Prozent unentschieden sind. Ein eindeutiges Meinungsbild gibt es dagegen bei einem anderen Aspekt der bilateralen Beziehungen: Lediglich 15 Prozent (+3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) sind der Auffassung, dass China und Deutschland gemeinsame Werte teilen, während eine absolute Mehrheit gegenteiliger Meinung ist (55 Prozent; -5 Prozentpunkte).

In der Gesamtschau der öffentlichen Wahrnehmung der bilateralen Beziehungen zu China wird deutlich, dass sich die Bevölkerung trotz eines in den letzten Jahren gestiegenen Risikobewusstseins uneins ist, ob China Partner, Wettbewerber oder systemischer Rivale für Deutschland ist. Somit deckt sich das öffentliche Meinungsbild in seinen Grundzügen mit der Bewertung Chinas in der 2023 veröffentlichten China-Strategie der Bundesregierung.

12 Fazit

Während in Europa der größte Krieg seit 1945 wütet, ziehen sich unter der Führung von Präsident Trump die USA als europäische Schutzmacht weiter zurück. Wie alle europäischen Länder sieht sich Deutschland zu einem stärkeren militärischen Engagement für die Verteidigung Europas gezwungen. Die europäischen Verbündeten und die USA verlangen von Deutschland als bevölkerungsreichstem und wirtschaftsstärkstem EU-Land allerdings mehr: Deutschland soll in der Verteidigung eine Führungsrolle übernehmen. Um den Herausforderungen und der Verantwortung gerecht zu werden, hat die neue Bundesregierung die Verteidigung Europas zur obersten Priorität ihres politischen Handelns erklärt und den Anspruch formuliert, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen. Wie stehen die Bürgerinnen und Bürger zu dieser ambitionierten Verteidigungspolitik? Sehen sie Deutschland ebenfalls in einer militärischen Führungsrolle?

Kritische Sicherheitslage und Russland als Bedrohung

Mehr als drei Jahre nach Beginn seiner Vollinvasion der Ukraine führt Russland diesen Krieg mit unverminderter Brutalität fort, investiert mehr denn je in die Aufrüstung seiner Streitkräfte und hat Deutschland offiziell als feindliches Land eingestuft. Darüber hinaus häufen sich Meldungen über hybride Angriffe auf Deutschland und andere NATO- und EU-Staaten: Sabotage an Unterseekabeln in der Ostsee, Spionageaktivitäten mit Drohnen über Militärstandorten, Cyberangriffe auf öffentliche Institutionen und rüstungsrelevante Wirtschaftsbetriebe. Seit dem Ende des Kalten Krieges war die Sicherheitslage in Europa nie angespannter als heute.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist sich dieser prekären Lage bewusst. Das Sicherheitsempfinden der Befragten bleibt weiterhin auf einem deutlich niedrigeren Niveau als vor dem Jahr 2022. Die Spannungen zwischen dem Westen und Russland (61 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) werden nach der Inflation (69 Prozent; -1 Prozentpunkt) inzwischen als zweitgrößte Bedrohung der persönlichen Sicherheit wahrgenommen. Merkllich gestiegen ist insbesondere die Sorge vor Angriffen auf die kritische Infrastruktur in Deutschland (41 Prozent; +7 Prozentpunkte). Mehr Befragte denn je nehmen Russland als eine direkte militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahr (67 Prozent; +2 Prozentpunkte) – und zwar in allen Gruppen der deutschen Bevölkerung. In der Wahrnehmung Russlands als einer Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands ist die Bevölkerung also keineswegs gespalten: Es gibt keinen

nennenswerten Ost-West-Unterschied und selbst unter den Befragten mit einer Wahlpräferenz für die AfD oder die Linke sieht eine absolute Mehrheit in Russland eine militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands.

Massiver Vertrauensverlust in den Bündnispartner USA

Verschärft wird die angespannte Sicherheitslage in Europa durch den Rückzug der USA als militärischer Schutzmacht Europas. Durch seine erratische transatlantische Sicherheitspolitik und seine unklare Positionierung gegenüber Russland hat Präsident Trump unter den Verbündeten in der NATO für viel Verunsicherung gesorgt. Darüber hinaus hat der US-Präsident unmissverständlich deutlich gemacht, dass er den Krieg in der Ukraine als „europäisches Problem“ betrachtet und dass mit einer Fortführung der amerikanischen Militärhilfen für die Ukraine in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen ist.

Präsident Trumps Haltung gegenüber Europa schlägt sich in einem dramatisch veränderten öffentlichen Meinungsbild zu den bilateralen Beziehungen zu den USA nieder. Das vormals große Vertrauen in die USA als verlässlichen (Bündnis-)Partner hat massiven Schaden genommen: Nur noch 37 Prozent (-28 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024) sehen in den USA grundsätzlich einen zuverlässigen Partner Deutschlands, während eine relative Mehrheit (43 Prozent; +26 Prozentpunkte) die Außen- und Sicherheitspolitik der USA als eine Gefahr für den Zusammenhalt in der NATO wahrnimmt. Auch die Überzeugung, dass die USA hinter ihren Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten stehen, ist stark zurückgegangen (41 Prozent; -21 Prozentpunkte). Dennoch spricht sich weiterhin eine absolute Mehrheit (58 Prozent; -9 Prozentpunkte) für die Einbindung der USA in die Verteidigung Europas aus und der Zuspruch zur Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Deutschland zur Abschreckung Russlands ist sogar leicht gestiegen (46 Prozent; +2 Prozentpunkte). Obwohl das Vertrauen in die USA als NATO-Partner aktuell stark leidet, möchte eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht auf den militärischen Beistand der USA verzichten.

Bundeswehr und NATO stärken, EU-Verteidigungszusammenarbeit ausbauen

Die Bundesregierung hat die Verteidigung Europas und die Stärkung der Bundeswehr zur obersten Priorität ihres politischen Handelns erklärt. Dementsprechend wird der Wehretat von der Schuldenbremse ausgenommen, die Einführung eines neuen Wehrdienstes vorangetrieben, die Ukraine weiterhin militärisch unterstützt, die EU-Verteidigungszusammenarbeit ausgebaut und die Sicherung der NATO-Ostflanke durch den Aufbau einer Bundeswehr-Brigade mit 4.800 Soldatinnen und Soldaten in Litauen gestärkt.

Diese ambitionierte Verteidigungspolitik wird von einer Mehrheit in der deutschen Bevölkerung in allen Punkten unterstützt. Nie haben sich mehr Bürgerinnen und Bürger für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben (64 Prozent; +7 Prozentpunkte) und einen personellen Aufwuchs der Bundeswehr (65 Prozent; +7 Prozentpunkte) ausgesprochen. Die Einführung eines neuen Wehrdienstes für junge Menschen stößt ebenfalls auf mehrheitlichen Zuspruch in der Bevölkerung (53 Prozent; +6 Prozentpunkte). Im Vergleich zum Vorjahr ist hier die Akzeptanz selbst unter den 16–29-Jährigen gestiegen: Inzwischen spricht sich eine relative Mehrheit für die Einführung eines neuen Wehrdienstes aus (41 Prozent; +5 Prozentpunkte). Die Bürgerinnen und Bürger fordern also nicht nur eine Stärkung der Bundeswehr durch eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, sondern viele wären auch bereit, sich persönlich militärisch zu engagieren. Eine Mehrheit der Männer und jede fünfte Frau würde nach eigenem Bekunden im Falle eines militärischen Angriffs Deutschland mit der Waffe verteidigen. Diese bürgerliche Verteidigungsbereitschaft ist jedoch nicht zu verwechseln mit dem Interesse an einer Karriere als Zeit- oder Berufssoldat in der Bundeswehr. Letzteres ist weitaus geringer und im Vergleich zum Vorjahr sogar gesunken.

Neben der Stärkung der eigenen Streitkräfte engagiert sich Deutschland für die Verteidigung Europas durch eine umfangreiche militärische Unterstützung für die Ukraine. Dieses Engagement wird nahezu unverändert von einer Mehrheit positiv bewertet, vor allem die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten in Deutschland durch die Bundeswehr (62 Prozent; keine Veränderung). Allerdings bestehen hinsichtlich der Waffenlieferungen in die Ukraine auch Bedenken, etwa eine mögliche Ausweitung des Krieges.

Trotz des massiven Vertrauensverlustes in den NATO-Partner USA bekennt sich die Mehrheit der Befragten klar zur NATO-Bündnisverteidigung. Das prinzipielle Bekenntnis der deutschen Bevölkerung zur NATO ist seit jeher stark ausgeprägt. Seit dem Jahr 2022 plädiert zudem eine Mehrheit für ein verstärktes praktisches Engagement Deutschlands zur Sicherung der NATO-Ostflanke. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zu fast allen Aspekten der NATO-Bündnisverteidigung weiter gestiegen, unter anderem zu einer militärischen Führungsrolle Deutschlands innerhalb der NATO. Auch das bereits seit vielen Jahren positive Meinungsbild zur EU-Verteidigungskooperation hat sich noch einmal deutlich und in allen Punkten verbessert. Die öffentliche Zustimmung zu einer militärischen Führungsrolle Deutschlands in der EU ist ebenfalls deutlich gestiegen (44 Prozent; +7 Prozentpunkte).

Deutschland in einer militärischen Führungsrolle

Der öffentliche Zuspruch in Deutschland zu einer ambitionierten deutschen Verteidigungspolitik und zu einer militärischen Führungsrolle Deutschlands in der NATO und der EU ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und stärker denn je. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger fühlt sich durch Russland militärisch bedroht und viele haben seit dem Amtsantritt von Präsident Trump das Vertrauen in die USA als verlässlichen NATO-Bündnispartner verloren – nicht aber das Vertrauen in die NATO. Aus Sicht einer großen Mehrheit in der deutschen Bevölkerung sollte dieser doppelten Herausforderung für die Sicherheit Europas und Deutschlands durch eine zweifache Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit begegnet werden: zum einen durch eine weitere Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben, zum anderen durch eine noch stärkere Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der NATO und der EU. Viele Bürgerinnen und Bürger sind außerdem bereit, sich persönlich militärisch zu engagieren. So stößt die Einführung eines neuen Wehrdienstes auf äußerst positive Resonanz in der Bevölkerung und gewinnt auch unter den jungen Menschen zunehmend an Akzeptanz. Unabhängig von einem Wehrdienst wäre eine absolute Mehrheit der Männer bereit, im Verteidigungsfall mit der Waffe zu kämpfen. Die „Zeitenwende“ in der deutschen Verteidigungspolitik ist in den Köpfen der meisten Bürgerinnen und Bürger längst angekommen. Wie schon die alte so ist auch die neue Bundesregierung seitens der Bevölkerung aufgefordert, die „Zeitenwende“ konsequent zur Umsetzung zu bringen, um den Herausforderungen und der Verantwortung für die Sicherheit Europas gerecht zu werden – im Schulterschluss mit den Verbündeten in der EU und der NATO, aber eben auch in einer stärkeren Führungsrolle als bisher.

13 Methodologie

Die jährliche Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) existiert seit 1996 und stellt die längste und umfangreichste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar. Die Erhebung und Erforschung der öffentlichen Meinung zur Bundeswehr und zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist für die Bundeswehr von großer Bedeutung, weil sie als Armee in der Demokratie auf den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Ziele und Selbstverständnis

Die jährliche ZMSBw-Bevölkerungsbefragung ist der Gradmesser für die gesellschaftliche Legitimation, Relevanz und Integration der Streitkräfte. Ihre Ergebnisse dienen dazu, das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu analysieren sowie die Informationsarbeit der Bundeswehr zu evaluieren (Ressortforschung). Mit der öffentlichkeitswirksamen Publikation der Befragungsergebnisse in vielfältigen Produktformaten (Forschungsberichte, Zeitschriften- und Webartikel, Monografien, Podcasts, Vorträge, Interviews) leistet das ZMSBw zudem einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Sinne des Integrationsziels der Inneren Führung (Wissenstransfer). Darüber hinaus werden die Befragungsdaten in wissenschaftlichen Fachpublikationen aufbereitet, als Grundlage für sozialwissenschaftliche Qualifikationsarbeiten und im Rahmen der universitären Lehre genutzt sowie der Forschung allgemein im Datenarchiv des GESIS zur Verfügung gestellt (Grundlagenforschung).

Durchführung und Datenerhebung

Die Erarbeitung des Studienkonzepts, der Ausschreibungsunterlagen und des Fragebogens der Bevölkerungsbefragung erfolgen ebenso am ZMSBw wie die Auswertung der erhobenen Daten. Die Umfragedaten werden von einem externen und professionellen Befragungsinstitut erhoben. Mit der Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und der Datenerhebung wurde 2025 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung das Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH beauftragt, das eines der größten Markt- und Meinungsforschungsinstitute in Europa ist. Das beauftragte Institut führt die Interviews in den Haushalten der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer nach Terminvereinbarung durch und erstellt auf Grundlage der durchgeführten Interviews einen Datensatz. Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit (d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse

sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen getroffen werden sollen) definiert als die deutschsprachige und in Privathaushalten lebende Bevölkerung ab 16 Jahren. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine repräsentative Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig durch ein mehrstufig geschichtetes Verfahren, sodass jedes Element der Grundgesamtheit dieselbe Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen.

Die Daten der diesjährigen ZMSBw-Bevölkerungsbefragung wurden vom 11. April bis 17. Mai 2025 erhoben. Befragt wurden 2.049 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Die Interviews dauerten im Mittel 59 Minuten und die Ausschöpfungsquote lag bei 50 Prozent. Die Teilnahme ist grundsätzlich freiwillig, anonym und wird nicht vergütet. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet, um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen. Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch die Ipsos GmbH erhielt das ZMSBw am 26. Mai 2025 den Datensatz, der Grundlage der vorstehenden Auswertungen ist.

Tabelle 13.1: Angaben zur ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025

Erhebungsmethode	Computergestützte persönliche Interviews (CAPI)
Erhebungszeitraum	11.04.2025 bis 17.05.2025
Grundgesamtheit	Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland leben
Stichprobe	Repräsentative, mehrfach geschichtete Zufallsstichprobe nach dem Random-Route-Verfahren
Fallzahl	2.049 Nettointerviews
Fragebogenlänge	59 Minuten (Durchschnitt)
Anzahl der Interviewer	211
Ausschöpfungsquote	50 Prozent

Qualitätssicherung

Ein wesentliches Merkmal der Qualitätssicherung ist die Vorgabe, dass das beauftragte Meinungsforschungsinstitut über unabhängige ISO-Zertifizierungen nach ISO 9001 und ISO 20252 (internationale Qualitätsstandards in der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung) verfügen muss. Mit diesen Zertifizierungen werden die Qualitätsstandards und Prozesse transparent und regelmäßig von unabhängigen Stellen überprüft. Darüber hinaus müssen die beauftragten Befragungsinstitute die Einhaltung der berufsständischen Qualitätskriterien gewährleisten, wie sie vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und der Deutschen Gesellschaft für Online-Forschung e.V. (DGOF) verabschiedet wurden. Insbesondere schließt dies die „Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung“ ein, die vom ADM, der ASI und vom Berufsverband

Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V. herausgegeben wurden. Im Zuge der Qualitätssicherung wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen, um Fehler in der Programmierung und mögliche Verständnisprobleme seitens der Befragten zu identifizieren. Außerdem wurden die durchschnittliche Interviewlänge und die Qualität der Schulungsunterlagen kontrolliert. Der Pretest umfasste 51 Interviews, die vom 31. März bis 4. April 2025 unter realen Feldbedingungen stattfanden, d.h. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden zufällig in ganz Deutschland ausgewählt und beantworteten die Fragen in einem computergestützten persönlichen Interview (CAPI) in ihrem Haushalt. Infolge des Pretests ergab sich am Fragebogen kein inhaltlicher Veränderungsbedarf.

Vergleichbarkeit von Umfrageergebnissen

Umfragen zum gleichen Thema (z.B. Verteidigungsausgaben) können zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Abweichende oder widersprüchliche Ergebnisse unterschiedlicher Befragungsstudien können sich unter anderem durch Unterschiede in den folgenden Faktoren ergeben:

- Befragungszeitraum;
- Erhebungsmodus (CAPI, CATI, mixed mode);
- Art der Stichprobe (Zufalls-, Quoten-, Convenience-Stichprobe);
- Stichprobengröße und Stichprobenfehler;
- Grundgesamtheit, auf die die Stichprobe bezogen wird;
- Frageformulierungen;
- Anzahl und Formulierung der Antwortskalen und -optionen;
- Reihenfolge der Fragen und Themen im Fragebogen.

Aus den genannten Gründen könnten die Forschungsergebnisse des ZMSBw zum Sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland von den Ergebnissen anderer Studien zu ähnlichen Themen abweichen.

Erhebung der Variable Geschlecht

Das Geschlecht der Teilnehmenden wurde mit der folgenden Frage erfasst: „Welches Geschlecht haben Sie?“. Antwortoptionen waren: „männlich“, „weiblich“ und „divers“. Die Antwortoption „divers“ wurde von keiner der teilnehmenden Personen ausgewählt. Auswertungen nach Geschlecht beschränken sich deshalb auf die Analysekategorien „männlich“ und „weiblich“ bzw. „Männer“ und „Frauen“.

Erhebung der Wahlpräferenz

Die Wahlpräferenz der Teilnehmenden wurde mit der folgenden Frage erfasst: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen?“ Antwortoptionen waren: CDU/CSU; SPD; Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; FDP; AfD (Alternative für Deutschland); BSW (Bündnis Sarah Wagenknecht); Andere Partei und zwar: offene Nennung; Keine Partei, würde nicht wählen gehen; Nicht wahlberechtigt; weiß nicht; keine Antwort.

In den vorstehenden Auswertungen werden die Ergebnisse der Befragten mit einer Wahlpräferenz für die FDP oder das BSW nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe zu gering ist (FDP: $n = 37$; BSW: $n = 33$), um statistisch belastbare Aussagen treffen zu können. Dies ist erst möglich ab einer Gruppengröße von 50 Befragten (mit gültigen Antworten).

Seit mehr als drei Jahren führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine und ein Ende ist nicht in Sicht. Meldungen über hybride Angriffe auf Deutschland und andere NATO- und EU-Staaten häufen sich. Verschärft wird die angespannte Sicherheitslage in Europa durch die erratische Sicherheitspolitik der USA unter Präsident Donald Trump. Vor diesem Hintergrund hat die neue Bundesregierung die Verteidigung Europas und Deutschlands zur obersten Priorität ihres politischen Handelns erklärt und den Anspruch formuliert, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen.

Wie stehen die Bürgerinnen und Bürger zu dieser ambitionierten deutschen Verteidigungspolitik? Sehen sie Deutschland in einer militärischen Führungsrolle? Wie steht es um das öffentliche Vertrauen in den Bündnispartner USA unter Präsident Trump? Welche Haltungen haben die Menschen zur NATO und zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit? Und welche Einstellungsunterschiede bestehen zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung? Der vorliegende Forschungsbericht beantwortet diese Fragen auf der Grundlage der Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) – der umfangreichsten repräsentativen Umfrage zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Deutschland seit 1996.

Dr. Timo Graf, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam.